

SCHRIFTENREIHE DER  
FORSCHUNGSSTELLE DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Werner Plum

Gewerkschaften  
im Maghreb

UGTT – UMT – UGTA

**2020**

**SA**

**5871**

AG FÜR LITERATUR UND ZEITGESCHEHEN · HANNOVER

G 455/65  
Institut für Politik-  
u. Kommunikationswissenschaft  
Friedrich-Alexander-Universität  
Erlangen-Nürnberg  
85 Nürnberg

ausgesondert  
Soz. Nürnberg



SCHRIFTENREIHE DER  
FORSCHUNGSSTELLE DER  
FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Jean LeVeugle

**Erwachsenenbildung in Marokko**

121 Seiten, broschiert 14,80 DM

LeVeugle, langjähriger Leiter und Berater der Education Populaire in Marokko, schildert aus gründlicher Kenntnis der Probleme die Entstehung und den Aufbau der Erwachsenenbildung im modernen Marokko. Diese Schrift ist die erste Veröffentlichung in deutscher Sprache, die die Probleme der Erwachsenenbildung eines Entwicklungslandes zusammenhängend und umfassend darstellt. Sie ist gleichzeitig die erste Darstellung der Geschichte der marokkanischen Erwachsenenbildung.

„Die Broschüre gibt einen interessanten Aufschluß über das, was in Marokko seit der Unabhängigkeit in bezug auf Erwachsenenbildung geschieht... Die vorliegende Arbeit in ihren Zusammenfassungen wie in der minutiösen Darstellung von Einzelfragen ist geeignet, dem Leser ein zutreffendes Bild zu geben.“

Mitteilungen der Bundesstelle  
für Außenhandelsinformation, Köln

„Sehr aufschlußreich sind u. a. die Ausführungen des Verfassers über das geistige Training als Methode der Erwachsenenbildung... Die Lektüre dieser Veröffentlichung der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung ist sehr wertvoll. Sie erleichtert das Verständnis des Marokko von heute.“

Entwicklungsländer, Baden-Baden,  
Bonn

VERLAG FÜR LITERATUR  
UND ZEITGESCHEHEN GMBH  
HANNOVER



~~Pol. 9.7~~

1/2 EWG

WERNER PLUM

GEWERKSCHAFTEN IM MAGHREB





EW 6 Plum

SCHRIFTENREIHE DER  
FORSCHUNGSSTELLE DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

A. Sozialwissenschaftliche Schriften

Werner Plum

Gewerkschaften  
im Maghreb

UGTT — UMT — UGTA

ausgegeben  
G 502  
Institut für Politik-  
u. Kommunikationswissenschaft  
Friedrich-Alexander-Universität  
Erlangen-Nürnberg  
85 Nürnberg

VERLAG FÜR LITERATUR UND ZEITGESCHEHEN · HANNOVER



10545871

Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Koblenzer Straße 54.

© 1962 by Verlag für Literatur und Zeitgeschehen GmbH, Hannover.

Alle Rechte vorbehalten, Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des Verlages.

Herstellung: Graphische Gesellschaft Grunewald GmbH, Berlin-Grunewald.

Printed in Germany 1962.



## INHALT

VORWORT . . . . .	7
GRÜNDUNG DER GEWERKSCHAFTEN	
Europäische Arbeiterverbände	
Algerien . . . . .	13
Marokko . . . . .	17
Tunesien . . . . .	20
Autonome Gewerkschaften	
Tunesien . . . . .	21
Marokko . . . . .	26
Algerien . . . . .	33
WIRTSCHAFTSPOLITIK UND PLANUNG	
Tunesien . . . . .	43
Marokko . . . . .	49
Algerien . . . . .	54
SOZIAL- UND INNENPOLITIK	
Tunesien . . . . .	59
Marokko . . . . .	62
Algerien . . . . .	69
ERZIEHUNGSPOLITIK	
Algerien . . . . .	75
Marokko . . . . .	79
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN	
Maghrebische Bewegung . . . . .	85
Panafrikanische Bewegung . . . . .	88
Außerafrikanische Beziehungen . . . . .	91
GEISTIGE KONZEPTE . . . . .	101
ANHANG	
Abkürzungen . . . . .	113
Literaturhinweise . . . . .	115
Personenregister . . . . .	119
Landkarte . . . . .	121







## VORWORT

Die autonomen Gewerkschaften des Maghreb spielen eine große Rolle in der Unabhängigkeitsbewegung Afrikas und in der politischen Emanzipation der Araber. Algerien hat die älteste Gewerkschaftsgeschichte des schwarzen Kontinents. In Tunesien wurde die erste autonome Gewerkschaft der arabischen Welt gegründet. Die marokkanische Gewerkschaft zählt unter allen afrikanischen Gewerkschaften die meisten Mitglieder<sup>1</sup>.

Doch nicht nur diese Tatsachen rechtfertigen unsere Aufmerksamkeit für die Gewerkschaftsbewegung im Maghreb. Das Studium der nordafrikanischen Gewerkschaftsgeschichte bietet Gelegenheit, die französische Volksfront des Jahres 1936, den französischen Sozialismus und Syndikalismus unter außereuropäischen Aspekten zu sehen. Die nationalen Eigenarten der drei autonomen Gewerkschaften im Maghreb geben Anlaß, bisherige Definitionen des Gewerkschaftswesens neu zu überprüfen.

In der Geburtsstunde der europäischen Industriearbeiterschaft wurde ihr der Wiegenspruch gesagt: „Die Proletarier haben nichts . . . zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“ Die Arbeiterschaft der maghrebischen Länder hatte viel zu verlieren, als sie sich im vergangenen Jahrzehnt eigene Gewerkschaftsorganisationen gab. Sie zählte zur hauchdünnen Schicht der Nordafrikaner, die in kolonialer Situation Privilegien genossen, die ein Vorrecht auf Arbeit, technisches Wissen und Einkommen hatten, sei es als Taxifahrer, sei es als Bergmann oder als Lehrer.

Die Marxschen Deutungen des Proletariats — ohnedies im 20. Jahrhundert kaum noch begründet — verloren ihren Sinn in der interkulturellen Konfrontierung von Unternehmer und Arbeiter, von europäischem „Oberproletariat“ und einheimischem „Unterproletariat“, von Kolonisator und Kolonisiertem. Hier standen sich nicht nur Unternehmer und Arbeiter in frühkapitalistischen Spannungen gegenüber. Europäische Komplizen, Arbeiter, Bürger, Unternehmer, französische Kommunisten und deutsche Kaufleute, hatten alle von der kolonialen Ausbeutung profitiert. Auf der anderen Seite verbanden sich — wenigstens im entscheidenden Stadium der nationalen Revolutionen — Handwerker, Bürger und Industriearbeiter Nordafrikas zum Kampf gegen die gemeinsamen Feinde: den europäischen Ausbeuter und den einheimischen Fatalismus.

Längs des 40. Breitengrades der nördlichen Hemisphäre hat sich eine neue Front gebildet, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine noch größere Bedeutung zu gewinnen droht als der Ost-West-Konflikt, der interne Machtkampf der Industrienationen. Es nimmt nicht wunder, daß die Völker, die dieser neuen Front am nächsten leben, das dringende Bedürfnis haben, sie zu definieren, zu analysieren und sich gegenüber den bisher kolonialen Industrienationen zu behaupten.

Was man in Europa euphorisch mit „Entwicklung“ zu umschreiben versucht, wird heute im Maghreb, wie nirgends in Afrika, doch ähnlich wie in Kuba (einem anderen frontnahen Land) in harter Deutlichkeit ausgesprochen. Der Wahlalgerier Frantz Fanon<sup>2</sup> und der Tunesier Albert Memmi<sup>3</sup> machten erste Versuche, den politisch-sozialen Wandlungsprozeß zu durchschauen. Das Bedürfnis, die inneren und äußeren Gesetze der Revolutionen im Maghreb zu erkennen, ist groß bei den politischen Parteien, größer bei den Gewerkschaften.

Die harten Konfrontierungen von Tradition und Fortschritt, von Gewalt und Freiheit zwingen die nordafrikanische Arbeiterschaft, in ihrer Emanzipation eine revolutionäre Orientierung des Geistes zu finden und nicht nur — wie einst die europäische Arbeiter-

<sup>1</sup> *Union Marocaine du Travail*: 650 000, *Union Générale Tunisienne du Travail*: 150 000, *Union Générale des Travailleurs Algériens*: 105 000.

<sup>2</sup> Frantz Fanon, „*Les damnés de la terre*“, mit einem Vorwort von Jean-Paul Sartre, Paris 1961.

<sup>3</sup> Albert Memmi, „*Portrait du colonisé précédé du portrait du colonisateur*“, Paris 1957.

schaft — eine geistige Orientierung der Revolution zu suchen. So treten sich im politischen Denken der nordafrikanischen und der europäischen Arbeiter zwei verschiedene, ja entgegengesetzte Weltbilder gegenüber. In der geistigen Überlieferung Europas überwog meistens der Glaube an Ordnung und innere Gesetzlichkeit in Gesellschaft, Natur, Welt und Gott. Von Thomas von Aquin über René Descartes und Gottfried Wilhelm Leibniz führte ein gerader Weg zu Karl Marx. Die Ordo-Definition der Christen, die Harmonielehre der Liberalen und die dialektischen Gesetze der Kommunisten sind sich — so unterschiedlich ihre Konzepte auch sein mögen — einig in dem Glauben an die Ordnung.

In der muselmanisch-islamischen Welt des Maghreb gelten andere Überlieferungen: der Glaube an die ununterbrochene, harmonie- und gesetzlose Bewegung der Gesellschaft und der Natur, einzig durch die überweltliche Kraft Allahs gehalten<sup>1</sup>. Heute vermag auch ein rein innerweltliches Verständnis dieses Chaos in den kosmischen Explosionen, der Zerstörungstechnik moderner Kriege und den „gordisch“ verschlungenen Befreiungskriegen zu erkennen, ohne die Beziehung zur ursprünglichen Weltdeutung der Muselmanen zu verlieren. Waren in Europa Revolutionen durchgeführt worden, um neue Ordnungen an die Stelle alter Ordnungen zu setzen, so sind die nordafrikanischen Revolutionen Disharmonien der Gesellschaft in einer disharmonischen Welt. Sie sind mehr als die bloße Ablösung des Kolonialismus durch den jungen Nationalismus, sie sind ein labyrinthischer Prozeß, reich an widerlaufenden Bewegungen, dem wir Europäer seit Theseus, seit Alexander dem Großen — heute ohne Faden oder Schwert gerüstet — verständnislos gegenüberstehen.

Nicht ohne Grund werden die Revolutionen im Maghreb von der Jugend ausgetragen (und sind geradezu eine „Jugendbewegung“). Nicht zufällig ringen besonders die Gewerkschaften (in Tunesien: die aus der Gewerkschaft hervorgegangenen Politiker) um die Erkenntnis des revolutionären Prozesses, denn gerade sie mußten — wie keine andere moderne politische Formation — altüberlieferte Sozialregeln verletzen und zugleich den Widerstand der Europäer gegen die Einführung der Modernität, eben des Gewerkschaftswesens, im Maghreb überwinden<sup>2</sup>. Sie sind Ausdruck und zugleich Ursache neuer Spannungen zwischen Traditionalismus und Modernismus, zwischen Stadt und Land, zwischen den Zivilisationen Nordafrikas und Westeuropas.

Nordafrikanische Gewerkschaften sind städtische Erscheinungen. In ihrer Gründungs-epoche waren die marokkanischen und tunesischen Gewerkschaften die stärkste urbane Schlagkraft gegen den Kolonialismus. Nach dem Sieg wurde ihnen deutlich, daß sie nur einen geringen Teil der einheimischen Bevölkerung vertraten. Die Landbevölkerung wurde erst später angesprochen und nur bedingt gewonnen. Die beiden Randländer des Maghreb mußten erst eigene Gewerkschaften haben, bevor sie ihre „nationalen“ Revolutionen austragen konnten. Dank der Arbeitersyndikate konnten die Revolutionen in Tunesien und Marokko verhältnismäßig schnell gewonnen werden. Aber den Gewerkschaften blieb die „soziale“ Revolution vorerst noch versagt. Die organische Einigung der landarbeitenden Masse, des entwurzelten Lumpenproletariats und der dünnen Schicht industrieller und intellektueller Arbeitskräfte blieb noch aus. Die Gewerkschaften vertreten in Nordafrika eine soziale Elite, die heute dort ähnliche Bedeutung hat wie gestern hier das Bürgertum: Die Industriearbeiterschaft verkörpert politische Dynamik, kulturelle Emanzipation und soziale Freiheit.

Algerien, das als letztes der drei maghrebischen Länder seine „nationale“ Revolution austrug, kann vielleicht als erstes auch seine „soziale“ Revolution bestehen. In Algerien

<sup>1</sup> Die rationalistischen Ordo-Definitionen in Nordafrika, z. B. von Ibn Ruschd (1126—1198) und Ibn Khaldun (1332—1406), können in diesem Zusammenhang unberücksichtigt bleiben.

<sup>2</sup> Dieses Phänomen regte den algerischen Schriftsteller Kateb Yacine an, die griechische Prometheus-Sage neu zu interpretieren.

wurde die Revolution nicht von der Gewerkschaft ausgelöst. Die Gewerkschaft entstand durch die Revolution. Im Gegensatz zu den Marokkanern und Tunesiern finden die Algerier die Wurzeln ihres modernen Freiheitskrieges nicht nur im „Stadtpatriotismus“, sondern auch — und wahrscheinlich sogar noch mehr — im „Landpatriotismus“. Die muselmanische Bevölkerung Algeriens hat in dem siebenjährigen Krieg gegen Frankreich die Bedeutung der parlamentarischen Stadtdemokratie und, besonders in der Kabylei, die Rolle der korporativen Landdemokratie erfahren gelernt. Die sozialen und politischen Strukturen der FLN und ALN lassen auf weite Sicht Synthese und Harmonisierung beider Verfassungen erwarten. Dank dieser einzigartigen Umstände kann es darum der algerischen Gewerkschaft gelingen, als erste eine organische soziale Einheit der Nation zu schaffen. Kann . . .

Der Satz, den ich nicht zu enden vermag, bezeichnet die Situation, in der diese Schrift entstand. Sicherlich gibt es bereits heute feste Linien der nordafrikanischen Gewerkschaftsgeschichte. Aber die Gewerkschaften haben noch nicht ihre endgültige Bestimmung gefunden. Der Versuch, diese Gewerkschaften jetzt schon zu beschreiben, ist darum gewagt. Im Augenblick der Niederschrift bedrohen neue Formen des alten Sippengeistes die junge Kraft der nordafrikanischen Arbeiterbewegung: Partikularismus, Regionalismus und Föderalismus.

Die nordafrikanischen Gewerkschaften müssen drei Prozesse, die in Westeuropa mit großen Abständen hintereinander auftraten, gleichzeitig und buchstäblich in einem atemberaubenden Tempo durchmachen: 1. die Nationwerdung, 2. die industriellen „Revolutionen“, 3. die internationale Zusammenarbeit.

Die Gewerkschaften leisteten einen schöpferischen Beitrag bei der Bildung der jungen Nationen. Die industriellen „Revolutionen“ — in Nordafrika Einwirkungen „höherer Gewalt“ — können sie höchstens als Katalysatoren beeinflussen<sup>1</sup>. Die internationale Zusammenarbeit der maghrebischen und afrikanischen Arbeiterorganisationen mit den Weltgewerkschaftsverbänden ist der mühselige Versuch, einerseits im „proletarischen“ Kontinent Afrika eine einheitliche politische Formation im neuen Kampf zwischen den Entwicklungsländern und den Industrienationen zu bilden, andererseits die Illusion der „Internationalität der Arbeiterklasse“ über die Ost-West- und Nord-Südfronten hinweg zu wahren.

Der eben genannte dreifache Prozeß macht die Situation der Gewerkschaften in Nordafrika sehr viel komplexer und zugleich viel weniger differenziert als die Lage der Gewerkschaften in Europa. Gewerkschaftliche und außergewerkschaftliche Ereignisse sind häufig eng miteinander verknüpft. Diese Verflechtung müßte eigentlich auch in einem Bericht über die maghrebischen Gewerkschaften berücksichtigt werden, um eine abgeschlossene Darstellung zu geben. Darauf muß hier verzichtet werden. Ich habe mich damit begnügt, das Mosaik einzelner Stücke zusammenzustellen. So bleibt die Behandlung z. B. des Genossenschaftswesens, der Frauenemanzipation oder des Lebensniveaus aus, weil diese Themen in dem hier gesetzten Rahmen kaum ihrer Bedeutung entsprechend behandelt werden könnten.

Wenn ich mich auch um sachliche Berichterstattung bemühe, so habe ich doch nicht *sine ira et studio* die politischen Vorgänge im Maghreb beobachtet. Den Völkern dieses Raumes haben wir Europäer nicht die Freiheit geschenkt; die Nordafrikaner haben uns ihre Freiheit geraubt. An diesem Ereignis kann niemand in Europa und Afrika ohne Stellungnahme teilhaben. Es liegt mir fern, meine Parteinahme zu entschuldigen oder zu verschleiern.

Hamburg, im Juni 1962

Werner Plum

<sup>1</sup> Alle drei Gewerkschaften stimmen einer Rationalisierung und Automation der Produktionsindustrie auch zu Lasten der auf den Arbeitsmarkt Nachdrängenden zu, wollen aber die mittelbare Produktion (Straßen-, Brunnen-, Schulbau, Erosionsbekämpfung usw.) möglichst arbeitsintensiv organisiert sehen.



GRÜNDUNG DER GEWERKSCHAFTEN



EXTRAIT DE LA REVUE GÉNÉRALE



## Europäische Arbeiterverbände

### ALGERIEN

Algerien, die älteste Kolonie Frankreichs in Nordafrika, erlebte dank des längeren europäischen Einflusses als erstes maghrebinisches Land die Bildung einer syndikalistischen Bewegung. Sie ging von Europäern aus und wurde zunächst auch nur von diesen getragen. 1880 wurde in Constantine die erste Gewerkschaftskammer gegründet. Ähnlich wie in Westeuropa gaben Buchdrucker, die wie keine andere Berufsgruppe am Arbeitsplatz Gelegenheit zur politischen Bildung fanden, den Anstoß. Im Laufe der nächsten vier Jahre konnten sie in allen algerischen Großstädten Gewerkschaftsorganisationen aufbauen. Ihnen folgten später andere Berufsverbände. Doch fanden nur wenige Arbeiter Zugang zu diesen Syndikaten. Unter der halben Million damals in Algerien ansässiger Europäer war das Interesse an gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen noch gering. Politische Bedeutung hatten die Arbeiterverbände des 19. Jahrhunderts kaum<sup>1</sup>.

Muselmanische Arbeiter fanden nicht nur keinen Zugang zu den von Europäern gebildeten Gewerkschaften, sie wurden sogar von Unternehmern zur Schwächung der Gewerkschaften eingesetzt. Die erste massive Wanderwelle muselmanischer Arbeiter nach Frankreich wurde in den Jahren 1904 bis 1907 ausgelöst, als die *Compagnie des Docks de Marseille* und andere französische Transportgesellschaften Algerier als Streikbrecher einsetzten.

In Frankreich sammelten die Muselmanen dann auch erste persönliche Erfahrungen mit den europäischen Gewerkschaftsbewegungen. 1919 gelang es einigen Muselmanen, die in der französischen Armee gedient oder in der Metropole gearbeitet hatten, bei der Rückkehr in ihre Heimat den dortigen französischen Gewerkschaften beizutreten. Ihre Mitgliederzahl blieb aber noch bescheiden.

In dieser Situation machten europäische Kommunisten einen ersten Versuch, Anhänger unter der algerischen Arbeiterschaft zu finden. 1919 gründete Hadj Abd-el-Kader, ein Urenkel des algerischen Freiheitskämpfers Emir Sidi el Hadj Uled Muhji-Ed-Din Abd-el-Kader und Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs, unter den nach Paris emigrierten muselmanischen Arbeitern die Partei *Etoile Nord-Africaine*. Dieser Verband ist die älteste Arbeiterbewegung in der Geschichte der arabischen Welt. Bezeichnend ist, daß sie nicht auf arabischem Boden, sondern in Frankreich, unter dem Einfluß einer europäischen Partei — nämlich der kommunistischen —, gegründet wurde. *L'Etoile Nord-Africaine* entzog sich allerdings recht bald dem kommunistischen und europäischen Einfluß. Als 1920 Messali Hadj die Führung des „Nordafrikanischen Sterns“ übernahm, löste er sich sofort von der PCF und den kommunistischen Gewerkschaften, um einem geheimbündlerischen, anarchistischen Radikalismus zu verfallen.

1930 erfuhren die Algerier einen zweiten Einflußversuch der europäischen Kommunisten, diesmal in Algerien selbst. In der Hauptstadt Algier organisierte die PCF einen „Arabischen Arbeiterkongreß“, der einen panarabischen Arbeiterverband vorbereiten

<sup>1</sup> Elie Guedj: „*Le travail en Algérie — Aspects économiques, sociaux et juridiques*“, Grenoble 1954 (Univ.-Diss.).



sollte. Dieser Kongreß fand keinen Widerhall bei den Muselmanen, weil der damals noch militante Atheismus der europäischen Kommunisten die religiösen Gefühle der Muselmanen verletzte. Die für die Kommunisten negativen Nachwirkungen dieses Versuches hielten mindestens noch bis 1956 an.

Mittlerweile fanden europäische und muselmanische Arbeiter Algeriens engeren Kontakt. 1932 wurden den Muselmanen begrenzte gewerkschaftliche Rechte zugestanden. 1934 kam es zu ersten interkulturellen Solidaritätskundgebungen. Muselmanische Bauarbeiter von Oran hatten sich entschlossen, ihren Streik erst dann abzubrechen, wenn auch die Forderungen der europäischen Kollegen erfüllt seien. In der gleichen Weise unterstützten 1936 europäische Brauereiarbeiter von Algier ihre muselmanischen Kollegen. Im gleichen Jahr konnten auch die Landarbeiter eine eigene Gewerkschaft bilden. Im Laufe von zwölf Monaten stieg die Zahl der muselmanischen Mitglieder auf 40 000. Bei einem Streik am 30. November 1938 mußte die Landarbeitergewerkschaft allerdings eine empfindliche Niederlage einstecken.

Die Volksfront und die große französische Streikbewegung des Jahres 1936 taten ein übriges, das Verbundenheitsgefühl zwischen muselmanischen und europäischen Arbeitern in Algerien zu heben. Die Verkürzung der Arbeitszeit in Betrieben der Metropole — eine Folge des Generalstreiks — führte neue algerische Arbeiter in die französischen Großstädte. Allein im Jahre 1937 wanderten 50 000 Muselmanen in Frankreich ein. Doch die in gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen noch unerfahrenen Algerier gewannen eine negative Bedeutung für die alte französische Arbeiterbewegung. Die französischen Arbeiter, bislang in den Manufakturen zu einem eigenen syndikalistischen Bewußtsein erzogen, standen plötzlich einer zahlreichen Kollegenschaft gegenüber, die bei Wahlen der Arbeitervertretungen das Schwergewicht von der anarcho-syndikalistischen zur gegenwärtigen gewerkschaftlich-politischen Bewegung verschoben.

Im zweiten Weltkrieg brach unter dem Einfluß der nazihörigen französischen Regierung die Gewerkschaftsbewegung auch in Algerien zusammen. Alle Arbeiterorganisationen wurden verboten. Kaddour Belkaim, ein militanter muselmanischer Gewerkschafter, fand 1940 den Tod.

1945 konnte sich wieder eine neue Gewerkschaftsorganisation in Algerien regen. Die Muselmanen schlossen sich in großer Zahl der CGT an. Praktisch wurde diese Gewerkschaft von französischen Kommunisten geleitet, ohne daß die Muselmanen einen wesentlichen Einfluß auf die Gewerkschaftspolitik ausüben konnten. Die Ereignisse vom 8. Mai 1945 zerstörten plötzlich das Vertrauen zu den europäischen Gewerkschaftsverbänden. An diesem Tag wollten die Algerier eine Sieges- und Freiheitsfeier veranstalten. Sie hatten im zweiten Weltkrieg 90 Prozent der Soldaten im französischen Expeditionsheer gestellt und nahmen am Kampf gegen die Achsenmächte in der Erwartung teil, de Gaulle werde sein Versprechen, ihnen nach dem Krieg die Freiheit zu schenken, wahr machen. Doch schon am 1. Mai 1945 sahen sie sich veranlaßt, gegen innenpolitische Maßnahmen der französischen Behörden zu demonstrieren. Bei einem Umzug wurde der Gewerkschafter Bel Haffaf von der französischen Polizei in Algier erschossen. Wenige Tage später wurde die von Algeriern geplante Sieges- und Freiheitsfeier verboten. Es kam, vor allem in den Städten Guelma und Sétif, zu Kundgebungen. Die Polizei griff ein und tötete nach vorsichtigen Schätzungen des amerikanischen Konsulats 40 000 Muselmanen. 102 Europäer wurden umgebracht<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. Colette et Francis Jeanson, „L'Algérie hors la loi“, Paris 1955, S. 71; Gabriel Esquer, „Histoire de l'Algérie“, Paris 1950, S. 114; Marc Lamunière, „Histoire de l'Algérie illustrée de 1830 a nos jours“, Paris 1962, S. 160; Ferhat Abbas, „Guerre et révolution d'Algérie“, Band I: „La nuit colonial“, Paris 1962, S. 154 ff.

Die kommunistische CGT hatte sich bei dieser Gelegenheit von der algerischen Kundgebung distanziert. Sie unternahm nichts gegen die Verhaftung und Ermordung zahlreicher muslimischer Gewerkschaftsführer. Die CGT trat für einen Fortbestand der *Union Française* und gegen die Tendenzen einer autonomistischen Politik ein. Diese Haltung begründete sie mit der Behauptung, zur Gewerkschaftspolitik seien nur europäische Arbeiter befähigt. Unter diesen Umständen verließen viele Muselmanen die Gewerkschaft. Die Mitgliedszahl der CGT schmolz von 250 000 auf 80 000 zusammen.

In den Jahren 1948 bis 1950 kehrten zahlreiche Muselmanen wieder zur CGT zurück, weil militante Gewerkschafter unter ihren Landsleuten zu der Einsicht kamen, die Mitarbeit in einer fremden Gewerkschaft sei besser als der Verzicht auf gewerkschaftliche Rechte. In dieser Zeit nahmen Algerier an Kundgebungen des Stockholmer Appells, gegen die Hinrichtung Rosenbergs, gegen den Marshallplan und gegen den französischen Krieg in Indochina teil. Vor allem lernten die Algerier in dieser Zeit, die praktische Gewerkschaftsarbeit der Franzosen zu beobachten, um daraus später in einer autonomen Gewerkschaftsorganisation Nutzen ziehen zu können. Mit diesem Ziel entfaltete Aissat Idir in einem Freundeskreis des *Mouvement pour le Triomphe des Libertés Démocratiques* (MTLD) seine Aktivität innerhalb der CGT.

Unter dem Druck der autonomistischen Bewegung änderte die CGT im Juni 1954 ihren Namen. Sie trat als *Union Générale des Syndicats Algériens* (UGSA) auf. Nach außen übertrug sie einem Muselmanen, Lakhdar Kaïdi, die Leitung, tatsächlich bestimmte aber ein französischer Kommunist, Jean Odièvre, die Politik der neuen UGSA.

Als wenige Monate später (am 1. 11. 1954) der algerisch-französische Krieg ausbrach, beschränkte sich die UGSA zunächst auf die Erhebung einiger sozialpolitischer Forderungen. Später polemisierte sie zwar gegen einige europäische Großgrundbesitzer und griff Auswüchse des „Ultrakolonialismus“ an, nahm aber nur zögernd Partei für die algerische Unabhängigkeitsbewegung. Auf jeden Fall wollte sie den europäischen Arbeitern in Algerien einen besonderen Status gesichert wissen. Ihr publizistisches Organ war *Le Travailleur algérien*. Sie stand der von Henri Alleg<sup>1</sup> herausgegebenen Zeitung *Alger républicain* nahe. Alleg schenkte allerdings der UGSA nicht sein volles Vertrauen, da er viel entschlossener als seine Parteifreunde und unabhängig von der kommunistischen Gewerkschaftsführung die Freiheitsbewegung der Algerier unterstützte. In den ersten Kriegsjahren versuchte die UGSA, die Existenz der FLN zu leugnen. Statt dessen sprach sie von einer algerischen „Volksfront“, die jedoch praktisch nur in einer Widerstandsgruppe im Raume von Tlemcen und in der *Fraternité algérienne* von Oran existierte. Als am 24. Februar 1956 die der FLN nahestehende Gewerkschaft UGTA gegründet wurde, warf die kommunistische Gewerkschaft der UGTA faschistische Tendenzen vor<sup>2</sup>.

Außenpolitisch fand die UGSA Unterstützung außer bei der französischen CGT bei den Gewerkschaften in der Sowjetunion, in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei.

Als sich im Februar 1956 die autonomen Gewerkschaften in Algerien bildeten, verlor die UGSA sofort ihre Führungsposition. Im Laufe von fünf Monaten büßte sie drei Viertel der Mitgliedschaft ein und beschränkte sich auf 15 000 — ausschließlich europäische — Anhänger.

Unter dem Druck des algerisch-französischen Krieges erlahmte die Tätigkeit der europäischen Gewerkschaften innerhalb Algeriens mehr und mehr. Bis Mai 1961 hatte die

<sup>1</sup> Henri Alleg, „*La Question*“, Paris 1958. Westdeutsche Übersetzung „*Die Folter*“; mit einem Vorwort von Jean-Paul Sartre und einem Nachwort von Eugen Kogon; München 1958. Ostdeutsche Übersetzung: „*Die Folter*“, Berlin (Ost-) 1958. Henri Alleg, „*Prisonniers de Guerre*“, Paris 1961.

<sup>2</sup> Eine Woche vor Gründung der UGTA machte die UGSA darauf aufmerksam, daß sich die mit der FLN verbundene Gewerkschaft in einem Gebäude einrichten wolle, in dem auch Anhänger Pujades verkehrten.

kommunistische Gewerkschaft noch keine einheitliche Politik zur Wahrung der Sonderrechte der europäischen Arbeiter finden können<sup>1</sup>. In ähnlicher Weise stritt man sich auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaft CFTC über die Unterstützung der autonomen Gewerkschaft<sup>2</sup>. Die Mehrzahl der europäischen Arbeiter Algeriens hatte sich inzwischen der CGT-FO angeschlossen, weil sie in dieser Gewerkschaft die beste Vertretung ihrer Rechte sah.

Erst nach Beendigung des Algerienkrieges gewann wieder eine französische Gewerkschaft an politischer Bedeutung. Am 28. April 1962 konstituierte sich in Algerien die *Union Générale des Travailleurs Français d'Algérie — Sahara* (UGTFA). Die UGTFA setzte sich zum Ziel, „die moralischen und materiellen Rechte und Interessen der französischen Arbeiter in Algerien und der Sahara zu verteidigen, . . . den unerschütterlichen Willen dieser Arbeiter zu äußern, in Algerien und in der Sahara nur der französischen Hoheit zu unterstehen, was sie vom Gehorsam gegenüber jeder anderen Macht — außer Frankreich — entbindet“<sup>3</sup>. Mit dieser Erklärung stellte sich die UGTFA gegen die algerisch-französischen Abkommen von Evian (18. 3. 1962) und gegen die Politik der französischen Regierung. Unter diesen Umständen war eine behördliche Anerkennung der UGTFA ausgeschlossen. Die FLN forderte sogar ein ausdrückliches Verbot der rechtsradikalen Gewerkschaft.

Kurz danach teilte am 29. Mai 1962 ein Sprecher der UGTFA mit, seine Gewerkschaft zeige sich dennoch geneigt, mit der FLN in Verhandlung zu treten, um die sozialen Garantien der „Pieds-noirs“ in Algerien zu sichern. Zwei Tage später wurde der stellvertretende Generalsekretär, Batard, vom Präsidenten und von mehreren algerischen Mitgliedern der „Provisorischen Exekutive“ empfangen<sup>4</sup>. Batard und der Gewerkschaftssekretär Blanchet nahmen an den anschließenden Geheimverhandlungen über die Beilegung des europäischen Terrors in Algier teil.

<sup>1</sup> *Le Monde*, 31. 5. 1961.

<sup>2</sup> *Le Monde*, 1. 6. 1961.

<sup>3</sup> Aus dem Gründungsaufwurf der UGTFA.

<sup>4</sup> *Le Monde*, 31. 5. 1962; 2. 6. 1962; 20. 6. 1962.

## MAROKKO

In Marokko wurde bereits zwei Jahre nach Bildung des französischen Protektorats in einem Gesetz vom 24. Mai 1914 den Gewerkschaften das Recht zugestanden, sich im Sinne eines eingetragenen Vereins zu konstituieren. Den Anstoß zur eigentlichen Arbeiterbewegung gab aber erst im Jahre 1936 die französische Volksfront. Französische Arbeiter griffen die Anregungen ihres Mutterlandes auf und schufen in Marokko die ersten Gewerkschaften. Mit dem Gesetz vom 24. 12. 1936 wurde ihr Vorhaben legalisiert. Allerdings konnten nur die europäischen Arbeiter gewerkschaftliche Rechte in Anspruch nehmen.

Die französische Volksfront förderte die Bildung von Gewerkschaften in Marokko nicht mit der Absicht, auch die Autonomiebestrebungen der muselmanischen Arbeiter zu unterstützen<sup>1</sup>. Erst im folgenden Jahr zeigten sich Europäer bereit, Muselmanen in ihre Gewerkschaften aufzunehmen. 1937 fühlten sich marokkanische Arbeiter stark genug, einen ersten Bauarbeiterstreik zu versuchen. Der Streik wurde mit harten Vergeltungsmaßnahmen der französischen Behörden niedergeschlagen.

Ein Gesetz vom 24. 5. 1938 untersagte den Muselmanen die Mitgliedschaft in französischen Gewerkschaften. Trotzdem gelang es einigen Muselmanen, von europäischen Freunden unterstützt, weiterhin den Gewerkschaften anzugehören. Wenn sie dabei von französischen Behörden gestellt wurden, mußten sie Geld- und Haftstrafen in Kauf nehmen. In dieser Zeit brach das Vertrauen der marokkanischen Arbeiter zur französischen Linken zusammen. Gleichzeitig kehrten marokkanische Studenten mit neuen revolutionären Ideen, die sie bei den französischen Linksparteien, vor allem bei den Kommunisten kennengelernt hatten, in ihre Heimat zurück. Unter ihrem Einfluß wurde bei den muselmanischen Arbeitern von Casablanca ein neues Vaterlandsbewußtsein, der sogenannte „Stadtpatriotismus“<sup>2</sup>, geweckt.

Im zweiten Weltkrieg wurden die Gewerkschaften von 1940 bis 1942 unter dem Einfluß der Vichy-Regierung aller Rechte beraubt.

Mit der amerikanischen Landung in Nordafrika wurde den Europäern die gewerkschaftliche Freiheit zurückgegeben. Im Juni 1943 bildete sich die CGT neu. Zwei Jahre später, am 29. 5. 1945, tolerierte die französische Generalresidenz die muselmanische Mitgliedschaft in französischen Gewerkschaften.

Unter dem Eindruck des letzten Krieges und vor allem der UNO-Charta von San Franzisko stellten die Marokkaner nun höhere Ansprüche. Die Bildung einer eigenen Gewerkschaft wurde ihnen aber von der französischen Regierung — nicht zuletzt unter dem Druck der französischen Sozialisten und Kommunisten — verweigert. Einige Jahre lang hielt die CGT an der These fest, Marokkaner seien zu organisatorischen Arbeiten unfähig. Diese These wurde von zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten über psychologische Anpassungsfähigkeiten der Marokkaner bei der Industrialisierung unterstützt<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. Jacques Berque, „*Le Maghreb entre deux guerres*“, Paris 1962, S. 355; siehe auch S. 352.

<sup>2</sup> Werner Plum, „*Geistige Länderkunde: Nordafrika*“, Nürnberg 1961, S. 313 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Robert Montagne, „*Naissance du prolétariat marocain. Enquête collective 1948—1950*“, Paris 1951. Trystam, „*L'Ouvrier mineur au Maroc*“, Paris 1957.

Einige Sozialpsychologen, unter ihnen Henri Pirot, widersetzten sich allerdings dieser These<sup>1</sup>.

Die meisten Marokkaner traten der kommunistischen CGT bei, die sich 1946 einen neuen Namen gab: *Union Générale des Syndicats Confédérés du Maroc* (UGSCM). Die CGT (UGSCM) war — wenn auch nicht so ausschließlich wie die übrigen europäischen Gewerkschaften — vor allem um die Belange der europäischen Arbeiterschaft bemüht. Außenpolitisch traten alle Gewerkschaften für die *Union Française*, also gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der Nordafrikaner ein. Später war die CGT darum bemüht, diese Haltung zu vertuschen. Albert Ayache schilderte die CGT als eine Vorkämpferin in der marokkanischen Befreiungsbewegung<sup>2</sup>. Die UGSM wurde zunächst von einem Franzosen und einem Marokkaner geleitet. Seit Mai 1951 stand die UGSM unter der nominellen Führung nur noch eines marokkanischen Sekretärs.

Obwohl den meisten Muselmanen die Politik der CGT, vor allem ihre kolonialen Bindungen, nicht genehm waren, traten sie in großer Zahl dieser Gewerkschaft bei. Französischen Unternehmern war das willkommener Anlaß, die Muselmanen des Kommunismus zu bezichtigen. Diese sahen sich nun zu einem politischen Bekenntnis gedrängt, das sie keineswegs zu äußern geneigt waren. Zahlreiche Marokkaner verließen die ihnen unnütz erscheinende kommunistische Gewerkschaft. Andere, unter ihnen die späteren Führer der *Union Marocaine du Travail* (UMT), blieben in der französischen Gewerkschaft, weil sie aus prinzipiellen Gründen einem Arbeiterverband angeschlossen sein wollten. Zudem gab ihnen die Mitgliedschaft Gelegenheit zum Studium der Gewerkschaftsarbeit und ihrer Organisation. Von dieser Gelegenheit machten die Marokkaner reichlich Gebrauch. Ihre später selbständig gewordene Gewerkschaft bauten sie nach dem organisatorischen Vorbild der CGT auf.

Indes hatte die Protektorsregierung unter Eirik Labonne versucht, das Gewerkschaftsproblem auf ihre Weise zu lösen. 1944 gründete sie in Casablanca das *Bureau Marocain du Travail* (BMT), eine Art „gelbe Gewerkschaft“<sup>3</sup>. Unter Leitung eines „Zivilkontrolleurs“ sollten auf dirigistischem Wege die berechtigten und von der Regierung anerkannten sozialen Forderungen der Muselmanen erfüllt werden. In Anlehnung an altes muselmanisches Genossenschaftswesen und traditionelle Handwerkerverbände ernannte die französische Verwaltung Amins, also einheimische Vorsitzende der verschiedenen Sektionen des BMT.

Vorteil des BMT war, daß in ihm Arabisch als Verhandlungssprache diente. Die muselmanischen Arbeiter konnten sich also leichter in dem BMT aussprechen, was ihnen in den französischen Gewerkschaften und im Umgang mit europäischen Kollegen nicht möglich war.

Einen Nachteil empfanden die Muselmanen in dem Paternalismus des BMT. Sie fanden in diesem Büro nicht die Ansätze zu einer freien und selbständigen Arbeiterorganisation. Dieser Versuch der französischen Generalresidenz brach darum schnell wieder zusammen.

In den Jahren 1945—48 erlebte die UGSCM einen langsamen Aufstieg. Ihre Mitgliedschaft nahm vor allem bei den Beamten und bei den Bergarbeitern von Djerrade und Khouribga zu. Die gewerkschaftliche Krise, die im Mutterland zur Spaltung zwischen CGT und CGT-FO geführt hatte, machte sich in Marokko zunächst kaum bemerkbar.

<sup>1</sup> Henri Pirot, „*L'Ouvrier Marocain et le Travail Industriel*“ in: „*Faits et Idées*“, Revue bi-mensuelle du Vicariat Apostolique de Rabat, No. 20 (Hors-Serie), Rabat 1954.

<sup>2</sup> Albert Ayache, „*Le Maroc — Bilan d'une Colonisation*“, Paris 1956, S. 352 ff. (Deutsche Übersetzung „*Marokko, Bilanz eines Kolonialunternehmens*“, Berlin [Ost-] 1961.)

<sup>3</sup> André Adam, „*L'Organisation Professionnelle des Ouvriers Marocains*“ in: „*Faits et Idées*“, No. 20, Rabat 1954.

Seit Sommer 1948 gab es wieder einige Schwächezeichen in der UGSCM. Ein Streik der Bergarbeiter brach im Juni zusammen. Im Oktober 1948 wurde die Sozialgesetzgebung zuungunsten der Gewerkschaften verändert.

Im nächsten Jahr drängten die Muselmanen zum ersten Male beachtenswert den europäischen Einfluß innerhalb der UGSCM zurück. Die marokkanischen Gewerkschafter schlossen mit den französischen einen Vertrag. Muselmanen wurden nicht mehr individuell, sondern kollektiv in die Gewerkschaft aufgenommen. So konnte sich seit 1949 ein gewisser muselmanischer Syndikalismus im Schutze der UGSCM entfalten. 1950 wurde zum ersten Male für 30 Teilnehmer ein eigener Gewerkschaftskursus für Muselmanen in Casablanca durchgeführt. Ziel der muselmanischen Gewerkschaftsführer war damals, anlässlich des Gewerkschaftskongresses vom 11.—12. November 1950, die Gründung einer *Centrale Syndicale Marocaine Autonome* zu proklamieren. Doch die sozialpolitischen Konflikte dieser Zeit erlaubten nicht eine derartige Brüskierung der CGT (UGSCM). Das Vorhaben scheiterte.

Lange Streikwellen gab es im Jahre 1950 bei Elektrikern, Bahnarbeitern, staatlichen Angestellten und Arbeitern, Bäckern, Arbeitern der Zuckerraffinerien und Fischern.

Um Ausbrüchen der autonomen Gewerkschaftsbewegung entgegenzuwirken, nahm die UGSCM im Jahre 1951 immer häufiger Stellung für die Muselmanen. Auf der 1.-Mai-Feier des Jahres 1951 hatte der Generalsekretär der Gewerkschaft, André Leroi, das Elend der in den Wellblechvierteln (*Bidonvilles*) lebenden Marokkaner beklagt. Noch am gleichen Tage wurde er von französischen Behörden aus Marokko ausgewiesen. Die CGT (UGSCM) unternahm seitdem gewagte Versuche der Parteinarbeit für muselmanische Arbeiter.

Im gleichen Jahr bildete die französische Generalresidenz einen neuen Ansatz zur „gelben Gewerkschaft“. Eine „Arbeiter-Jemaa“<sup>1</sup> sollte die Arbeiterschaft spalten. Unter Ausnutzung der ethnischen Unterschiede sollten die Arbeiter nach Volksstämmen getrennt organisiert werden. Der Industrielle Jean Walter machte in seinen Bergwerken den Anfang. Dieses Beispiel wurde dann von der Industrie in Casablanca aufgegriffen. Die Vertrauensleute der *Jemaa* waren, wie die Unternehmer bald selbst zugaben, schüchterne und unerfahrene Leute, die die Betriebsführung um Unterstützung in ihrer neuen seltsamen Rolle baten. Das Experiment scheiterte.

In der *Jemaa* wurde von europäischer Seite versucht, einer einheimischen Tradition, nämlich der Sippenolidarität zu entsprechen und sie für die Interessen der Unternehmer auszuwerten. Dieser Versuch ist deshalb interessant, weil er die entgegengesetzten Bestrebungen der Marokkaner und der Franzosen illustrierte. Die einen, die Marokkaner, wollten selbständige Gewerkschaftsorganisationen nach europäischen Vorbildern in Marokko einführen, die französischen Protektoren bemühten sich um die Restaurierung altüberlieferter Systeme.

Als der Konflikt zwischen Marokko und Frankreich in den Jahren 1953—55 seinen Höhepunkt erreichte, brach die Tätigkeit der Gewerkschaften zusammen. Während der Befreiung Marokkos konstituierte sich 1955 die autonome UMT. Die kommunistische Gewerkschaft UGSCM löste sich daraufhin im Dezember 1955 selbst auf. Europäische Arbeiter konnten sich nun als Einzelmitglieder der marokkanischen Gewerkschaft anschließen. Die meisten Europäer zogen es allerdings vor, Mitglieder anderer französischer Gewerkschaften (CFTC oder CGT-FO) zu bleiben oder zu werden.

<sup>1</sup> *Jemaa* = Versammlung.

## TUNESIEN

In Tunesien konnte sich früher als in den Nachbarländern eine autonome Arbeiterbewegung entfalten. Die französischen Gewerkschaftsfilialen hatten darum im Protektorat nur geringe Bedeutung.

Um 1904 schufen französische Arbeiter die ersten Gewerkschaften der Eisenbahner und der Tabakarbeiter. Nach dem ersten Weltkrieg wurde unter dem Eindruck der sozialen Unruhen in Frankreich den französischen Arbeitern das Recht auf gewerkschaftliche Zusammenschlüsse zugebilligt. Preisbewegungen und Lohnforderungen führten 1920 Muselmanen und „kleine Weiße“ zusammen. Am 15. September 1920 protestierten auf Kundgebungen in der Stadt Tunis ein französischer Studienrat und der muselmanische Generalsekretär der Eisenbahnergewerkschaft gegen die steigenden Lebenshaltungskosten<sup>1</sup>. 1924 besuchte der französische Gewerkschafter Léon Jouhaux Tunesien, um dort zu verhindern, daß der französischen CGT durch die Gründung einer autonomen Gewerkschaft Konkurrenz entstehen könnte. Sein Versuch schlug fehl. Doch konnte sich auch die neue autonome Gewerkschaft CGTT kaum durchsetzen, weil sie auf den Widerstand im eigenen Bürgertum stieß.

Beiden, den französischen und den autonomen Gewerkschaften, drohten Verbote. Erst am 16. November 1932 wurden die französischen Gewerkschaften vom französischen Protektor anerkannt. Ihre Anhängerschaft blieb jedoch zunächst noch klein. Einige Gewerkschafter wurden, ebenso wie Mitglieder der *Neo-Destour* und der Kommunistischen Partei, vom Generalresidenten Peyrouton in südtunesische Konzentrationslager eingewiesen. Sie blieben dort, bis in Paris die Volksfront den politischen Kurs änderte. Die *Confédération Générale des Travailleurs Unifiés* (CGTU), eine Tochtergewerkschaft der CGT, nahm unverzüglich Lohnkämpfe auf. 1936 wurden 21 000, im nächsten Jahr 26 000 Streikende gezählt<sup>2</sup>.

Im zweiten Weltkrieg erfuhr die Gewerkschaft ein Verbot durch die Vichy-Regierung. Nach der Befreiung von der deutschen Besatzung (Mai 1943) nahm die CGT-Filiale ihre Tätigkeit wieder auf. Den Weisungen ihrer Freunde im Mutterland folgend, änderte sie am 27. Oktober 1946 ihren Namen: *Union Syndicale des Travailleurs de Tunisie* (USTT). Sie schloß sich dem *Weltgewerkschaftsbund* an.

Die Situation war nun sehr verwirrt. Auf dem Kongreß vom 27. 10. 1946 hatte eine Minderheit gegen die Änderung des Namens gestimmt. Diese Minderheit konstituierte 1948 eine neue Gewerkschaft unter dem Namen CGT. Auch sie suchte Zugang zum *Weltgewerkschaftsbund*. Fast gleichzeitig, im Januar 1949, beantragte auch die autonome Gewerkschaft UGTT ihre Mitgliedschaft in dem kommunistischen Weltbund der Gewerkschaften. Die UGTT wurde aufgenommen. Gleichwohl lebte sie in erbitterter Gegnerschaft zur USTT und zur CGT.

Gegen Ende der Protektoratszeit verschwanden die französischen Gewerkschaften USTT, CGT, CGT-FO und CFTC von der sozialpolitischen Bühne Tunesiens.

<sup>1</sup> Jacques Berque, „*Le Maghreb entre deux guerres*“, Paris 1962, S 17.

<sup>2</sup> Paul Sebag, „*La Tunisie — Essai de Monographie*“, Paris 1951, S. 218.

## Autonome Gewerkschaften

### TUNESIEN

Die berufstätige Stadtbevölkerung Tunesiens war — ähnlich wie in anderen arabischen Ländern — vor der französischen Besetzung (1881) in Korporationen organisiert, die Unternehmer in *M'Allem*, die Arbeiter in *Kaljes*, die Lehrlinge in *Mutallem*.

Als erstes der maghrebischen Länder konnte Tunesien im Jahre 1924 eine eigene autonome Gewerkschaftsorganisation gründen. Angeregt wurde diese Gründung von M'hamed-Ali ben Moktar El Hammi. In seiner Jugend war er Laufjunge einer Autowerkstatt in der Hauptstadt Tunis gewesen. Kurz vor dem ersten Weltkrieg ging M'hamed-Ali ins Ausland — zuerst nach Ägypten, später in die Türkei —, um die soziale Lage der Arbeiter anderer arabischer Länder kennenzulernen. Nach dem ersten Weltkrieg verbrachte er einige Jahre in Berlin. In dem damals bewegten Leben dieser Stadt machte er Bekanntschaft mit der deutschen Arbeiterbewegung. Den Aufenthalt nutzte er zum Studium der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

1924 kehrte er in seine Heimat zurück und gründete am 3. Dezember des gleichen Jahres die *Confédération Générale des Travailleurs Tunisiens* (CGTT). Ihm schlossen sich vor allem Bergarbeiter, Eisenbahner und vereinzelt Landarbeiter an. Bald nach Gründung der CGTT wurde M'hamed-Ali von den Franzosen verhaftet und im November 1925 ausgewiesen. Zunächst kehrte er nach Deutschland zurück. 1928 kam er bei einem Autounfall in Saudi-Arabien ums Leben.

Mit seinem Tod brach die nationale Organisation der tunesischen Arbeiterbewegung zusammen. Seit 1925 war sie dem Druck der französischen Protektormacht und des einheimischen Bürgertums ausgesetzt. Gewerkschaftliche Bestrebungen der Hafener- und der Postarbeiter blieben ohne Erfolg. Europäische Beobachter gewannen den Eindruck, daß Destour-Partei und Kommunisten um den Einfluß in der CGTT rangen<sup>1</sup>.

1932 gewann Tunesien seine gewerkschaftlichen Rechte zumindest für die europäischen Arbeiter wieder. Einzelne Muselmanen schlossen sich den französischen Gewerkschaften an, wurden aber 1934 vom Generalresidenten Querel Peyrouton verhaftet. 1936 konnte sich die tunesische Arbeiterbewegung wieder aufrufen. Im Februar-März 1937 gründete Belgacem Guenaoui erneut die CGTT. Jedoch schon im folgenden Jahr beschloß die französische Regierung die Auflösung der CGTT. Anlaß war eine Kundgebung am 9. April 1938.

Einen dritten Versuch der Neugründung unternahm Ende des zweiten Weltkrieges Farhat Hached. 1943 waren die gewerkschaftlichen Rechte wiederhergestellt worden.

Farhat Hached war zunächst Mitglied der tunesischen Sektion der französischen CGT. Die Politik dieser Gewerkschaft bot ihm genügend Anlaß, sowohl gegen den französischen Kolonialismus als auch gegen den französischen Kommunismus Position zu beziehen. Am 18. und 19. März 1944 fand in Sfax ein Kongreß der französischen Gewerkschaft statt. Der Bundesvorstand setzte die Wahl des Sekretärs Hassen Sadoui

<sup>1</sup> Roger Le Tourneau, „*Evolution Politique de l'Afrique du Nord Musulmane, 1920—1961*“, Paris 1962, S. 68, 80; vgl. auch Hans Otto Glahn, „*Tunis, einst und morgen...*“, Berlin 1940, S. 181, 189 (Aspekte der deutschen Nazis).



durch. Farhat Hached erlitt bei der Wahl eine Niederlage. Daraufhin bereiste er Südtunesien, um dort einen von Franzosen unabhängigen Gewerkschaftsverband zu gründen. Nach dem Aufbau des südtunesischen Verbandes ging er nach Nordtunesien und gründete dort ebenfalls eine Gewerkschaftsorganisation. Damit war die Basis geschaffen, um am 20. Januar 1946 in Tunis die heutige *Union Générale des Travailleurs Tunisiens* (UGTT) zu konstituieren. Auf diesem Kongreß vereinigten sich die drei Organisationen:

*Union des Syndicats autonomes du Sud,*  
*Union des Syndicats autonomes du Nord,*  
*Fédération des Syndicats des fonctionnaires Tunisiens.*

Mittlerweile hatte der Kampf um die nationale Unabhängigkeit die verschiedenen sozialen Klassen Tunesiens zusammengeführt. Spannungen, wie sie 1925 noch zwischen Bürger- und Gewerkschaft zu beobachten waren, hatten sich gelöst<sup>1</sup>. Der Großgrundbesitzer Hédi Chaker mußte in dem sich nun anbahnenden Kampf ebenso wie der Gewerkschafter Farhat Hached das Leben lassen. 1949 trafen zum ersten Male Farhat Hached und Habib Bourguiba, der Führer der bürgerlichen *Neo-Destour*, zusammen. Die Begegnungen waren zunächst noch flüchtig. Erst im September 1951 lernten sich beide in San Francisco auf einem Kongreß der AFL näher kennen. Beide waren in der Folgezeit die erfolgreichsten diplomatischen Vertreter der tunesischen Freiheitsbewegung.

Beim Aufbau der UGTT berücksichtigte Farhat Hached vier Gesichtspunkte<sup>2</sup>. Wenn er auch die Aufgabe der Gewerkschaft darin sah, einen Kampf gegen „die kapitalistische Ausbeutung und gegen die kolonialistische Unterdrückung“ zu führen, so meinte er doch: „Unsere gewerkschaftliche Aktion kann nicht zur vollständigen Vernichtung des Kapitals führen. Wir betrachten Kapital und Arbeit als zwei füreinander unersetzliche Elemente und für die beiden Lebensnotwendigkeiten des Landes. Man muß deshalb einen Weg suchen, auf dem sich die beiden Elemente ergänzen können. Das Kapital darf nicht zum Schaden der Arbeit ins Unermeßliche wachsen. Die Arbeit soll, gleich welcher Art sie ist, einen gerechten Lohn finden, ausreichend, um dem Arbeiter ein anständiges Leben zu sichern, und um ihm zu erlauben, an allen Gütern des Fortschritts teilzuhaben. Die Verbindung von Kapital und Arbeit garantiert darum das Aufblühen eines Unternehmens, das zum größten Wohl der Gesamtheit dient.“

Diese Definition der Gewerkschaftspolitik sollte im weiteren Verlauf der tunesischen Gewerkschaftsgeschichte noch große Bedeutung finden. Mit dieser Erklärung konnte die UGTT an der Politik der *Neo-Destour* teilhaben und somit in der späteren unabhängigen Republik eine Rolle spielen, die die Gewerkschaft nicht in die Opposition drängte. Andererseits gab diese politische Linie auch Anlaß zu Krisen innerhalb der tunesischen Gewerkschaft<sup>3</sup> und zu Spannungen mit anderen afrikanischen Gewerkschaften<sup>4</sup>. Es ist nützlich, hier das Datum dieser Erklärung (20. Dezember 1946) festzuhalten; denn 15 Jahre später wurde der UGTT von anderen afrikanischen Gewerkschaftskollegen der Vorwurf gemacht, sie habe sich unter dem Einfluß der westeuropäischen Gewerkschaften zu dieser „revisionistischen“ Politik entschlossen.

Zweites Prinzip seiner Gewerkschaftspolitik war eine gründliche verwaltungstechnische Gliederung der verschiedenen Föderationen. 1946 konnte Farhat Hached 85 000 Mitglieder der UGTT zählen.

Für die Gründungszeit der tunesischen Gewerkschaft sah Hached die Erfüllung un-

<sup>1</sup> Salah-Eddine Tlatli, „Tunisie nouvelle, problèmes et perspectives“, Tunis 1957, S. 283.

<sup>2</sup> „Conférence faite par Farhat Hached à l'Assemblée des Etudiants Nord-Africains à Paris le 20 Décembre 1946“ in: „Ech-Chaab“ (Le Peuple), Numéro Spécial, Tunis 5. 12. 1959, S. 5 ff.

<sup>3</sup> Auf dem Gewerkschaftskongreß im September 1956.

<sup>4</sup> Auf dem Panafrikanischen Gewerkschaftskongreß in Casablanca im Mai 1961.

mittelbarer Aufgaben zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, des Lohnes, der Familienzulagen usw. vor. Langfristige Aufgaben hatte er sich noch nicht gestellt. Viertens schenkte er der Arbeiterbildung besondere Aufmerksamkeit. Ziel dieser Bildung sollte die Weckung des Solidaritätsbewußtseins und Förderung der in der alten islamischen Gesellschaftsordnung gepflegten nachbarschaftlichen Hilfe sein. Das Bildungswesen wollte er auf den muselmanischen Soziallehren des Korans aufgebaut wissen. In den ersten Jahren stand die UGTT in dem zweiseitigen Kampf für die gewerkschaftlichen Freiheiten und für die nationale Befreiung Tunesiens. 1947 wurden im ganzen Land Generalstreiks ausgerufen, um Lohnerhöhungen durchzusetzen. In verschiedenen Orten griffen französische Truppen ein. In Sfax wurden 30 Gewerkschafter getötet, 102 verwundet, 150 verhaftet. Trotzdem konnten die geforderten Lohnerhöhungen am 1. September 1947 durchgesetzt werden. Weitere Lohnerhöhungen erzwangen die Gewerkschaften mit Streiks im Mai 1948 und im September 1950. Zugleich gelang es ihnen, seit Mitte 1950 auch die Landarbeiter, die bisher nur selten sozialpolitische Forderungen durchsetzen konnten, zu organisieren. Allein im November 1950 konnten während der Erntezeit 23 Landarbeiterstreiks mit Erfolg ausgetragen werden.

Am 5. Februar 1946, wenige Wochen nach Gründung der Gewerkschaft, beantragte die UGTT Aufnahme beim *Weltgewerkschaftsbund*. Der Antrag wurde lange Zeit nicht beachtet, weil bereits eine andere Gewerkschaft, die USTT, Mitglied des *Weltgewerkschaftsbundes* war und weil sich vor allem die französische CGT gegen eine Aufnahme der UGTT wehrte. Erst als der *Weltgewerkschaftsbund* ausschließlich von Kommunisten beherrscht wurde und er auf internationaler Ebene keine uneingeschränkte Machtstellung mehr besaß, nahm er 1949 die UGTT auf. Diese blieb aber nicht lange in dem Dachverband. Ein Jahr später löste sie das Verhältnis zum *Weltgewerkschaftsbund*. Im Juli 1951 trat die UGTT dem *Internationalen Bund Freier Gewerkschaften* in Brüssel bei.

Den Wechsel begründete Farhat Hached am 24. September 1951 auf dem Kongreß der AFL in San Francisco<sup>1</sup>: „Unsere tunesische Arbeiterklasse und unser tunesisches Volk, mit zahllosen Schwierigkeiten belastet, denen wir in dem ununterbrochenen Kampf um soziale und nationale Freiheiten begegnen, haben sich vom Kommunismus abgewandt, der in seiner Demagogie die Unruhen vergrößert, um das Elend der Arbeiter und die berechtigte Unzufriedenheit der Bevölkerung für Ziele auszunutzen, die Sie (die Gewerkschafter der AFL) nur zu gut kennen. Unsere Gewerkschaftsbewegung hat darum dem kominformistischen Weltgewerkschaftsbund den Rücken gekehrt und ist der großen Gewerkschaftsorganisation der freien Arbeiterwelt im IBFG beigetreten. Aber wir begehen große Irrtümer, wenn wir die kommunistische Gefahr für endgültig gebannt halten. Wir wären nicht aufrichtig, wenn wir behaupten wollten, die tunesische Volksmasse sei hinter dem einzigen Bollwerk der muselmanischen Religion geschützt und vor jedem Eindringen des Kommunismus gefeit.“

Mit dem Wechsel zum IBFG nahm die tunesische Gewerkschaft eine neue Schwierigkeit in Kauf, die im Laufe der nächsten Jahre alle drei autonomen Gewerkschaften des Maghreb kennenlernen sollten. Die französische CGT-FO bereitete mit ihrer Kolonialpolitik dem Verhältnis IBFG—UGTT eine schwere Belastungsprobe. Dazu nahm Farhat Hached am 22. Juni 1951, zwei Wochen vor Beginn des IBFG-Kongresses in Mailand, Stellung<sup>2</sup>. Als der Bundesvorstand der CGT-FO im Mai 1951 forderte, die Zukunft der nordafrikanischen Gewerkschaftsbewegung müsse aufs engste mit der Zentrale in Paris verbunden bleiben, meinte der tunesische Gewerkschaftsführer, eine Polemik mit der „FO, die bei uns in Tunesien eine ganz kleine Null darstellt“, sei gegenstandslos. „Die

<sup>1</sup> „Allocution prononcée par Farhat Hached“ in: „Ech-Chaab“ (Le Peuple), Numéro Spécial, Tunis 5. 12. 1959, S. 49.

<sup>2</sup> a. a. O., S. 51 ff.

*Force Ouvrière* verspürt nicht das mindeste Bedürfnis, Anhänger zu haben oder selbst eine gewisse Sympathie in der Arbeiterklasse zu finden, um sich damit den Vorwand geben zu können, im Namen der Arbeiter zu sprechen. Es ist unvergleichlich einfacher, sich mit den Prinzipien der Macht und der politischen Vorherrschaft zu behaupten. Der Nachdruck des kolonialistischen Regimes in Marokko, Algerien und Tunesien genügt ihr vollkommen ...“

Farhat Hached war mit der UGTT aus dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund ausgetreten, „weil er ein Propagandainstrument geworden ist, dessen Sinn nicht in den höheren Interessen der Arbeiterwelt liegt“. Die UGTT wollte sich aber nicht einer anderen Gewerkschaftsbewegung anschließen, in der die FO die militärische und politische Vorherrschaft des Kolonialismus verteidigte. Deshalb legte Hached Wert darauf, daß der IBFG seine Tätigkeiten dezentralisierte. Die tunesische Politik zielte auf die Bildung regionaler Büros des *Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften*.

Die eigentlichen Programme der Gewerkschaftspolitik mußten von der UGTT mehr und mehr zurückgestellt werden, da das Land dem Höhepunkt seines Widerstandes gegen Frankreich entgegenschritt. In der Widerstandsbewegung kämpfte die tunesische Gewerkschaft neben der *Neo-Destour*. Wenige Tage vor seiner Ermordung klagte Farhat Hached seinem späteren Nachfolger, Nouri Boudali, „daß die Herren von der kolonialistischen Gestapo in der größten Ruhe operieren könnten“ und dabei des Schutzes der französischen Residenz versichert seien. Er rechnete mit seiner Verhaftung. Doch die Franzosen planten Ärgeres. Am 5. Dezember 1952 wurde er auf einer Autofahrt durch Tunesien von Anhängern europäischer Terrororganisationen überfallen und ermordet<sup>1</sup>. Die Reaktion auf seine Ermordung beschleunigte die Befreiung Tunesiens, ähnlich wie die Ermordung des französischen Industriellen Lemaigre-Dubreuil<sup>2</sup> den marokkanisch-französischen Krieg verkürzen half. Das Erbe Farhat Hacheds traten Nouri Boudali und Mohammed Kraien an. 1954 wurde die Gewerkschaft neu organisiert. Ahmed Ben Salah, der 1951 die UGTT beim IBFG vertreten hatte, übernahm die Leitung des Generalsekretariats. Gleichzeitig vertrat Ben Salah die afrikanischen Gewerkschaften im Exekutivrat des IBFG. Doch Ben Salah, früher Studienrat in Sousse, gehörte zum revolutionären Flügel der Intellektuellen, die sich vor allem in der Lehrgewerkschaft gesammelt und bedeutende Führer der tunesischen Freiheitsbewegung gestellt hatten. Die Spannungen zwischen ihm und dem konservativen Flügel der Industriearbeiter veranlaßten ihn, noch im gleichen Jahr, am 26. September 1956, zurückzutreten. Sein Verhältnis zur UGTT blieb seitdem nicht ohne Mißstimmung<sup>3</sup>.

Die UGTT mußte auf dem Kongreß im September 1956 ihre erste schwere Krise durchstehen. Die Gewerkschaft spaltete sich. Erst durch bedächtiges Verhandeln des neuen Generalsekretärs der UGTT, Ahmed Tlili, dem eine konservative Haltung nachgesagt wird, konnte die Einheit wiederhergestellt werden. Am 1. Juli 1957 schloß sich die *Union des Travailleurs Tunisiens*, UTT, unter Führung von Habib Achour wieder der UGTT

<sup>1</sup> Commission Internationale contre de Régime Concentrationnaire, „*Livre Blanc sur la Détention politique en Tunisie*“, Brüssel 1953, S. 65.

<sup>2</sup> W. Plum, a. a. O., S. 43 f, 330 ff.

<sup>3</sup> Ahmed Ben Salah blieb auch nach seinem Ausscheiden aus der Führung der UGTT freundschaftlich mit dem IBFG verbunden. Kein anderer nordafrikanischer Gewerkschafter hat sich so häufig wie er in der *Freien Gewerkschaftswelt*, dem Organ des IBFG, geäußert. Siehe u. a. *Freie Gewerkschaftswelt*, Nr. 54, Dezember 1954, S. 23 ff; Nr. 60, Juni 1955, S. 25 ff; Nr. 63, September 1955, S. 32 ff; Nr. 78, Dezember 1956, S. 9; Nr. 87, September 1957, S. 34 ff. Es dürfte auch seiner Initiative zu verdanken sein, daß sich der IBFG in einem entscheidenden Stadium der tunesisch-französischen Spannungen intensiv mit den Problemen der tunesischen Unabhängigkeitsbewegung und der Gewerkschaft beschäftigte. Zur Tunesien-Frage gab der IBFG mehrmals Erklärungen ab: am 1. 2. 1952; 20. 3. 1952; 26. 3. 1952; 4. 7. 1952; 5. 10. 1952; 23. 10. 1952; 11. 7. 1953; 4. 12. 1953; 21. 1. 1954; 2. 7. 1954; 8. 7. 1954; 29. 7. 1954.

an. Habib Achour war neben Farhat Hached einer der Mitbegründer der UGTT gewesen. Wenn auch ideologische Meinungsverschiedenheiten bei der Spaltung eine Rolle gespielt hatten, waren unterschiedliche Auffassungen über die Arbeitsmethode der Gewerkschaft Anlaß gewesen. Nur langsam konnte die UGTT ein klares Konzept wiederfinden. Ihr Kongreß im Jahre 1957 diente der Wiedervereinigung von UGTT und UTT. Habib Achour wurde stellvertretender Generalsekretär. Erst 1960 konnte die UGTT im Zeichen der bevorstehenden Wirtschaftsplanung ein Konzept des tunesischen Sozialismus entwerfen. Sie kam damit den Vorstellungen Ben Salahs, der jetzt für die tunesische Wirtschaftsplanung verantwortlich ist, wieder entgegen. Ihr Mißtrauen gegenüber ihrem früheren Generalsekretär konnten einige Gewerkschafter allerdings immer noch nicht ausräumen. Die sozialistischen Pläne Ben Salahs brachten ihn in den Verdacht, kommunistische Neigungen zu haben.

Die tunesische Gewerkschaft hatte sich Jahre nach Ausbruch dieser Krise noch immer nicht stabilisieren können. Viele einst namhafte Gewerkschafter suchten verantwortliche Funktionen in anderen Instanzen, vor allem in der Regierung. Ihr politisches Konzept brachte die UGTT auf der panafrikanischen Gewerkschaftskonferenz in Casablanca in Konflikte mit den algerischen und marokkanischen Schwestergewerkschaften. Als einzige maghrebische Gewerkschaft verfügt sie über kein regelmäßig erscheinendes Presseorgan. Ihre Zeitung *Ech-Chaab (Le Peuple)*<sup>1</sup> wird nur bei besonderen Anlässen herausgegeben. Innenpolitisch verlor die Gewerkschaft immer mehr an Bedeutung<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Nicht zu verwechseln mit der 1943 in Tunis herausgegebenen, den deutschen Nazis hörige Zeitung *Ech-Chaab (Le Peuple)*.

<sup>2</sup> Am 30. 7. 1962 teilte die tunesische Wochenzeitung *Jeune Afrique* mit, Ahmed Tlili solle zum tunesischen Botschafter in Zentralafrika ernannt werden. An seiner Stelle werde Abdellaziz Bouraoui Generalsekretär der UGTT werden.

## MAROKKO

Die *Union Marocaine du Travail* ist die zweitälteste autonome Gewerkschaftsunion im Maghreb. 1937 konnten zum erstenmal muselmanische Arbeiter den französischen Gewerkschaften in Marokko beitreten. 1944 unterstützten diese Gewerkschaften die ersten Unabhängigkeitsbewegungen des muselmanischen Bürgertums. 1947 faßten einige marokkanische Arbeiter den Plan, eine autonome und illegale Gewerkschaft zu bilden, die den Kampf gegen den einheimischen Feudaladel, gegen das französische Protektorat und seine diskriminierende Gesetzgebung und gegen die französische CGT aufnehmen sollte. Mit diesen Zielen wurden 1947 einige Freundschaftsverbände marokkanischer Arbeiter gegründet. Sie hatten unterschiedliche Formen: Versicherungskassen, Verbände der gegenseitigen Hilfe und Wohngemeinschaften. Diese Freundschaftsverbände hatten noch keine feste Organisation. Ihr wesentlichster Erfolg war die Weckung eines Verantwortungsbewußtseins unter den muselmanischen Arbeitern, die gleichzeitig auf künftige gewerkschaftliche Arbeiten vorbereitet wurden. Da die Verbände geheim blieben, konnte allerdings eine eigentliche Gewerkschaftsarbeit noch nicht aufgenommen werden. Die Freundschaftsverbände übten noch keinen Einfluß aus, weder auf Unternehmer noch auf die nationale Politik.

Zwei Jahre lang schälten sich so die ersten Führungsgruppen der marokkanischen Arbeiterbewegung heraus. Später mußten einige marokkanische Gewerkschafter<sup>1</sup> erkennen, daß ihre damalige Politik ungeschickt war: „*Als Führer der nationalen Bewegung standen wir vor der Frage: Sollen wir die marokkanischen Arbeiter zur CGT gehen lassen, damit sie dort in gewissem Rahmen ihre wichtigsten Lebensinteressen, ihre Löhne und die Verbesserung der sozialen Bedingungen verteidigen können? Natürlich war die Gefahr groß, unter den Einfluß der CGT zu geraten. Wir hatten eine negative Haltung eingenommen und die Arbeiter aufgefordert, nicht in die CGT einzutreten.*“

1948 sahen die marokkanischen Arbeiterführer ein, daß ihre Anordnung keinen Erfolg hatte. Gewerkschafter, die ihrem Rat gefolgt waren, zeigten lebhaft Unzufriedenheit. Daraufhin wurde ein neuer Plan aufgestellt. Die Muselmanen traten nun in Scharen der CGT bei und versuchten, durch ihre größere Zahl die Politik der französischen Gewerkschaft zu beeinflussen. Diese Taktik machte sich im Laufe der nächsten drei Jahre bezahlt. Die Nationalisten konnten sich innerhalb der CGT mehr und mehr gegenüber den Kommunisten durchsetzen. Zeitweilig wurde die CGT stärker von der *Istiqlal* als von der kommunistischen Zentrale in Paris beeinflußt. Einzig in Khouribga standen die Bergarbeiter länger unter kommunistischer Leitung.

Demonstration der Machtverschiebung zugunsten der Nationalisten war im Juni 1948 der Parteiübertritt des späteren stellvertretenden Generalsekretärs der UMT, Taïeb ben Bouazza. Er verließ die kommunistische Partei, um sich der *Istiqlal* anzuschließen. Diese Bewegung wurde im April 1949 durch den Sultan, Mohammed V., unterstützt. Der marokkanische Nationalismus hatte sich damit über den bürgerlichen Bereich hinweg auch auf die Industriearbeiterschaft erstreckt.

1950 wurde den marokkanischen Arbeiterführern angedeutet, der Sultan widersetze sich ihren gewerkschaftlichen Plänen. Doch recht bald kam es zu einer Begegnung zwischen dem Sultan und den Arbeiterführern, unter ihnen Majoub ben Seddik, dem späteren

<sup>1</sup> Abderrahim Bouabid auf einer Konferenz im *Secrétariat social d'outre-mer* am 29. März 1955 in Paris.

Generalsekretär der UMT. Der Sultan erklärte den Arbeitern auf dieser Begegnung: „*Allein bin ich nichts. Ich kann nur dann gegenüber den Franzosen eine Autorität sein, wenn ich weiß, daß ich die marokkanische Arbeiterklasse hinter mir habe.*“ Die Einigung, die bei dieser Begegnung zustande kam, hatte für die Unabhängigkeitsbewegung Marokkos folgenschwere Bedeutung. Kurz nach dieser Zusammenkunft wurden alte, diskriminierende Verordnungen aus dem Jahre 1938 aufgehoben. Mit dem Gesetz vom 20. Juni 1950 wurde den Muselmanen das Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß zugestanden — wenn auch nur innerhalb der französischen Gewerkschaften. Ihre Mitgliedschaft in der CGT war damit legalisiert.

1951 zog der Sultan einen Vorteil aus dem Bündnis mit der Arbeiterschaft. Als der Glaoui, Pascha von Marrakesch, eine Revolte gegen den königlichen Palast anzetteln wollte, scheiterte er, weil ihn die Arbeiterschaft von Casablanca und Rabat daran hinderte. Die Franzosen konnten den Glaoui unter diesen Umständen noch nicht unterstützen. Um beim nächsten Putsch besser gerüstet zu sein, mußte die Protektoratsregierung zunächst die Kraft der jungen muselmanischen Arbeiterbewegung brechen. Sie nahm den 1. Mai 1951 zum Anlaß, einige Gewerkschaftsführer, unter ihnen besonders die nationalistischen, zu verhaften.

Nachdem die marokkanischen Arbeiterführer erfahren hatten, daß die Taktik der Unterwanderung der CGT durch Masseneintritte von Muselmanen erfolgreich war, gingen sie 1949 einen Schritt weiter und setzten beim Bundesvorstand der CGT durch, daß Marokkaner nicht mehr einzeln, sondern kollektiv in die Gewerkschaft aufgenommen wurden. Gleichzeitig erreichten sie über den Sultan, daß Franzosen nicht mehr automatisch, d. h. durch Gesetzeskraft, zum Vorstand der Gewerkschaft gehören müssen<sup>1</sup>.

1952 unternahmen die Marokkaner den Versuch, illegale autonome Gruppen innerhalb der französischen Gewerkschaft zu bilden. Die CGT duldet diesen Versuch mit passiver Observanz. In Casablanca trafen sich einige Führer dieser Arbeitergruppen. In ihrer Konferenz kamen sie zu der Feststellung, Politik kann zwar geheim sein, eine Gewerkschaft kann aber nicht geheim arbeiten. Ihre Zusammenkunft führte zu keinem praktischen Ergebnis.

Am 8. Dezember 1952 protestierten marokkanische Arbeiter gegen die Ermordung des tunesischen Gewerkschaftsführers Farhat Hached. Das Gewerkschaftshaus wurde von der Polizei umzingelt. Es kam zu blutigen Zusammenstößen. Die *Istiqlal* und die kommunistische Partei wurden verboten. Fast alle Gewerkschaftsführer wurden in Haft genommen. Die autonome Gewerkschaftsbewegung hatte zum erstenmal, wenn auch nur für wenige Tage und unter tragischen Umständen, die politische Bühne Marokkos betreten<sup>2</sup>. Die französischen Residenz wollte diesen Anlaß benutzen, um ihre These eines kommunistisch-nationalistischen Komplotts zu unterstützen. Abderrahim Bouabid versicherte aber später, gerade zu dieser Zeit habe die Absicht bestanden, einen konstituierenden Kongreß vorzubereiten, auf dem sich die muselmanischen Arbeiter von der CGT und vom *Weltgewerkschaftsbund* trennen wollten.

Als Mahjoub ben Seddik, Taïeb ben Bouazza und die anderen Führer der autonomen Gewerkschaftsbewegung 1954 das Gefängnis verließen, hatten sie mit der CGT gebrochen. Wenn auch in den kommenden Jahren marokkanische Muselmanen und französische Kommunisten verschiedene und entgegengesetzte Wege der Gewerkschaftspolitik gingen, die muselmanischen Arbeiterführer haben die lange und gründliche Schulung — einige waren mehr als acht Jahre lang Mitglieder der CGT — nicht vergessen. In der CGT haben sie das Rüstzeug erhalten, Massen zu organisieren, sozialpolitische Forde-

<sup>1</sup> Jean und Simone Lacouture, „*Le Maroc e l'épreuve*“, Paris 1958, S. 299.

<sup>2</sup> Roger Le Tourneau, „*Evolution Politique de l'Afrique du Nord Musulmane 1921—1961*“, Paris 1962, S. 233.

rungen zu stellen und durchzusetzen, ein eigenes Pressewesen einzurichten. Es ist sehr zweifelhaft, ob die pätere UMT ohne diese Erfahrung den jetzigen Stand ihrer Organisation erreicht hätte.

Mahjoub ben Seddik suchte kurz nach seiner Haftentlassung die CGT-FO in Paris auf und nahm im November 1954 an ihrem Kongreß teil. Dort trat er in Verbindung mit dem IBFG. Er forderte den *Internationalen Bund Freier Gewerkschaften* auf, eine Untersuchungskommission nach Marokko zu entsenden. Zur Vorbereitung dieser Untersuchung gründete Taïeb ben Bouazza am 5. Januar 1955 ein „Studienkomitee zur Entwicklung eines freien Gewerkschaftswesens in Marokko“.

Im März 1955 traf die Delegation des IBFG in Marokko ein. Fast gleichzeitig, am 20. März 1955, fand in einer kleinen Kneipe auf dem Boulevard de Suez in Casablanca eine geheime Konferenz statt. Ungefähr 50 Arbeiterführer waren erschienen. Einstimmig wurde die Gründung der *Union Marocaine du Travail* (UMT) beschlossen. Dieser Beschluß wurde nicht ohne Skrupel gefaßt, kam der Anstoß zur Gewerkschaftsgründung doch nicht von der breiten Arbeitermasse, sondern von oben durch die Arbeiterführer. Die politischen Umstände — der Freiheitskrieg gegen Frankreich — rechtfertigten den „undemokratischen“ Prozeß. Tatsächlich hatte die Konferenz fast ausschließlich politische Ziele aufgestellt: Rückkehr des verbannten Sultans Mohammed V. und Proklamierung der marokkanischen Souveränität.

In das erste Büro der UMT wurden nur Mitglieder gewählt, die der *Istiqlal* nahestanden. Taïeb ben Bouazza erhielt die meisten Stimmen, doch entschloß man sich, Mahjoub ben Seddik zum Generalsekretär zu wählen, weil dieser junge Eisenbahnarbeiter und Autodidakt über die besten Beziehungen zu den politischen und sozialen Instanzen verfügte und zudem eine von keinem übertroffene Organisationsfähigkeit besaß. Keine andere maghrebische Gewerkschaft verdankt ihren Aufbau so sehr einer einzigen Persönlichkeit, wie die marokkanische. Noch Jahre nach Gründung der UMT liefen in seinen Händen alle Fäden der Gewerkschaft zusammen. Seine starke Persönlichkeit ist der Kristallisationskern einer nicht leicht zu organisierenden Arbeiterschaft Marokkos. Die Stärke der UMT und der ihr nahestehenden politischen Gruppen liegt in der Persönlichkeit des Generalsekretärs. Das ist auch die Schwäche der marokkanischen Arbeiterunion, das macht sie nicht krisenfest.

Im April 1955 besuchte Mahjoub ben Seddik Paris, um den französischen Behörden die immer noch illegale Gründung der UMT mitzuteilen. Im Mai 1955 trat die UMT dem IBFG bei. Damit hatte sich die marokkanische Gewerkschaft in einen Zweifrontenkrieg eingelassen. Auf der einen Seite stieß sie auf die Feindschaft der CGT-FO, die kolonialpolitische Interessen Frankreichs in Marokko vertrat und sich einer Aufnahme der UMT in den IBFG widersetzen wollte. Mit der CGT-FO waren die französischen Behörden in Marokko verbündet. Auf der anderen Seite mußte Mahjoub ben Seddik gegen die CGT kämpfen, die ihm den Eintritt ins „Lager amerikanischer Kriegshetzer“ vorwarf, in Wirklichkeit aber darüber erbot war, daß die muselmanischen Arbeiter nicht in den Verband zurückgekehrt waren. Die französischen Kommunisten versuchten, einen Teil der muselmanischen Arbeiterschaft Marokkos gegen Mahjoub ben Seddik aufzuputschen. Sie schlugen ihnen die Wahl Haddaouis, eines alten Rivalen des Generalsekretärs, vor. Gleichzeitig versuchte die CGT mit Ausrufung von Streiks die UMT zu provozieren.

Im Mai 1955, kurz vor dem Höhepunkt des Widerstandskampfes, fand in Casablanca die öffentliche Proklamierung der UMT statt. Die Demonstration der Arbeiter war so geschlossen, daß die Polizei nicht mehr eingreifen konnte. Noch vor der Rückkehr des Sultans aus dem Exil wurde die neue Gewerkschaft nicht nur öffentlich, sondern auch legal anerkannt. Ein Gesetz vom 12. September 1955 sprach ihr alle juristischen Freiheiten zu. Mittlerweile zählte sie bereits zwischen 40 000 und 50 000 Mitglieder. Im

Dezember 1955 fand der erste öffentliche Gewerkschaftskongreß statt. Mahjoub ben Seddik wurde als Generalsekretär bestätigt.

Im Sommer 1956 zählte die Gewerkschaft ungefähr 300 000 Mitglieder. Im Winter drohte ihr ein erster Spaltungsversuch. Diesmal war es die PDI (*Parti Démocratique de l'Indépendance*), die mit dem Einfluß der *Istiqlal* in der UMT nicht zufrieden war. Mohammed Jorio, ein Leiter der lokalen Union von Rabat, organisierte Kundgebungen mit dem Ziel, eine „autonome Gewerkschaft“ zu gründen, die einen apolitischen Charakter tragen und sich nur mit Lebenshaltungsfragen, Lohnproblemen usw. beschäftigen sollte. Seine Bemühungen fanden nur spärlichen Widerhall. Das Unternehmen brach noch im gleichen Jahr wieder zusammen.

Diese Krise war nur eine Randerscheinung in der Geschichte der marokkanischen Gewerkschaftsbewegung, dürfte aber trotzdem nicht ohne Belang sein, da hier traditionelle, handwerklich-kooperative und moderne, revolutionär-syndikalistische Auffassungen des Berufsverbandswesens aufeinanderstießen. Die kleine Kontroverse mit Jorio hatte das gleiche Thema wie eine größere Auseinandersetzung Mahjoub ben Seddiks mit den „apolitischen“ Gewerkschaften in Westeuropa<sup>1</sup>.

Innenpolitisch übte die UMT 1956 noch zurückhaltende Kritik an den sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung<sup>2</sup>. In der ersten Jahreshälfte gab es zwar eine Reihe sozialer Konflikte, die aber politisch nicht von großer Bedeutung waren. Die Lage verschärfte sich erst im Herbst 1956, als sich die Situation der Arbeiter bedenklich verschlechterte. Im August 1956 wandte sich die UMT gegen eine „dreifache wirtschaftliche, technische und militärische Offensive“ des Kolonialismus. Die Gewerkschaften verlangten eine Überprüfung der Arbeitsverhältnisse ausländischer, insbesondere europäischer Arbeiter und Angestellter. Sie wollten damit den einheimischen Arbeitern bessere Aufstiegsmöglichkeiten sichern und den Mythos von der höheren technischen Qualität des europäischen Arbeiters zerstören. Diese Kritik wurde von stürmischen Kundgebungen der Arbeitslosen in Rabat begleitet.

Langsam brach der Burgfrieden, den *Istiqlal*, UMT und der Sultan in den Jahren des marokkanischen-französischen Konflikts gehalten hatten, zusammen. Der Sultan verteidigte das Programm seiner Regierung, Allal El Fassi nahm Stellung gegen die UMT<sup>3</sup>. Die politischen Demonstrationen der Arbeitslosen wurden immer häufiger und fanden im April 1957 einen vorläufigen Höhepunkt. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hatte sich in den letzten drei Monaten um ungefähr 30 000 erhöht. Die Landflucht nahm bedenkliche Ausmaße an. Die kommunistische Partei rührte sich wieder, um im Milieu der frisch in die Städte Zugewanderten Anhänger zu finden. Die französischen Beamten und Angestellten, die in Marokko geblieben waren, drohten ihrerseits mit Streiks, die sie der Organisation der CFTC überließen.

Seit Sommer 1956 gab die UMT ein eigenes Wochenblatt in arabischer Sprache (*At Talia*) heraus. Der Inhalt dieser Zeitung machte deutlich, daß es der UMT von Anfang an ferne lag, sich als Regierungspolizei im Arbeitermilieu mißbrauchen zu lassen. Die Erklärungen zur Regierungspolitik und ihre Meinungen über die bürgerlichen Parteien ließen von der ersten Nummer an nichts an Deutlichkeit vermissen: „Die frischen Hoffnungen auf die Unabhängigkeit sind in wenigen Monaten zerstreut. Der Aufwall, mit dem wir uns befreit haben, scheint sich zu verflüchtigen. Diese große Enttäuschung droht sich in eine Verzweiflung zu verwandeln, denn das Lebensniveau der marokkanischen Arbeiter sinkt immer tiefer“<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> Interview mit Lacouture, a. a. O., S. 302 ff.

<sup>2</sup> UMT-Manifest vom 20. 3. 1956.

<sup>3</sup> *Le Monde*, 19. 8. 1956; 21. 9. 1956.

<sup>4</sup> *At Talia*, 27. 7. 1957.



1957 ließen die Sozialkonflikte dennoch wieder nach. Vor allem in den Bergwerken trat wieder ein normales sozialpolitisches Verhältnis ein, besonders seitdem der Sultan am 1. Mai 1957 Andeutungen einer sozialeren Politik seiner Regierung gemacht hatte<sup>1</sup>. Mahjoub ben Seddik sah 1957 in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung und in einer „psychologischen Revolution“ die dringendste Aufgabe der UMT. Die „psychologische Revolution“ sollte den marokkanischen Arbeiter von Sippen- und Rassenanarchie befreien und ihm mit Unterstützung der Erwachsenenbildung ein neues nationalpolitisches Bewußtsein geben. Der Generalsekretär der marokkanischen Gewerkschaft vertraute sich damals noch zuversichtlich dem König, der Regierung und der *Istiqlal* an. Solange die UMT noch kein französisches Presseorgan hatte, stellte die Zeitung *Al Istiqlal* der Gewerkschaft breiten Raum zur Verfügung<sup>2</sup>.

Zur Förderung der Arbeiterbildung gründete die UMT am 24. Februar 1957 einen Jugendverband, die *Jeunesse Ouvrière Marocaine* (JOM). Dem Verband unterstehen vier Kommissionen: für kulturelle Angelegenheiten, für Sport, für Auslandsbeziehungen und für Kunst. In der Kommission für kulturelle Angelegenheiten arbeiteten Mahjoub Ben Seddik und Awab, der spätere Generalsekretär der JOM, mit. Ziel der JOM ist, die Freizeit der jungen Arbeiter erzieherisch auszufüllen, Arbeiterreisen durch Marokko und ins Ausland zu organisieren, Materialien der politischen Bildung zu verbreiten und Jugendklubs, Sportstadien usw. einzurichten.

Am 16. Juli 1957 wurde die UMT mit einem neuen Gesetz von dem alten, am 12. September 1955 unter französischem Protektorat erlassenen Gewerkschaftsgesetz befreit. Sie erhielt dadurch größere Handlungsfreiheit. Von nun an konnten sich auch Beamte gewerkschaftlich organisieren. Gleichzeitig fielen alle Einschränkungen gewerkschaftlicher Bindung berufstätiger Frauen fort.

In einem Anhang zu diesem Gesetz wurde bestimmt, daß alle Gewerkschafter, die mit der Verwaltung oder Leitung eines Syndikats betraut sind, die marokkanische Staatsangehörigkeit haben müssen. Das bedeutete praktisch eine Auflösung der noch bestehenden Gewerkschaften CGT-FO und CFTC. Die Marokkaner zahlten den Franzosen nun mit gleicher Münze die Unterdrückungspolitik zurück.

Am 13. Juli 1957 wurden die Kollektivverträge gesetzlich geregelt. Die Ausarbeitung dieser Verträge begann im November 1957.

Von Anfang an nahm die UMT eine politische Position ein, die weit über den engeren Bereich der Gewerkschaftspolitik hinausging. Mahjoub ben Seddik wollte nicht in französischen Gewerkschaften, die eine scheinbar unpolitische Haltung einnahmen, ein Vorbild sehen. Überhaupt sagte ihm die Struktur der französischen Gewerkschaftsbewegung nicht zu. Viel größere Sympathie empfand er für die englischen Gewerkschaften, wo die Gewerkschaft einer politischen Partei nahesteht, ohne jedoch von ihr abhängig zu sein. Noch ausgeprägter als in England wollte er zwischen UMT und *Istiqlal* ein zwar loyales, aber freies Verhältnis finden. Kein Vorbild fand er in den amerikanischen Gewerkschaften. Ebensowenig zeigte er sich bereit, die Struktur der tunesischen Gewerkschaft UGTT auf die marokkanischen Verhältnisse zu übertragen. Er wollte den lokalen Unionen keine zu große Bedeutung beimessen. Seine Absicht war, eine starke Zentrale zu schaffen, die sowohl in der beruflichen als auch in der regionalen Gliederung straff die politischen Richtlinien bestimmt. Allerdings lag es ihm fern, diesen Zentralismus zu einem Totalitarismus ausarten zu lassen.

In der ersten Zeit nach der Unabhängigkeitserklärung Marokkos schien die UMT ein

<sup>1</sup> *Al Istiqlal*, Nuov. Série Nr. 57, 4. 5. 1957.

<sup>2</sup> Nach dem Bruch zwischen UMT und *Istiqlal* wurde Mahjoub ben Seddik von der *Al Istiqlal* als „Mörder“, „Banditenchef“ und „vaterlandsloser Geselle“ geschmäht. Siehe z. B. *Al Istiqlal*, Nouv. Série, Nr. 152, 23. 5. 1959, S. 10 f.

linker Flügel der *Istiqlal* zu sein. In dieser Partei standen ihr Bouabid und Ben Barka besonders nahe. Doch stetig lockerte sich das Verhältnis zwischen den beiden politischen Bewegungen, bis es schließlich zum vollständigen Bruch kam.

Die Krise brach auf dem Parteitag der *Istiqlal* am 25. Januar 1959 aus. Die UMT unterstützte offen den rebellischen linken Flügel, der dann später mit der UNFP eine eigene, der Gewerkschaft nahestehende Partei bildete. Kurz nach dem Parteitag der *Istiqlal* schuf sich die UMT nun auch ein Organ in französischer Sprache. *L'Avant-garde* erschien am 16. Februar 1959 zum erstenmal und nahm gleich eine Haltung ein, die sehr schwer in Marokko durchzusetzen war. Gegen die traditionalistische Bewegung der äußeren Rechte und des Bürgertums sprach sie sich für eine unbedingte Modernisierung des Landes aus. Dabei unterstützte sie besonders diejenigen französischen Gruppen, die ihr wie *Conscience Française*<sup>1</sup> in der Widerstandsbewegung gegen Frankreich intensive Hilfe geleistet hatten. In einer der ersten Ausgaben der *L'Avant-garde* erklärte sich die UMT mit den 481 Franzosen solidarisch, die den Präsidenten der französischen Republik zur Verhandlung mit der FLN aufgefordert hatten und deshalb von ihren vorgesetzten französischen Behörden gemäßregelt wurden<sup>2</sup>. Ähnlichen Beifall spendete die Gewerkschaft später dem französischen Professor Charles-André Julien in seiner Auseinandersetzung mit der marokkanischen Erziehungsbehörde<sup>3</sup>.

Im April 1959 bereitete sich die UMT auf den sich zuspitzenden innenpolitischen Konflikt vor. Auf dem 2. Gewerkschaftskongreß beschrieb Mahjoub ben Seddik die Analogie des früheren Kampfes gegen den äußeren und des sich nun anbahnenden Kampfes gegen den inneren Feind<sup>4</sup>.

In seinem Interview mit der Zeitung *La Vie Française* erklärte Mahjoub ben Seddik kurz nach dem Gewerkschaftskongreß: „Wir sind mitten in einem psychologischen Krieg. Alle Mittel sind recht, um die Regierung zu stürzen“<sup>5</sup>. Doch benutzten auch die bürgerlichen Kreise alle Mittel, um die Gewerkschaft zu schwächen. Hierzu dienten ihnen französische Versuche, in Marokko „gelbe“ Gewerkschaftsorganisationen zu schaffen, zum Vorbild. Die neue Regierungsgewerkschaft, die *Union Générale des Travailleurs du Maroc* (UGTM) entfaltete in den Jahren 1959 und 1960 ihre Tätigkeit ausschließlich gegen die UMT. Sozial- oder wirtschaftspolitisch ergriff die „gelbe“ Gewerkschaft keine Initiative. Unterstützung fand sie vor allem bei dem marokkanischen Wirtschaftsminister Douiri. Bei Betriebsratswahlen nannte sich die UGTM selbst eine berberische Gewerkschaft, die den Kampf gegen die „arabische“ Gewerkschaft UMT und gegen die koloniale Unterdrückung durch die arabischen Länder führe<sup>6</sup>. Damit rief sie die Erinnerung an das französische „Berber-Gesetz“ wach. Überdies bezichtigte sie die UMT des Kommunismus, der Verletzung des *Ramadan* und der religiösen Gebote. Im Januar 1962 beschloß der Nationalrat der *Istiqlal*, mit Hilfe der UGTM stärkeren Einfluß unter der Landbevölkerung zu gewinnen<sup>7</sup>.

Als die marokkanische Regierung die Aufnahme der UGTM in die *Internationale Arbeitsorganisation* (IAO) durchsetzen wollte, erlitt sie auf der 46. Generalversammlung der IAO im Juni 1962 eine Niederlage. Mit Unterstützung des IBFG und der UGTT wurde die UMT als einzige qualifizierte Arbeitervertretung Marokkos anerkannt.

<sup>1</sup> W. Plum, a. a. O., S. 329 ff.

<sup>2</sup> *L'Avant-garde*, Nr. 3, 1. 3. 1959, S. 11.

<sup>3</sup> *L'Avant-garde*, Nr. 92, 26. 11. 1960, S. 2; Nr. 167, 9. 6. 1962, S. 5 und 9.

<sup>4</sup> UMT: „Deuxieme Congrès de l'UMT“ in: „*Cahiers d'Information Syndicale: Actes Syndicaux*, N. 2“, Casablanca 1959, S. 10 f.

<sup>5</sup> *L'Avant-garde*, Nr. 12, 10. 5. 1959, S. 5. Vgl. auch Vincent Monteil, „*Maroc*“, Paris 1962, S. 173 ff.

<sup>6</sup> Wahlkampf der UGTM zu den Betriebsratswahlen am 23. 10. 1961 in den Phosphatbetrieben von Khouribga.

<sup>7</sup> *Le Monde*, 16. 1. 1962.

Im Herbst 1960 beschnitt die Regierung die Pressefreiheit der oppositionellen Zeitungen. Bei Zusammenstößen mit der Polizei gab es Tote. Verhaftete Arbeiter wurden nach Aussagen der Gewerkschaft<sup>1</sup> gefoltert. Im November 1960, im Februar und im Sommer 1961 erlebten die Streikwellen Höhepunkte. Die UMT griff gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Skandalaffären der Regierung auf. Diese wiederum reagierte mit Beschlagnahmungen der Zeitung *L'Avant-garde*. Die Spannung erreichte bürgerkriegsähnliche Verhältnisse. Die Sterilität dieser Situation wurde durch die persönlichen Diffamierungen auf beiden Seiten ausgedrückt.

Nach den Fehlschlägen im Jahre 1961 suchten führende Mitglieder der UMT zusammen mit der Oppositionspartei auf dem zweiten Parteitag der UNFP (25. bis 27. 5. 1962 in Casablanca) nach neuen taktischen und strategischen Prinzipien der Innenpolitik<sup>2</sup>.

Die Erfahrungen der marokkanischen Jungarbeiterbewegung JOM veranlaßten die UMT, nach langen Vorbereitungen am 22. April 1962 die *Union Progressiste des Femmes Marocaines* (UPFM) zu konstituieren. Diese Frauenbewegung ist ebenso eng mit der UMT wie mit der UNFP verbunden. Die UPFM hat sich zum Ziel gesetzt, den Frauen, vor allem auf dem Land, eine höhere gesellschaftliche Stellung zu vermitteln. Die Bewegung will sich für die Angleichung der Frauenlöhne einsetzen. Vor allem sollen die Frauen über die UPFM ins politische Leben eingeführt werden<sup>3</sup>. Im Unterschied zu vielen anderen politischen Organisationen Marokkos richtete die UPFM von Anfang an stark ihre Aufmerksamkeit auf kleine Städte und Dörfer.

---

<sup>1</sup> *L'Avant-garde*, Nr. 98, 7. 1. 1961.

<sup>2</sup> *L'Avant-garde*, Nr. 165, 26. 5. 1962; Nr. 166, 2. 6. 1962.

<sup>3</sup> *L'Avant-garde*, Nr. 160, 28. 4. 1962, S. 6 ff.

## ALGERIEN

Anderthalb Jahre nach Ausbruch des algerisch-französischen Krieges kam es im Februar 1956 fast gleichzeitig zu zwei Neugründungen autonomer Gewerkschaften in Algerien: der USTA und der UGTA. Am 20. Februar 1956 konstituierte sich unter Führung von Mohamed Ramdani die *Union Syndicale des Travailleurs Algériens*, USTA. Die französischen Behörden und die Presse der französischen Ultras reagierten überraschend positiv auf diese Neugründung<sup>1</sup>.

Sie sahen in der USTA eine Waffe zur Bekämpfung des Kommunismus und zur Eindämmung der Machtansprüche Nassers in Algerien.

Die USTA stand schon wenige Tage nach ihrer Gründung im Ruf, der MNA und dem anarchistischen Kreis um Messali Hadj nahezustehen<sup>2</sup>. Sie selbst bestritt allerdings diese Bindung. Ein Sprecher der Gewerkschaft, Ahmed Afri, erklärte am 21. 2. 1956 in Paris: „Es ist das Ziel der USTA, die nicht eine enge muselmanische Organisation, sondern ein Dachverband der Gewerkschaften ist, sich an alle Arbeiter Algeriens zu wenden, gleich welcher Herkunft, Religion oder philosophischen Meinung, um die Masse der Lohnempfänger in einem Kampf für bessere Bedingungen der Arbeiterklasse in Algerien zu organisieren.“ Die USTA wollte sich hauptsächlich den Landarbeitern widmen.

Am 25. Januar 1957 gründete die USTA eine Föderation in der französischen Metropole. Sie fand unter den algerischen Landsleuten in Nord- und Ostfrankreich 15 000 Anhänger<sup>3</sup>. Im Raum von Paris konnte sie nur schlecht Fuß fassen. Viele Algerier, die die CGT verlassen wollten, um die neue USTA aufzusuchen, wurden von der FLN aufgefordert, in der CGT zu bleiben. FLN und UGTA wollten keine eigene muselmanische Gewerkschaft in Frankreich gründen, um die algerischen Arbeiter nicht noch mehr von ihren französischen Kollegen zu trennen, vor allem aber, weil sie sich „auf fremden Boden“ nicht an der weiteren Spaltung der Arbeiterbewegung Frankreichs beteiligen wollten. Die FLN gründete nur einen Freundschaftsbund, die *Amicale Générale des Travailleurs Algériens* (AGTA).

Die der MNA nahestehende Gewerkschaft USTA hatte nur einen schwachen Anklang in Algerien selbst gefunden. Französische Beobachter<sup>4</sup> schrieben ihr in Algerien lediglich 5000 Mitglieder zu. Einzig bei den Busfahrern von Algier fand sie gewissen Widerhall.

Ende Oktober 1957 wurde der Generalsekretär der in der Metropole stationierten Föderation der USTA, Ahmed Berkhat, ermordet. In einem Brief an den Generalsekretär des IBFG schrieb diese Gewerkschaft der UGTA die Schuld an dem Mord zu. Der undurchsichtige Vorfall konnte niemals aufgeklärt werden. Neuer Generalsekretär der USTA wurde Abderrhaman Bensaid. Er fand Unterstützung bei der CGT-FO. Im November 1957 beschäftigte sich das Exekutivkomitee des IBFG mit der Ermordung Berkhats. Die Messalisten versuchten bei dieser Gelegenheit, die UGTA eines Komplottes mit den Kommunisten zu bezichtigen. Ihre Argumente waren jedoch wenig glaubwürdig,

<sup>1</sup> *L'Echo d'Alger*, 23. 2. 1956.

<sup>2</sup> *Le Monde*, 3. 3. 1956.

<sup>3</sup> *Le Monde*, 25. 1. 1957.

<sup>4</sup> *Le Monde*, 28. 3. 1957.

da die UGTA durch enge Freundschaft mit Irving Brown damals den amerikanischen Gewerkschaften nahestand<sup>1</sup>.

Mehrmals machte die USTA den Versuch, in den *Internationalen Bund Freier Gewerkschaften* aufgenommen zu werden. Ihre Bemühungen blieben stets ohne Erfolg. Die Zahl ihrer Mitglieder nahm schnell ab. Im Mai 1958 näherte sie sich noch einmal der CGT-FO, als diese sich für Friedensverhandlungen in Algerien aussprach. Die USTA bezog diese Erklärung auf Verhandlungen mit der MNA. Besondere Unterstützung schien die USTA bei Roger Lapeyre, Sekretär der Transportarbeiterföderation in der CGT-FO, gefunden zu haben<sup>2</sup>. Doch mehr und mehr schwand die USTA aus dem Blickfeld der internationalen Gewerkschaftspolitik.

Erfolgreicher war der Start der anderen autonomen Gewerkschaften, der *Union Générale des Travailleurs Algériens*, UGTA. Die Gründung wurde schon auf dem 2. Parteikongreß der MTLD im April 1953 beschlossen. Ihrer Vorgeschichte entsprechend steht sie der FLN nahe. Die UGTA konstituierte sich am 24. Februar 1956 in Algier. Bei ihrer Gründung setzte sich die UGTA die Aufgabe, „dem Kampf der Arbeiter eine Orientierung zu geben, die den Wünschen der Arbeiterklasse entspricht, das heißt, eine Revolution im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich zu führen... und eine nordafrikanische Arbeiterunion mit den Zentralen in Tunesien und Marokko zu verwirklichen“.

Dem ersten Generalsekretariat gehörten an: Amrani Abdelkader, Aissat Idir, Ben Aissa Attalah, Boualem Bourouiba und Djemane Rabah. Sie hatten fast alle früher führende Positionen in lokalen oder beruflichen Verbänden der CGT gehabt.

72 Berufsverbände traten der UGTA bei. Die ersten Anhänger fand die Gewerkschaft in der Land- und Industriearbeiterschaft, unter ihnen bildeten die Eisenbahner, Postangestellten, Hafen- und Bauarbeiter die ersten Föderationen. Später schlossen sich die muslimischen Akademiker an. Ende Mai 1956 zählte die UGTA 110 000 Mitglieder<sup>3</sup>. Im September 1956 stieß schließlich der einheimische Mittelstand, Handwerker und Händler, zur Gewerkschaft.

Die UGTA ist ein Dachverband von Syndikaten, Unionen und Föderationen. Jede dieser Gruppen ist in der UGTA mit Delegierten vertreten<sup>4</sup>. Die Gruppen behalten ihre innere Autonomie. Die UGTA hat ein Teilnahmerecht bei Generalversammlungen der Gruppen.

Die algerische Gewerkschaft wird von einer Exekutivkommission (CE) geleitet. Die 21 Mitglieder der Kommission sollen alle zwei Jahre auf einem ordentlichen Gewerkschaftskongreß gewählt werden. Bisher konnte nur ein ordentlicher Kongreß stattfinden. Ein großer Teil der 1956 gewählten Kommissionsmitglieder wurde von der französischen Polizei inhaftiert. Die Exekutivkommission tritt in der Regel alle drei Monate zusammen. Sie wählt die 12 Mitglieder des Verwaltungsbüros, darunter die 4 Sekretäre und den Kassensführer.

Die Tätigkeit der UGTA, ihrer Filialen und Sektionen wird von einer Kontrollkommission überwacht. Die fünf Mitglieder dieser Kommission sind dem Kongreß verantwortlich. Sie können nur einmal wiedergewählt und nicht Mitglieder der CE sein.

Die Beiträge der einzelnen Gewerkschaftsmitglieder betragen in der Regel einen Stundenlohn je Monat. Außerdem werden Sonderbeiträge für den Solidaritätsfonds abgeführt.

<sup>1</sup> *Le Monde*, 11. 11. 1957.

<sup>2</sup> *Le Monde*, 14. 5. 1958.

<sup>3</sup> *L'Ouvrier Algérien*, Nouv. Série, Nr. 13, November 1960, S. 6 f.

<sup>4</sup> 1 Delegierter für 50 Mitglieder, 2 Delegierte für 51 bis 100 Mitglieder, 3 Delegierte für mehr als 100 Mitglieder.

Sehr schnell griff das französische Generalgouvernement zu, um einer weiteren Ausdehnung der neuen Gewerkschaft Einhalt zu bieten. In der Nacht vom 23. zum 24. Mai 1956 durchsuchten französische Polizisten die Geschäftsstellen der UGTA, ohne dabei belastende Unterlagen finden zu können. Dennoch verhaftete sie 150 Mitglieder der UGTA und wies sie in das „Beherbergungslager“ von Berrouaghia ein. Zu den Verhafteten zählten der Generalsekretär der UGTA, Aissat Idir, Tahar Gaid von der Lehrgewerkschaft, Boualem Bourouiba von der Eisenbahnergewerkschaft, Abdelaziz Haddadi, ebenfalls Eisenbahner, Abdennour Ali-Yahia, Sekretär der Hafenarbeitergewerkschaft, Amrani, Sekretär der Lokalunion von Algier. Für Hausdurchsuchungen und Einweisungen ins Konzentrationslager war der französische Sozialist und Mitglied der CGT-FO, Robert Lacoste, verantwortlich. Die französische Regierungspolitik in Algerien, damals von der CGT-FO mitverantwortet, sollte später das Verhältnis zwischen UGTA und freien Gewerkschaften in Europa aufs schwerste belasten.

Am 30. Juni 1956 explodierte vor dem Sitz der UGTA auf dem Place Lavigerie in Algier eine Bombe. Die sofort herbeieilende Polizei kümmerte sich nicht um die Verletzten, sondern versuchte, Material aus den Gewerkschaftsarchiven zu erhaschen und schlug dabei bisher noch unverletzte Gewerkschafter nieder<sup>1</sup>. Zwanzig Tage lang war das Gewerkschaftsbüro von Soldaten besetzt gehalten, angeblich, um so eine Untersuchung gegen den Attentäter durchführen zu können. In der Zwischenzeit wurden etwa 100 Gewerkschafter, darunter 17 bei dem Attentat verwundete, verhaftet.

Der Generalsekretär Aissat Idir war inzwischen mit einem Militärflugzeug nach Algier gebracht worden. Dort wurde er von französischen Fallschirmjägern verhört und gefoltert. Nachher überwies ihn die Behörden in das KZ Arcole, später in das Lager Bossuet. Im September 1958 wurde Aissat Idir aus dem KZ entlassen und ins Zivilgefängnis Barberousse in Algier eingeliefert. Man machte ihm den Vorwurf, die äußere Sicherheit des französischen Staates verletzt zu haben. Am 13. Januar 1959 wurde er von einem französischen Militärgericht von dieser Anklage freigesprochen<sup>2</sup>. Trotz des Freispruches wurde Aissat Idir nicht aus der Haft entlassen. In den ersten zwei Monaten nach dem Freispruch erhielt selbst sein vom IBFG gestellter Verteidiger keinen Zugang zu ihm. Einsprüche des IBFG beim französischen Generalgouvernement fruchteten nichts. Brandwunden, die ihm bei der Folterung beigebracht wurden, verschlechterten inzwischen seinen Gesundheitszustand. Er wurde in ein Militärkrankenhaus überwiesen. Vorausschauend verbreiteten französische Behörden die Meldung, Aissat Idir habe einen Selbstmordversuch gemacht. Am 26. Juli 1959 wurde sein Tod gemeldet. Die Todesursachen konnten nicht von unabhängigen Kommissionen überprüft werden.

Die UGTA wußte sich trotz der regelmäßigen Verfolgungen zu behaupten. Als sie am 5. Juli 1956, dem 126. Jahrestag der französischen Besetzung Algeriens, zum Generalstreik aufrief, folgten 100 Prozent der muselmanischen Arbeiter in Algerien und 80 Prozent der algerischen Arbeiter in Frankreich diesem Aufruf. Dieser Streik führte zu heftigen Reaktionen im Generalgouvernement. Vergeltungen richteten sich vor allem gegen Beamte, Gaststätten- und Geschäftsinhaber<sup>3</sup>.

Am 6. Juli folgte diesem Streik die Verhaftung der neuen Gewerkschaftssekretäre. Diesmal verloren die Hafenarbeiter ihren Generalsekretär und ihren Schatzmeister, die Bauarbeiter ihren Generalsekretär und den stellvertretenden Sekretär, die Eisenbahner den stellvertretenden Sekretär. Die Verhaftungen, die sich vor allem auf die Gewerkschafter von Algier und Oran erstreckten, führten am 15. August 1956 zu einem neuen Generalstreik.

<sup>1</sup> UGTA „Pour la Libération Nationale et une Syndicalisme Libre“, o. O. o. J., S. 16.

<sup>2</sup> Briefe seines belgischen Verteidigers Henri Rolin in *Le Monde*, 6. 8. 1959; 14. 8. 1959.

<sup>3</sup> *France-Observateur*, 12. 7. 1956.

Beim Jahreswechsel 1956/57 kam es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Europäern und Algeriern. Die UGTA bezichtigte Polizei und Armee, dem Blutbad der Europäer nicht Einhalt geboten zu haben. Nach einem Bericht der Gewerkschaft wurden zehn ihrer Mitglieder am 29. 12. 1956 von europäischen Jugendlichen überfallen und schwer verletzt. Am 1. 1. 1957 folgten daraufhin alle Eisenbahnarbeiter einem Streikaufruf. Am 3. 1. 1957 kam es zu einem 24stündigen Generalstreik. Die Polizei nahm ihn zum Anlaß, die Gewerkschaftszentralen zu besetzen. 14 Sekretäre, darunter Rahmoun Dekkar, einer der späteren Nationalsekretäre, wurden verhaftet.

Als Ende Januar 1957 das Algerienproblem in der Vollversammlung der UNO behandelt werden sollte, versuchte die UGTA noch einmal mit einem Generalstreik die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf Algerien zu lenken. Mit Gewalt warf die Polizei diesen Streik nieder. Trotzdem standen nach acht Tagen noch 50 Prozent der kaufmännischen Angestellten, 100 Prozent des Gaststättenpersonals und 80 Prozent der Eisenbahner im Streik<sup>1</sup>. Rachid, einer der damaligen Nationalsekretäre der UGTA, teilte dem IBFG mit, daß nach diesem Streik 80 Prozent der Eisenbahnarbeiter und 240 Krankenhausarbeiter ausgesetzt worden seien. Gleichzeitig wurden 50 Prozent der kaufmännischen Angestellten und 2000 im Handel und in der Industrie tätige Arbeiter entlassen. 183 Gewerkschaftsfunktionäre wurden mit acht- bis fünfzehntägiger Haft bestraft.

Nach diesem Streik fand die UGTA keine Möglichkeit mehr, ihre legale und öffentliche Gewerkschaftsarbeit in Algerien fortzusetzen. Der Vorstand der Gewerkschaft ging nach Tunis ins Exil.

Am 7. Juli 1956 war die UGTA in den IBFG aufgenommen worden. Dieser Aufnahme ging eine heftige Kontroverse zwischen der französischen CGT-FO und der amerikanischen AFL-CIO voraus. Irving Brown, Vertreter der amerikanischen Gewerkschaften in Europa, nannte den französischen Gewerkschafter und Generalgouverneur Robert Lacoste „den Diktator Algeriens“<sup>2</sup>. Die CGT-FO hielt die Aufnahme der UGTA in den *Internationalen Bund Freier Gewerkschaften* für „einen historischen Irrtum“<sup>3</sup>. Sie protestierte gegen „die Unterstützung der nationalen Bestrebungen Algeriens“ durch den IBFG und gegen sein Vorhaben, seine nächste Konferenz in Tunis zu veranstalten<sup>4</sup>.

Die Spannungen zwischen IBFG und französischer Kolonialpolitik erreichten im folgenden Jahr ihren Höhepunkt. Vergeblich versuchte der IBFG, eine Kommission zum Studium der Gewerkschaftslage in Algerien einzusetzen. Der französische Generalgouverneur beharrte in der Auffassung, seine Behörden hätten die gewerkschaftlichen Freiheiten der UGTA nicht verletzt<sup>5</sup>. J. H. Oldenbroeck, der Generalsekretär des IBFG, erklärte daraufhin am 5. Februar 1957: „Wir können nicht schweigen, wenn nacheinander eine gewerkschaftliche Führungsgruppe nach der anderen in die Konzentrationslager geworfen wird, ohne daß ihnen die geringsten Anklagen oder gerichtlichen Beweise entgegengehalten werden“<sup>6</sup>.

<sup>1</sup> *Le Monde*, 6. 2. 1957.

<sup>2</sup> *Le Monde*, 21. 5. 1956. Gleich nach Gründung der UGTA waren die AFL-CIO die besten außerafrikanischen Verbündeten der jungen algerischen Gewerkschaft. Die Amerikaner waren auch die ersten, die (am 29. 5. 1962) dem algerischen Gewerkschaftssekretär Abdennour Ali Yahia zusagten, „die UGTA moralisch und materiell im Endkampf um die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu unterstützen“.

<sup>3</sup> *Le Monde*, 30. 7. 1956.

<sup>4</sup> *Neue Zürcher Zeitung*, 4. 8. 1956.

<sup>5</sup> Telegramm Lacostes vom 11. 1. 1957 an den IBFG.

<sup>6</sup> *Freie Gewerkschaftswelt*, Nr. 80, Februar 1957, S. 14 f.

Am 16. Februar erhob der IBFG formelle Klage gegen die französische Regierung. Am 22. März unterstützte er diese Klage mit der Vorlage zusätzlichen Beweismaterials. Am 25. März griffen Oldenbroeck und Brown auf einer Gewerkschaftskonferenz in Tunis heftig die Methoden der französischen Politik in Algerien an. Anfang April 1957 machte der IBFG-Generalsekretär den Generaldirektor des *Internationalen Arbeitsamtes* auf die Unterdrückungsmaßnahmen der französischen Behörden aufmerksam: „Sämtliche Büros der UGTA, einschließlich des Hauptsitzes in Algier, sind geplündert und von den Behörden geschlossen worden. Die Gewerkschaftspresse ist verboten und der Landessekretär der UGTA, Nouredine Skander, ist verhaftet, gefoltert und auf öffentlichen Plätzen zur Schau gestellt worden<sup>1</sup>.“

Eine zweite Aktionswelle des IBFG wurde im Juli 1957 eingeleitet. Am 10. Juli 1957 faßte der Kongreß des IBFG in Tunis einstimmig den Beschluß, zu Friedensverhandlungen und Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Freiheiten aufzufordern. Am 5. August 1957 wiederholte das Exekutivkomitee des IBFG gegen den Widerstand der CGT-FO eine ähnliche Aufforderung. Am 6. Oktober 1957 forderte der IBFG das *Internationale Arbeitsamt* auf, zugunsten der algerischen Gewerkschaft bei der französischen Regierung zu intervenieren. Am 11. Oktober 1957 meinte der Sekretär der Transportarbeitergewerkschaft in der CGT-FO, Roger Lapayre, der IBFG handele mit seinem systematischen Antikommunismus in Nordafrika überstürzt<sup>2</sup>.

Als im Oktober 1957 der Generalsekretär der messalistischen Gewerkschaft USTA, Ahmed Berkhat, ermordet wurde, löste das nun Proteste der CGT-FO beim IBFG aus, wobei die UGTA des Mordes bezichtigt wurde. Das Exekutivbüro verurteilte daraufhin in seiner Sitzung vom 4. bis 8. November 1957 sowohl Attentate als auch Polizeimaßnahmen gegen algerische Gewerkschafter.

Dreimal hintereinander gelang es der französischen Polizei, die Organisation der UGTA zu zerschlagen: Am 23. Mai 1956, Ende Juni 1956 und am 5. Januar 1957 wurde die jeweils neue Führungsgruppe der Gewerkschaft verhaftet. Der vierte Aufbau der UGTA vollzog sich in der Illegalität und im Exil.

Bis Ende 1958 waren von 101 Gewerkschaftsbüros, die noch 1956 legal waren, 47 illegal eingerichtet worden. Sie lagen vor allem in den kleineren und mittleren Städten und in den landwirtschaftlichen Bezirken Algeriens. In den algerischen Großstädten hatte die UGTA 1958 und 1959 nur geringen Einfluß. In Constantine wurden 1958 vierzig Gewerkschafter verhaftet, unter ihnen Omar Chitour, der beim Verhör zu Tode gefoltert wurde. Die Gewerkschaft unterlag in allen Städten dem Versammlungsverbot. Der Besitz von Gewerkschaftspublikationen war mit Freiheitsentzug bedroht. In dieser Zeit schlossen sich viele muselmanische Arbeiter, um gewerkschaftlichen Schutz zu genießen, der CGT-FO an.

In der Illegalität und im Exil konnten nur diejenigen verantwortliche Funktionen innerhalb der UGTA übernehmen, die in der legalen Epoche von den Gewerkschaftsmitgliedern gewählt worden waren.

Politische Streiks wurden zunächst von der UGTA unterlassen, da sie die Verfechtung ihrer politischen Interessen der FLN und ALN überließ. Sie beschränkte ihre Tätigkeit auf gelegentliche Lohnstreiks, besonders unter der Landarbeiterschaft. Die Beziehungen

<sup>1</sup> Informationsdienst Gewerkschaftspresse, Nr. 42, Düsseldorf, 9. 4. 1957; IBFG „Mitteilungsblatt“, Jg. VIII, Nr. 8, 15. 4. 1957.

<sup>2</sup> *Travaux publics et Transports*, Paris, Oktober 1957.



zwischen UGTA und FLN sind zwar von jeher freundschaftlich, trotzdem legt die Gewerkschaft Wert auf eine eigene und unabhängige Organisation<sup>1</sup>, um nicht „Staatsgewerkschaft der FLN“ zu werden.

In der Illegalität konnte sich die UGTA besser organisieren als in der legalen Epoche, da sie nun nicht mehr dem Druck der französischen Polizei ausgesetzt war. Schwergewicht ihrer Arbeit war jetzt die Sozialfürsorge, die Betreuung der algerischen Flüchtlinge, besonders der Kinder, und die Unterstützung der Familien, deren Ernährer gefangen oder getötet waren.

Seit 1960 konnte die UGTA wieder ihre Position in den algerischen Großstädten stärken. Als der französische Staatspräsident de Gaulle vom 9. bis 13. Dezember 1960 Algerien bereiste, veranstaltete die UGTA in den Großstädten, vor allem in Algier, auf Initiative ihrer lokalen Gruppen fast ohne Vorbereitung eindrucksvolle Kundgebungen. Seitdem gelang es der UGTA im Verein mit der FLN, bei jeder außenpolitisch wichtigen Gelegenheit ihre Stärke auch in den großen Städten durch Streiks und Manifestationen zu bezeugen.

Große Aufmerksamkeit widmete die Gewerkschaft der Volkserziehung und Kaderausbildung. Ähnlich wie im Exil schuf sie in Algerien geheime Schulen, die mit geringen Veränderungen das Unterrichtsprogramm auswärtiger Gewerkschaftsschulen der UGTA hatten. Teilnehmer dieser Kurse waren Arbeiter, die eine Zeitlang die von Franzosen geleiteten Betriebe verließen, oder Soldaten der ALN. 1961 besaß die UGTA drei Geheimschulen in Algerien.

Zur Vorbereitung auf die Unabhängigkeit richtete die UGTA mehrere politische, sozialpolitische und wirtschaftspolitische Studienkommissionen ein. Diese Kommissionen bereiten die Gewerkschaften auf zwei Situationen vor: 1. auf einen Kompromiß mit Frankreich, falls man in absehbarer Zeit zu einer Einigung kommen sollte, 2. auf eine totale Revolution, falls eine Verständigung mit Frankreich nicht möglich sein sollte. Die wichtigsten Studienkommissionen beschäftigen sich mit Landwirtschaft, Industrie, Finanzen und Außenhandel, Theorie und Politik der Wirtschaft und Gewerkschaftsstrukturen. Ähnlich der FLN konnte auch die UGTA seit 1958 vielseitige außenpolitische Beziehungen anbahnen. Außerhalb Algeriens richtete die UGTA Büros in Tunis, Rabat und Köln ein.

Kurz nach dem Waffenstillstand entfaltete die UGTA lebhaftere Aktivität in Algerien. Sie stand schweren sozialen Problemen gegenüber, die durch europäische Sabotageakte der algerischen Verwaltung und Infrastruktur, Attentate der OAS auf muslimische Arbeiter, durch die Führungskrise der FLN, anschwellende Arbeitslosigkeit und drohende Verwaisung der Schulen von Lehrkräften verursacht wurden<sup>2</sup>. Am 13. Mai 1962 trat zum erstenmal nach langer Unterbrechung wieder die Exekutivkommission (CE) der UGTA in Algier zusammen. Am 31. Mai 1962 wurden zwei Frauenorganisationen gegründet, das CUFA (*Comité de l'Union des Femmes Algériennes*)<sup>3</sup> und die MJFA (*Mouvement des Jeunesses Féminines d'Alger*). Diese Gründungen muten zunächst übereilig an. Sie deuten aber auf zwei Phänomene der algerischen Revolution hin: In den letzten sieben Jahren emanzipierten sich die muslimischen Frauen Algeriens mit verblüffender Konse-

<sup>1</sup> Der juristische Berater der GPRA (Provisorische Regierung der Algerischen Republik) und Völkerrechtler Mohammed Bedjaoui, schreibt zwar in seinem Buch *„La Révolution Algérienne et le Droit“*, Brüssel 1961, S. 102: *„Das Ministerium für soziale und kulturelle Angelegenheiten . . . leitet unter anderem die nationalen Organisationen und besonders die UGTA, die den algerischen Syndikalismus nach außen repräsentiert und die gewerkschaftliche und berufliche Ausbildung der Militanten übernimmt.“* Doch dürfte diese Darstellung nicht der tatsächlichen Position der UGTA entsprechen.

<sup>2</sup> Abdennour Ali-Yahia, *„L'UGTA prend un nouveau départ“*, Interview mit APS, Nr. 173, 23. 5. 1962; Aufruf der Lehrgewerkschaft der UGTA, Algier 3. 6. 1962; *Le Monde* 28. 4. 1962.

<sup>3</sup> APS, Nr. 184 vom 3. 6. 1962.

quenz<sup>1</sup>. Die eilige Gründung weist außerdem auf das Bestreben hin, unverzüglich durch Bildung von Massenorganisationen die Bevölkerung zur organischen Mitarbeit am Aufbau und am Planungsvorhaben Algeriens zu gewinnen.

Die UGTA hielt sich bis zur Proklamierung der algerischen Republik von den parteipolitischen Diskussionen der FLN zurück, um frei ihre eigene innenpolitische Orientierung zu finden. Kein Gewerkschaftssekretär war Mitglied der GPRA oder des CNRA.

Als im Juli 1962 die FLN und die junge algerische Republik von einer Führungskrise erschüttert wurden, beschloß die UGTA am 16. Juli 1962, Delegationen zu den sich befehdenden Führungsgruppen der FLN und zu den Wehrbezirken der ALN zu schicken, „um sie zu beschwören, von ihren Zwistigkeiten Abstand zu nehmen und unverzüglich eine wirksame Lösung im Interesse des Volkes und gemäß den heiligen Prinzipien der Revolution zu finden“. Am 19. Juli 1962 stellte die algerische Gewerkschaft fest: „Die UGTA ist eine nationale Organisation. Ihre Autonomie in der Politik ist unerläßlich. Es ist wichtig, daß sich die Gewerkschaftsbewegung frei entfaltet.“ Drohend warnte die Gewerkschaft ihre algerischen Staatspolitiker: „Die algerischen Arbeiter können einer solchen Sabotage nicht als Zuschauer beiwohnen.“

In dieser Krise zeigte es sich, daß Verbände wie UGTA und UGEMA (Studentenorganisation) viel eher vor den Gefahren der traditionellen Sippenverfassungen (die sich nun um führende Persönlichkeiten in politischen Klans kristallisiert) gefeit sind als parteipolitische Bewegungen. In den Juliwirren wurde deutlich, daß es nicht nur Konflikte innerhalb der Führungsschicht der FLN, sondern auch zwischen dem modern-funktionalistisch denkenden Volk und der noch in Anachronismen verwurzelten Führung gibt.

Die UGTA hat sich zum Ziel gesetzt, Einheitsgewerkschaft in Algerien zu werden<sup>2</sup>. Die CGT forderte als erste französische Gewerkschaft ihre Mitglieder auf, nach dem Referendum (1. 7. 1962) der UGTA beizutreten. Die CFTC hat nicht die Absicht, weiterhin eine algerische Sektion zu leiten. Zwischen der CGT-FO und der UGTA wurden im gleichen Sinne Verhandlungen geführt. Mit der UGTFA unterhielt die UGTA keine Verbindung. Auf weite Sicht steht die UGTA vor einigen besonders dringenden Aufgaben: Sie muß das Schwergewicht ihrer Sozialpolitik auf die Agrarreform und auf die Förderung der Landarbeiter legen, wenn sie nicht, wie die UMT in Marokko, eine „Städtergewerkschaft“ werden will. Wie in keinem anderen arabischen oder afrikanischen Land sind die algerischen Landarbeiter politisch aktiv und aufgeschlossen. Die Emigrantenjahre in Europa und der Waffendienst in der ALN waren Lehrjahre der Dorfbevölkerung. Sie werden sich nicht ohne weiteres den politischen Regeln der Stadtbevölkerung unterwerfen wollen. Unter diesen Umständen muß die UGTA sowohl im Milieu der Industriearbeiter als auch bei den Landarbeitern starke und straff gegliederte Organisationen schaffen, sonst wird sie sich in der jungen Republik kaum politisch durchsetzen können. Ihre Sekretariate in Tunis und Rabat hätten leicht während der Kriegszeit erste Kristallisationskerne bei den algerischen Flüchtlingen in Tunesien und Marokko bilden können. Das war versäumt worden. Es steht noch offen, ob die UGTA in der künftigen „sozialen Revolution“ einen ähnlich wirkungsvollen Kader stellen kann wie die ALN in der „nationalen Revolution“. Wie alle Organe der algerischen Revolution wird sie nicht umhinkommen, die alte, in den Kriegsjahren erschöpfte Führungsgruppe durch jungen Nachwuchs abzulösen. Erfahrungen anderer Revolutionen zeigen, daß solche Regenerationen nicht reibungslos sind.

<sup>1</sup> Frantz Fanon „L'an V de la révolution algérienne“, Paris 1959, S. 46 ff. Unter Mitgliedern der FLN geht ein Scherzwort um: Wir haben uns von der französischen Vorherrschaft, die Frauen haben sich von unserer Vorherrschaft befreit.

<sup>2</sup> *Le Monde*, 21. 6. 1962.



WIRTSCHAFTSPOLITIK UND PLANUNG



WIRTSCHAFTSPOLITIK UND PLANUNG



## TUNESIEN

Die tunesische Gewerkschaft UGTT stand in ihrer Gründungszeit fast ausschließlich vor politischen Aufgaben. In der ersten Phase mußte sie um die nationale Befreiung Tunesiens kämpfen. In der zweiten Phase galt es, die junge Souveränität der tunesischen Republik zu stabilisieren. Erst in der dritten Phase konnte sich die UGTT besonders den wirtschaftspolitischen Problemen widmen. Diese dritte Phase leitete die UGTT auf ihrem 8. Gewerkschaftskongreß im April 1960 ein.

Die Gewerkschaftskrise des Jahres 1956 hatte die Entwicklung der UGTT gehemmt. Ihre dritte, die wirtschaftspolitische Aktionsphase, konnte die UGTT darum erst einleiten, als sich tunesische Regierung und *Neo-Destour* schon intensiv mit den neuen Wirtschaftsprogrammen der Republik beschäftigten. Zentrale Aufgabe der tunesischen Wirtschaftspolitik war in den Jahren 1960 und 1961 der Entwurf einer Planungsperspektive. Die Tätigkeit, die Regierung und *Neo-Destour* auf diesem Gebiet entfaltete, ist viel augenfälliger als die bisherigen Leistungen der UGTT. Doch hat dieser Rückstand der UGTT keine Ursachen in Meinungsverschiedenheiten über die Konzeption. Wiewohl auch solche Unterschiede vorhanden sind, war die UGTT tatsächlich noch mit inneren Problemen beschäftigt, anstatt ihre Initiative rechtzeitig in der Wirtschaftspolitik zu entfalten.

Diese Schwäche kann dem Generalsekretariat der UGTT nachgesagt werden. Es wäre aber unrichtig, gleiches von den Föderationen der Gewerkschaft zu behaupten. Die im Vergleich zur marokkanischen UMT geringe Zentralisierung der Gewerkschaftspolitik spielte in Tunesien eine glückliche Rolle. So konnte insbesondere die Lehrgewerkschaft, seit je Avantgarde der UGTT, ungehemmt ihre Initiative bei der Vorbereitung der tunesischen Pläne entfalten.

Zur Planung des Erziehungswesens wurde 1958 eine Kommission eingesetzt, die unter Leitung des Gewerkschafters und Staatssekretärs für Nationale Erziehung, Mahmoud Messadi, stand. Die Mitglieder dieser Kommission waren Pädagogen, die seit 1948 in der Lehrgewerkschaft am Plan einer Erziehungsreform gearbeitet hatten. Zunächst war ihr Plan ein Gegenvorschlag zum Zwanzigjahresplan der französischen Protektoratsverwaltung gewesen. Dank dieser zehnjährigen Vorbereitung konnte die Kommission innerhalb von sechs Wochen ihre Arbeit am 30. Juni 1958 abschließen.

Für den neuen wirtschaftspolitischen „Nationalplan“, der 1962 in Kraft trat, war wiederum ein Lehrer, der Studienrat, ehemalige Generalsekretär der UGTT und Staatssekretär für Planung und Finanzen, Ahmed Ben Salah, verantwortlich. Obwohl es zwischen ihm und der späteren Gewerkschaftsleitung nicht an persönlichen Spannungen fehlte<sup>1</sup>, unterscheiden sich die Konzepte des Planungsministers und der Gewerkschaft

<sup>1</sup> Der tunesische Staatspräsident Habib Bourguiba griff in den Streit zwischen Ahmed Ben Salah und der UGTT zweimal öffentlich ein. Am 24. Juni 1961 erklärte er, wer den Planungsminister Ben Salah kommunistischer Neigungen verdächtige, brächte den Staatspräsidenten persönlich in Mißkredit. (Habib Bourguiba „*Le Socialisme Néo-Destourien*“, Tunis 1961, S. 16.) Am 18. November 1961 erklärte Bourguiba, er habe keine Zeit, die Akten Ben Salah's und der UGTT in den Jahren 1956 und 1957 zu studieren; das überlasse er den Historikern. Dabei stellte er sich ausdrücklich auf die Seite seines Planungsministers. (Habib Bourguiba „*Sous le signe de la Clarté*“, Tunis 1961, S. 18 f.) Der tunesische Staatspräsident war sich dabei bewußt, daß er Ben Salah nicht nur gegenüber der tunesischen Gewerkschaft, sondern auch gegenüber dem tunesischen Bürgertum zu verteidigen hatte. 1956 hatte Bourguiba allerdings nicht so mutige Worte für Ben Salah gefunden.

kaum voneinander. Nur die Aufmerksamkeit für einzelne Projekte ist bei beiden unterschiedlich.

Wenn auch Ben Salah kein Mann einsamer Entschlüsse ist, so bleibt er doch eigenwilliger Einzelgänger. Er lebt in einer Atmosphäre, die vielerorts charakteristisch für die afrikanische Jugend geworden ist; im Zwielficht lebend, versucht er frei von aufgezwungenen Normen fremder Generationen und fremder Zivilisationen zu sein. Mit dieser Position sucht Ben Salah Rückhalt besonders bei der tunesischen Jugend, die zahlenmäßig die größte Bevölkerungsgruppe stellt. Er griff ein pakistanisches Vorbild auf und räumte den tunesischen Jugendverbänden bei der Vorbereitung des Nationalplanes einen breiten Platz in den beratenden Kommissionen ein. Dabei fand er lebhaftere Unterstützung in der *Neo-Destour*. Von dieser Partei gingen auch am 15. Dezember 1955, noch vage formuliert, die ersten Anregungen zur Wirtschaftsplanung aus<sup>1</sup>. Der Begriff „Planung“ wurde auf diesem Parteikongreß noch nicht gebraucht. Zum erstenmal benutzte ihn die tunesische Regierung, als sie vier Monate später ein Unterstaatssekretariat für den Plan schuf. Ben Salah versuchte ein Jahr später, seine Gewerkschaftskollegen auf dieses Planungsvorhaben aufmerksam zu machen. Er stieß zunächst noch auf Mißtrauen.

Am 18. Januar 1958 wurde der „Nationalrat des Planes“ einberufen. Mitglieder dieses Rates waren: der Staatspräsident, die Staatssekretäre für Verteidigung, Finanzen, Handel und Industrie, Landwirtschaft, Gesundheitswesen, soziale Angelegenheiten und öffentliche Arbeiten, der Präsident der tunesischen Handelskammer, der Direktor der Tunesischen Bankgesellschaft, ein Mitglied der konstituierenden Versammlung, der Präsident der UNAT, der Generalsekretär der UTAC und Ahmed Tlili als Generalsekretär der UGTT. Bourguiba warnte bei der Gründung des Nationalrates vor Improvisationen und voreiligen Entschlüssen<sup>2</sup>. Die UGTT definierte später noch genauer die Gefahren, die dem „Nationalplan“ drohten: *„In unserem Land ist kein Platz für eine gigantische Planung mit einer Strenge, wie sie in den Ländern gilt, die über enormes Menschenkapital und über ein bedeutendes Rohstoffpotential verfügen“*<sup>3</sup>.

In Übereinstimmung mit dem 3. Beschluß zum Wirtschaftsbericht der UGTT<sup>4</sup> versuchte Ben Salah, zunächst zwei technische Voraussetzungen zu erfüllen. Er verbesserte die statistischen und kartographischen Dienste Tunesiens. Die Auswertung dieser Dienste überließ er Studiengruppen, die teils allgemeine Bedingungen der Entwicklung zu untersuchen hatten, teils mit Sonderstudien beauftragt wurden. Forschungsergebnisse dieser Studiengruppen bildeten die Basis für die koordinierten Arbeitsgruppen im Planungsministerium. Zusammen mit sieben Unterdirektionen im Ministerium, drei technischen und zwei beratenden Komitees nahm die Planungsbehörde eine riesige Inventur des ganzen Landes vor. An dieser Aufgabe, die zum größten Teil in der ersten Hälfte des Jahres 1961 erfüllt wurde, nahm die UGTT großen Anteil. Ohne den Einsatz ihrer lokalen Organisationen in den verschiedenen Gouvernoraten (Bezirken) hätte die technische Vorbereitung des Planes nicht so schnell abgeschlossen werden können.

In den ersten drei Jahren 1962 bis 1964 wird der Plan noch wenig feste Strukturen haben. Er gibt Richtlinien, die eine Fehlentwicklung der bestehenden Wirtschaft verhindern sollen. Doch hier beginnt eine erste Schwierigkeit. Landwirtschaftliche, industrielle und kommerzielle Unternehmer können nicht mehr nach eigenem Gutdünken wirtschaften. Wer Tomaten anpflanzen will, kann erfahren, daß ihn der Staat zum Anbau von Zuckerrüben nötigt. Die UGTT beklagte besonders, daß die neue Wirt-

<sup>1</sup> Secrétariat d'Etat à l'Information „*Les Congrès du Néo-Destour*“, Tunis 1959, S. 78 ff.

<sup>2</sup> Secrétariat d'Etat à l'Information „*Le Conseil National du Plan*“, Tunis 1958.

<sup>3</sup> Habib Achour, stellvertretender Generalsekretär der UGTT, Interview in *La Presse du Tunisie*, 17. 6. 1961.

<sup>4</sup> UGTT „*Rapport d'activité, 8ème Congrès National, 1-2-3 Avril 1960*“, S. 32.

schaftspolitik noch zu wenig im dörflichen Bereich bekannt und volkstümlich dargestellt sei<sup>1</sup>. Sie will sich deshalb besonders um den Einsatz von Lehrkräften bemühen, die das Gemeinwesen auf dem Land entwickeln sollen. Es genügt ihr nicht, in jedem Cheikhat eine Lehrkraft einzusetzen. Es müssen nach Meinung der UGTT mehr Kräfte — wenn auch oberflächlicher — ausgebildet und vor allem in den landwirtschaftlichen Modernisierungszonen massiv eingesetzt werden.

Nicht zuletzt durch die Anregungen der UGTT ist in dem ersten Dreijahresabschnitt des Nationalplanes der Aufklärung über Planungsvorhaben viel Raum gegeben worden. Auf Schwierigkeiten, die sich diesem Vorhaben stellen, wurde in den Jahren 1960 und 1961 von verschiedenen Seiten aufmerksam gemacht<sup>2</sup>. Limam fand, daß zwar die Parlamentarier juristisch für die Verabschiedung des Planungsgesetzes zuständig, fachlich aber für diese Verantwortung keineswegs kompetent seien. Um hier eine republikanische Lösung zu finden, vor allem um eine Technokratie zu verhindern, wie sie sich in den Ost- und Westblöcken verhängnisvoll bemerkbar macht, versucht man in Tunesien eine abgewogene Teilung der Gewalten zwischen Politikern (Legislative und Exekutive), Technikern und Bevölkerung. Der Bevölkerung, also der eigentlichen Exekutive des Planes, werden dabei breite Beratungsmöglichkeiten zugestanden. Aber auch die Fähigkeit der Beratung kann natürlich nicht der gesamten Bevölkerung zugesprochen werden, zumal „in einer unterentwickelten Wirtschaft dieses geistige Rüstzeug rudimentär und durch eine Fülle rückläufiger Gläubigkeit zersetzt ist: Fatalismus, Unvermögen, den Lauf der Dinge zu ändern, Aufgabe des Kampfgeistes, Mißtrauen gegenüber der diesseitigen Welt, Anklammerung an altüberlieferte Gewohnheiten, die nicht unserer Zeit entsprechen, pessimistische Meinung über den Menschen, seine Intelligenz und seine Fähigkeit“<sup>3</sup>.

Zwischenträger zwischen Politikern und Technikern einerseits und der Bevölkerung andererseits sollen nun die *Animateurs* sein. Sie sollen eine nichtinstitutionalisierte Rolle in der jungen Demokratie spielen. Diese Funktion ist noch jung. Es ist nicht sicher, ob sie tatsächlich Motor der sozialen und wirtschaftlichen Reform sein kann, oder ob sie — wie die Rolle der „Aktivisten“ in den kommunistischen Ländern — zur Karikatur der Mitarbeit an staatlicher Planung wird.

Vorsorglich betrieb die *Neo-Destour* seit 1959 mit gewissen polytechnischen Methoden eine Sozialerziehung, die die Bevölkerung zur Mitarbeit am späteren Nationalplan anregen sollte. Lokale Parteizellen wählten sich alljährlich eine Aufgabe „zur Bekämpfung der Unterentwicklung“ im örtlichen Bereich. Die lokalen Vorhaben wurden mit den regionalen und nationalen Planungsperspektiven in Einklang gebracht. Während der Vorbereitung und bei der Durchführung eines Projektes führten Parteifunktionäre, Experten und *Animateurs* bei Seminaren, Konferenzen und praktischen Arbeiten in die

<sup>1</sup> UGTT, a. a. O.

<sup>2</sup> UGTT „*Sur le dur chemin du développement*“, Tunis o. J. (1960), S. 13; Mohsen Limam „*Principes juridiques d'une planification dans les pays sous-développés*“ in „*Aspects et Perspectives de l'Economie Tunisienne*“, Nr. 6, Tunis, Juni 1961.

<sup>3</sup> UGTT a. a. O. Ähnliche Bedenken äußerten die tunesischen Unternehmer. Im Bulletin der UTIC „*La Tunisie Economique*“, Nr. 2, Tunis, März 1962, S. 2 ff, schrieb C. Fontaine („*Planification et Psychologie*“): „Die ideologischen Superstrukturen können eine positive Rolle spielen und einen Beitrag zur Entwicklungshilfe leisten. Aber sie können auch die wirtschaftliche Entwicklung bremsen und die Ergiebigkeit der Entwicklungspolitik mindern. Überholte Geistesverfassungen bilden einen Aspekt, und nicht den geringsten, der Unterentwicklung. Es ist dabei zu beachten, daß die hemmenden Wirkungen nicht nur von altertümlichen Sozialstrukturen herrühren, sondern auch Ausdruck verkümmelter Mentalitäten sind, die den Modernismus — künstlich auf einen archaischen Grund aufgepropft — schlecht verdaut haben. Unfruchtbare, nicht funktionelle geistige Konflikte sind ebenso durch Berührung mit europäischen Lebensgewohnheiten wie durch eine sich überschlagende Entwicklung zweitrangiger Bedürfnisse verursacht worden.“



Probleme der Modernisierung, des Genossenschaftswesens und der wirtschaftlichen Entwicklung ein.

Die UGTT ging einen anderen Weg. Sie richtete Produktionsgenossenschaften für Arbeiter ein oder unterstützte die mit staatlicher Initiative aufgebauten Produktionsgenossenschaften. Bis Mitte 1960 hatten die von der UGTT angeregten Produktionsgenossenschaften folgenden Stand erreicht:

Genossenschaft	Stadt	Zahl der Arbeiter	Durchschnittlicher Jahreslohn pro Arbeiter
Transport . . . . .	Tunis . . . . .	52	17 800 Dinar
Transport . . . . .	Sfax . . . . .	61	22 000 „
Transport . . . . .	Kebili . . . . .	7	1 800 „
Konstruktion . . . . .	Gafsa . . . . .	40	6 636 „
Kokerei . . . . .	Tunis . . . . .	45	11 340 „
Bau . . . . .	Bizerta . . . . .	780	80 000 „
Fliesenleger . . . . .	Sousse . . . . .	18	5 194 „
Fliesenleger . . . . .	Sousse . . . . .	45	5 400 „
Fischerei . . . . .	Monastir . . . . .	26	1 170 „
Fischerei . . . . .	Sfax . . . . .	120	43 200 „
Fischereihandwerk . . . . .	Zarzis . . . . .	12	6 000 „
Druckerei . . . . .	Tunis . . . . .	25	10 000 „
Druckerei . . . . .	Sfax . . . . .	13	6 440 „
Waldarbeiter . . . . .	Souk el Arba . . . . .	100	16 200 „
Konfektion . . . . .	Tunis . . . . .	80	26 000 „

Der Einfluß der UGTT im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen war noch gering. Staatliche Unternehmungen hatten größeren Erfolg. Um mehr Aktionsfreiheit zu gewinnen, gründete die UGTT am 12. Juni 1962 die *Volksbank*. 50 Prozent der Stammeinlagen gehören der Gewerkschaft, 49 Prozent den gewerkschaftlichen Genossenschaften. Mit Hilfe der *Volksbank* will die UGTT Kredite vor allem für ihre Genossenschaften aufbringen.

Fast überall sind wirtschaftspolitische Unternehmungen der Gewerkschaft, der Regierung und der Partei miteinander verknüpft. Trotzdem gibt es keine systematische Aufteilung der Funktionen. Durch die Planungsbehörde wird ein Teil der politischen Führungsaufgaben administrativ koordiniert. Die wichtigste Voraussetzung zur Zusammenarbeit von Gewerkschaft, Regierung und Partei bieten aber nicht die verwaltungstechnischen Maßnahmen, sondern die zwischenmenschlichen Beziehungen. Zahlreiche Funktionen in der UGTT, der *Neo-Destour*, der Regierung und des Parlaments sind in Personalunion besetzt. In der tunesischen Revolution hat sich eine kleine Mannschaft gebildet, die sich über alle politischen Instanzen erstreckt. Die Mitglieder dieser Mannschaft sind zwar nicht immer miteinander befreundet, sie haben aber vieles gemeinsam durch gleiche politische Erfahrungen und Erlebnisse, verwandte soziale Herkunft und geringe Altersunterschiede. Wenn auch der mittlere Kader Tunesiens breiter als in benachbarten Ländern ist, so ist die politische Führungsschicht doch verhältnismäßig schmal. Kontroversen innerhalb dieser Führungsschicht gewinnen dadurch familiären Charakter. Die Führungsmannschaft bemüht sich um Nachwuchs aus der tunesischen Bevölkerung, vor allem aus der Jugend. Aber die Klanbildung macht es dem Außenstehenden schwer, sich dem Stil der höheren Funktionäre anzupassen. Darunter hat besonders die Führung der tunesischen Gewerkschaft zu leiden.

Eigentümlich für diese Mannschaft ist ihre Lust am Experiment, sei es in der Gewerkschaft, in der Partei oder in der Regierung, sei es auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens, der Erwachsenenbildung, bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, bei der Auswahl neuer Agrarerzeugnisse oder beim Bau kleiner Dorffabriken. Die tunesische Führungsschicht tastet dabei vorsichtig die Möglichkeiten ab, die sich einer späteren strukturellen Wirtschaftsreform bieten können. Die tunesischen Gewerkschaftsführer fallen durch ihre Vorsicht auf, was sie gelegentlich im In- und Ausland in den Ruf brachte, reformistische Neigungen zu haben. Die UGTT wendete sich nicht nur von den gigantischen Planungen der kommunistischen Länder ab, sondern wollte darüber hinaus den tunesischen Nationalplan nur „auf bescheidene und bestimmte Projekte, bei schneller und sorgfältiger Durchführung“ angewandt wissen<sup>1</sup>.

Die Planungsperspektiven der Regierung gehen aber weiter. Ihr wichtigstes Vorhaben ist die Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts zwischen Nord- und Südtunesien. Wenn auch die Regierung ihre Ziele höher steckt als die UGTT, so versucht sie doch nicht, um jeden Preis eine moderne Wirtschaft in Südtunesien aufzubauen.

Sachliche Schwierigkeiten, die die Vorhaben des tunesischen Nationalplanes stellen könnten, werden eher unter den Wissenschaftlern<sup>2</sup>, die an der Ausarbeitung des Planes mitwirken, als von Gewerkschaftern diskutiert.

Die UGTT ist bereit, besonders auf den folgenden Gebieten am „Nationalplan“ mitzuwirken<sup>3</sup>:

1. „Das kooperative System soll auf den wirtschaftlichen und sozialen Sektoren entwickelt und verallgemeinert werden.“ Dabei soll eine Vielfalt von Produktions- und Verbrauchergenossenschaften geschaffen werden. Die Arbeiter haben an den ersten Versuchsgenossenschaften großes Interesse gezeigt. Es ist darum zu erwarten, daß sie bereit sind, an einer systematischen Einführung des Genossenschaftswesens mitzuarbeiten.

2. „Ausgehend von diesen Genossenschaften sollen Volks-Gesellschaften gebildet, entwickelt und verallgemeinert werden.“ Die Volks-Gesellschaften sollen nicht nur die Lohnempfänger, sondern auch andere soziale Gruppen, zum Beispiel Handwerk, Kleinindustrielle, Kleinhändler und Bauern, umfassen.

3. „Es sollen die für die Durchführung der Planung notwendigen und ausreichenden Kader ausgebildet werden.“

4. „Die Produktivität soll durch eine Intensivierung des Produktionsrhythmus gehoben werden.“ Dazu sollen weitere Produktionsquellen erschlossen, die industrielle und landwirtschaftliche Ausrüstung modernisiert und das private Sparen gefördert werden. Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern soll sich eine fruchtbare Zusammenarbeit entfalten, um das Bestimmungsrecht der Arbeiter zu sichern, das Lebensniveau zu heben und eine berufliche Anpassung zu gewährleisten.

Die UGTT stellt jedoch fest, daß sich die Sektoren der privaten Wirtschaft seit der Unabhängigkeitserklärung Tunesiens sehr viel schneller entfalten konnten, als die Bereiche der öffentlichen Wirtschaft. Sie sieht darin eine Gefahr, die durch die Planung beseitigt werden kann. Mit Hilfe der Gesetzgebung soll scharf gegen Spekulanten und die Ansammlung eines übermäßigen Reichtums durchgegriffen werden.

In dieser Politik wird sie besonders vom tunesischen Staatspräsidenten unterstützt, der in seinen regelmäßigen Ansprachen mehrfach Spekulanten, seien es einzelne oder ganze

<sup>1</sup> UGTT „Rapport d'activité, 8ème Congrès National, 1-2-3 avril 1960“, S. 24.

<sup>2</sup> B. Moncef Guen „La Tunisie indépendante face à son économie“, Tunis 1961. Cercle d'Etudes Economiques mit der Zeitschrift „Aspects et perspectives de l'économie tunisienne“.

<sup>3</sup> Habib Achour „L'UGTT pour la planification, unique moyen rationnel pour l'édification du socialisme“ in La Presse de Tunisie, 17. 6. 1961.

Berufsgruppen, angriff<sup>1</sup>. Darüber hinaus richtet sich der Angriff der UGTT vor allem gegen ausländische Unternehmer. Der gewerkschaftliche Gedanke einer „konzertierenden“ Wirtschaft hat<sup>2</sup> 1961 bei Franzosen und Italienern zur Panik geführt. Sie mußten zusehen, wie die Kader der einheimischen Bevölkerung systematisch an verantwortliche Positionen der tunesischen Wirtschaft herangeführt wurden. Das Gesetz vom 30. 8. 1961<sup>3</sup> verbietet den Ausländern einige Tätigkeiten im Handel und Bankwesen (z. B. als Versicherungsagenten und Vertreter).

Wenn auch die UGTT den öffentlichen Sektor der tunesischen Wirtschaft besonders fördert, so spricht sie sich nicht für eine Unterdrückung oder gar Beseitigung des privaten Sektors aus.

---

<sup>1</sup> Habib Bourguiba „*Pour l'edification de la Tunisie nouvelle*“ (12. 1. 1961); „*Bourguiba s'adresse aux cadres de la nation*“ (6. bis 8. 2. 1961); „*Le Socialisme Néo-Destourien*“ (24. 6. 1961); „*Sous le signe de la Clarté*“ (18. 11. 1961).

<sup>2</sup> Unter „konzentrierter“ Wirtschaft versteht die tunesische Gewerkschaft die von Tunesiern angeleitete Zusammenarbeit inländischer und ausländischer Unternehmen.

<sup>3</sup> *Bulletin de la Chambre de Commerce de Tunis*, 4. Jg. No. 37, September 1961, S. 2 ff.

## MAROKKO

Dem Fünfjahresplan<sup>1</sup> der marokkanischen Regierung hat die marokkanische Gewerkschaft UMT stets lebhaften Widerspruch entgegengehalten<sup>2</sup>. Als 1959 die marokkanische Regierung mit der Ausarbeitung ihres Fünfjahresplanes beschäftigt war, schienen die Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Gewerkschaft noch nicht unüberbrückbar zu sein.

Die Gewerkschaft arbeitete Vorschläge aus, die es erlauben sollten, Kapitalien in Marokko zu investieren. Die UMT beobachtete, daß sich zwar die privaten Ersparnisse zwischen 1952 und 1958 von 65 auf 110 Milliarden alte marokkanische Francs vermehrt, die privaten Investitionen sich in dieser Zeit von 74 Milliarden (1952) auf 30 Milliarden (1957) und 50 Milliarden (1958) vermindert hatten<sup>3</sup>. Bedenklichstes Zeichen war der Geldabfluß, der Marokko in gefährlicher Weise ausbluten ließ. Die UMT hielt jedoch ein einfaches Verbot der Kapitalabwanderung für wenig wirkungsvoll und schlug darum eine Selbstfinanzierung der Betriebe vor, wobei die Reinvestierung des Gewinns durch eine Erweiterung des marokkanischen Binnenmarktes, also mehr mit wirtschaftspolitischen als mit juristischen Maßnahmen angeregt werden sollte.

Juristische Maßnahmen schlug die UMT in einer Planung der Wirtschaft und in einer Bestimmung der wirtschaftspolitischen Schwerpunkte vor. Dabei sollten die Lage des privaten und des öffentlichen Sparwesens und die Mißverhältnisse der traditionellen und der modernen Wirtschaftszweige angeglichen werden. Eine solche Planung hätte natürlich zu einem neuen Stil der marokkanischen Wirtschaft führen müssen. Doch dazu konnte sich die Regierung nicht entschließen.

Eine Planung der marokkanischen Wirtschaft wäre nach Ansicht der UMT nicht ohne Absprache zwischen marokkanischen und französischen Interessenten möglich gewesen. Dabei hätte man die legitimen Ansprüche der französischen Unternehmer zu berücksichtigen, jedoch spekulative Vorhaben zu unterbinden. Die Gewerkschaft machte besondere Vorschläge, wie dem Widerstand spekulierender französischer Unternehmer und der Opposition der französischen Regierung zu entgegnen sei<sup>4</sup>. Doch auch bei einer politischen Kontrolle des Geldtransfers müsse man eine konstruktive Lösung immer nur in der Modernisierung der Wirtschaft und des marokkanischen Marktes suchen.

Als im November 1959 die Vorbereitungen des Fünfjahresplanes zum Abschluß kamen, nahm die UMT noch einmal ausgiebig zu den wirtschaftspolitischen Projekten Marokkos Stellung. Diesmal waren ihre Ratschläge schon von der Unruhe begleitet, die Planungskommission entwerfe den Plan ohne ausreichende wirtschaftspolitische Konzepte<sup>5</sup>. Um

<sup>1</sup> Ministère de l'Economie Nationale „*Plan Quinquennal 1960—1964*“, Rabat 1960; vorbereitet im Ministère de l'Economie Nationale mit den „*Tableaux Economiques du Maroc 1915—1959*“, Rabat o. J. (1960).

<sup>2</sup> UMT „*Les Travailleurs et le Plan*“, Cahiers d'Information Syndicale: Le Développement Economique, No. 1, Casablanca, April 1960. UMT „*L'UMT rejette le Plan gouvernemental*“, Cahiers d'Information Syndicale: Le Développement Economique, No. 2, Casablanca, August 1960. Größere Beiträge über den marokkanischen Wirtschaftsplan erschienen auch in *L'Avant-garde*, Nr. 25 (9. 8. 1959) und Nr. 41 (29. 11. 1959).

<sup>3</sup> Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß unter dem französischen Protektorat ein großer Teil der privaten Investierung nicht im produktiven Sektor erfolgte. Vgl. W. Plum, a. a. O., S. 115 ff.

<sup>4</sup> *L'Avant-garde*, Nr. 25, 9. 8. 1959.

<sup>5</sup> *L'Avant-garde*, Nr. 41, 29. 11. 1959.

vorhandene Arbeitskraft und bestehendes Spargut wirtschaftlich rentabel einzusetzen, sei eine Reform der Landwirtschaft, die die wichtigste Basis der marokkanischen Wirtschaft bildet, unumgänglich. Die UMT forderte eine Nationalisierung der Schlüsselunternehmen in Bergbau, Energiewirtschaft, Transportwesen und Außenhandel. Doch um eine derartige Nationalisierung durchzusetzen, wäre eine Staatsreform Voraussetzung gewesen. Diese wiederum wäre nicht ohne wesentliche Änderung der von der Protektoratsregierung übernommenen Verwaltung möglich. Kurzum, die Vorschläge der marokkanischen Gewerkschaft entsprachen kaum noch den Vorstellungen des Bürgertums und des Adels.

Am 23. November 1959 trug ein Vertreter der UMT auf einer Sitzung des Obersten Planungsrates die Vorschläge der Gewerkschaft vor. Prinzip des Planes sollte nach Meinung der UMT sein:

1. Kampf um die wirtschaftliche Unabhängigkeit: *„Es scheint uns wichtig, daran zu erinnern, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Marokkos Ergebnis eines Werkes von Ausländern und für Ausländer im Rahmen einer direkten politischen Unterdrückung ist. Niemand weiß, wie sich unser Land entwickelt hätte, wenn es frei geblieben wäre, aber die Intervention des Kolonialismus hat gewisse Konsequenzen, die man in zwei Gruppen analysieren kann.“*

Zur ersten Gruppe zählte die UMT den modernen Wirtschaftssektor, wo ausländische Investitionen ohne Rücksicht auf den „Rest des Landes“ vorgenommen werden. So konnten sich diejenigen Produktionszweige am besten entwickeln, in denen Gewinne am leichtesten waren, jedoch nicht diejenigen, die dem Lande von besonderem Nutzen sind. Voraussetzungen zur Begünstigung einzelner Produktionszweige im Interesse einzelner Unternehmer war die enge Verknüpfung des marokkanischen Außenhandels mit der französischen Franc-Zone und die ungehinderte Kapitalbewegung zwischen Frankreich und Marokko.

In der zweiten Gruppe steht die traditionelle Landwirtschaft. Sie verharrte in Autarkie und Stagnation, teils aus wirtschaftlichen Gründen, weil langfristige Kredite fehlten, teils aus politischen Gründen, weil eine Hebung des geistigen Niveaus der Landbevölkerung nicht mit den Prinzipien der ausländischen Unterdrückung in Einklang zu bringen war.

Nach der Befreiung Marokkos hat die Regierung zwar verschiedenes getan, um die Vormachtstellung des ausländischen Kapitals zu brechen. Doch konnten sich die Ausländer auf die einheimischen reaktionären Kräfte stützen, die Stagnation und politische Untätigkeit der Landbevölkerung weiterhin duldeten. Häufig zogen sich Ausländer aus dem von ihnen aufgebauten modernen Sektor der marokkanischen Wirtschaft zurück. Städtische Arbeitslosigkeit und Unterproduktion brachten die marokkanische Regierung in die Verlegenheit, sich wieder den Bedingungen ausländischer Kapitalgeber zu unterwerfen.

Hier könnte nach Meinung der UMT der Fünfjahresplan eingreifen und dem Land eine solche Wirtschaftsstruktur geben, daß darin asoziale Bedingungen des ausländischen Kapitals und einheimischer Reaktionäre unwirksam würden. Voraussetzungen sind dazu: der verhältnismäßig leichte Aufbau einer Grundindustrie, die Rentabilisierung der einheimischen Landwirtschaft, um nicht nur die Bevölkerung ausreichend ernähren zu können, sondern auch um einen großen Beitrag zum Export leisten zu können. Schließlich soll die hohe Zahl der bisher unwirtschaftlich mit Dienstleistungen Beschäftigten in Bereichen tätig werden, die — wie im Fremdenverkehr — nationalökonomisch nützlich sind. Soziale Ziele des Fünfjahresplanes sollen Kampf gegen das Analphabetentum, die Berufsausbildung, Verbesserung der sanitären Lage, insbesondere des Wohnungswesens, und

vor allem die Schaffung von Arbeitsplätzen sowohl im modernen als auch im traditionellen Bereich der marokkanischen Wirtschaft sein.

Grundsätzlich lehnte die UMT einen Wirtschaftsplan ab, der sich nur oder vorwiegend auf ausländische Hilfe stützt. Als Quellen nannte sie private marokkanische Sparguthaben und besonders die überall brachliegende Arbeitskraft. „Diese Arbeitskraft kann für kollektive Investitionen im nationalen, regionalen oder lokalen Interesse mobilisiert werden.“ Die UMT hatte in diesem Teil ihres Planungsvorhabens ausdrücklich bezeugt, daß sie bereit sei, die marokkanische Arbeiterschaft, so wie früher zur nationalen Befreiung, jetzt zum uneigennützigem wirtschaftlichen Aufbau Marokkos aufzurufen.

Mit dieser Initiative hoffte die marokkanische Gewerkschaft, die ausländischen Unternehmer, die in den letzten Jahren Marokko verlassen hatten, doch wieder für die Wirtschaft des Landes interessieren und gewinnen zu können. Außerdem könne nach Ansicht der UMT ausländisches Kapital unvergleichlich weniger gefährlich werden, wenn ihm ein größeres Potential inneren Kapitals gegenüberstünde, das wirtschaftlich produktiv ist.

Die kritischen, der bürgerlichen und feudalistischen Gesellschaft am wenigsten entsprechenden Abschnitte des gewerkschaftlichen Vorschlages sahen eine Staatsreform und Veränderungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur vor. Weitgehende Änderungen wünschte die UMT in der ministeriellen Direktion der Landwirtschaft, der Direktion für öffentliche Arbeiten und der Verwaltung der Innenpolitik, da diese Organisationen im Dienste ausländischer Interessen geschaffen seien und ihre — dafür geeignete Struktur — in dem unabhängigen Marokko noch nicht gewechselt hätten.

Im Erziehungswesen wollte die UMT des Schwergewicht auf Alphabetisierung, moderne Bürgerkunde, technische Bildung und Berufsausbildung legen. Sie sprach sich beim Obersten Planungsrat nicht ausdrücklich gegen eine systematische Arabisierung aus, deutete aber bei anderen Gelegenheiten an, daß die Arabisierung mit den technischen Bedürfnissen Marokkos in Einklang stehen müßte.

Die Reform der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen sollte durch kritische Maßstäbe bei der Vergebung von Krediten, beim Erheben von Steuern, beim Einzug von Zöllen und bei der Kontrolle von Investitionen bewirkt werden. Der Staat soll vor allem Kontrollmöglichkeiten über die Schlüsselpositionen der marokkanischen Wirtschaft gewinnen.

Zur Hebung der Agrarproduktion soll eine landwirtschaftliche Reform durchgeführt werden, die sich auf Bodenreform, Modernisierung der Produktion und Kommerzialisierung der traditionellen Landwirtschaft erstreckt.

Zur Durchführung der Bodenreform schlug die Gewerkschaft vor, alle landwirtschaftlichen Besitz- und Eigentumsverhältnisse — wie auch immer ihre juristische Struktur sei — statistisch zu erfassen. Dann sollen die Ländereien, die durch verschiedene Rechtsformen praktisch Staatseigentum geworden sind (Habus, Guich, beschlagnahmte Domänen, Staatsbesitz usw.), durch ein modernes und vereinfachtes Bodenrecht verwaltet, technisch modernisiert und im Kollektivbesitz (Genossenschaften, Staatsdomänen) bestellt werden. Die zentrale Verwaltung des Staatsbesitzes sollte in eine einzige Hand gelegt werden. Verteilung des Staatsbesitzes an Einzelpersonen sollte nur vorsichtig und bei Berücksichtigung der regionalen landwirtschaftlichen Verhältnisse erfolgen. Die von der öffentlichen Hand verwalteten Ländereien könnten nach Meinung der UMT Modellsektor der modernisierten Landwirtschaft werden<sup>1</sup>. In dem restlichen privaten Sektor der Land-

<sup>1</sup> Dieser Plan wurde seit 1945 mehrfach gefaßt, hatte im allgemeinen jedoch nur geringe Erfolge.

wirtschaft sollten wenigstens vereinzelte Ansätze zum Genossenschaftswesen gemacht werden, wobei in weiterer Sicht ein generelles System der Kooperativen einzusetzen wäre.

Um die Herstellungsbedingungen zu verbessern, müsse der Staat den Genossenschaften für die Modernisierung Kredite einräumen. Ein Teil der Erzeugnisse sollte vom Staat zu festen Preisen aufgekauft werden. Unter den einheimischen Bauern wäre ein kaufmännischer Sinn zu entfalten, um sie von der primitiven Hauswirtschaft in eine moderne Marktwirtschaft einführen zu können. Doch auch hier hätte der Staat darüber zu wachen, daß nicht durch den Eingriff zu vieler Zwischenhändler den Bauern ein großer Teil des Gewinnes verlorengelange.

Diese Aufgabe kann nur gemeistert werden, wenn größere Mittel zur Erziehung der ländlichen Bevölkerung eingesetzt werden.

Im Frühjahr 1960 nahm die UMT noch einmal Stellung<sup>1</sup> zu den Planungsvorhaben der Regierung. Sie warnte dringend vor einem liberalen Wirtschaftssystem, da dem rapiden Bevölkerungszuwachs Marokkos nur mit einer straffen Planung der Produktion und der Investition entsprochen werden kann.

Wenige Wochen vor Veröffentlichung des Fünfjahresplanes<sup>2</sup> nahm die UMT schließlich eindeutig Stellung gegen den Regierungsplan<sup>3</sup>. Die Gewerkschaft vermißte darin eine klare Beschreibung der wirtschaftlichen Bedürfnisse, der anzustrebenden Ziele und der finanzpolitischen Voraussicht. Sie klagte darüber, daß die verschiedenen Abschnitte des Planes mit unterschiedlichen Methoden ausgearbeitet worden seien, so daß sie untereinander keine Vergleichsmöglichkeiten bieten<sup>4</sup>.

Dem Erziehungswesen, nach Meinung der UMT eine der wichtigsten Aufgaben im Fünfjahresplan, wird nur eine bescheidene Studie gewidmet. Es fehlt dabei die Koordinierung der pädagogischen und der wirtschaftlichen Pläne. Die Agrarreform beschränkt sich auf Ziele, die von zweifelhaftem Nutzen für die Landarbeiter und die Hebung der Produktivität sind. Die industrielle Entwicklung wird in dem Regierungsplan weiterhin von privater Initiative und von ausländischen Impulsen abhängig bleiben.

Die UMT beklagt insbesondere, daß der Jugend, die 50 Prozent der Bevölkerung stellt, in dem Plan zu wenig Unterstützung und Förderung in Aussicht gestellt wird. Dem Genossenschaftswesen wird in dem Plan keine wesentliche Bedeutung zugemessen. Dem Gesundheitswesen werden in dem „Fünfjahresplan“ fünf Zeilen gewidmet, die keinerlei Perspektiven haben. Über die Verteilung des Reichtums heißt es nur in einer Zeile<sup>5</sup>: „Der Staat wird den Latifundienbesitz begrenzen.“

Seit der Verkündung des Planes führt die UMT einen heftigen Kampf gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Im Laufe der Zeit gaben es beide Teile auf, sachliche Argumente gegenüberzustellen. Statt dessen erschöpfte man sich in persönlichen Diffamierungen und in der Aufdeckung von Skandalaffären. Als Kraftprobe zwischen Regierung und Gewerkschaft erwies sich insbesondere die Veröffentlichung des „Safi-Skan-

<sup>1</sup> UMT „*Les travailleurs et le Plan*“, Cahiers d'Information Syndicale, No. 1, Casablanca, April 1960.

<sup>2</sup> Gesetz vom 17. 11. 1960.

<sup>3</sup> UMT „*L'UMT rejette le Plan gouvernemental*“, Cahiers d'Information Syndicale: Le Développement Economique, No. 2, Casablanca, August 1960. Vgl. auch *L'Avant-garde*, Nr. 180, 4. 8. 1962, S. 3.

<sup>4</sup> Tatsächlich kann man bei der Lektüre des umfangreichen „Fünfjahresplanes“ (401 Seiten) den Eindruck gewinnen, daß die verschiedenen Studienkommissionen und Arbeitsgruppen mit sehr unterschiedlichen Absichten und Vorstellungen die einzelnen Abschnitte des Planes redigiert haben. So sind z. B. für die Textilindustrie klare Darstellungen über Wachstumshypothesen, Ziele, Realisierungsmöglichkeiten innerhalb festgesetzter Zeitspannen und Investierungsvorhaben gegeben. Auf anderen Gebieten, z. B. in der Landwirtschaft, verliert sich die dafür zuständige Kommission in mehr oder weniger verbindliche Vorschläge und Meditationen.

<sup>5</sup> Ministère de l'Economie Nationale „*Plan Quinquennal 1960—1964*“, Rabat 1960, S. 91.

dals“<sup>1</sup> in der Gewerkschaftspresse. Diese Publikationen und die ihnen folgenden Prozesse gegen *L'Avant-garde* waren zuletzt nur noch Ausdruck einer unfruchtbaren und ausweglosen politischen Spannung zwischen Regierung und Opposition. Die Vorgänge sind deshalb besonders beachtenswert, weil die Gegner einander mangelndes Nationalbewußtsein vorwarfen.

<sup>1</sup> Seit 1958 beabsichtigt die Regierung, zur Weiterverarbeitung der marokkanischen Phosphate ein Industriekombinat in Safi zu errichten. Bei der Auswahl der am Aufbau beteiligten Firmen soll es zu Unregelmäßigkeiten gekommen sein. Ohne die öffentlichen Ausschreibungen des Safi-Projektes zu berücksichtigen, hatten der marokkanische Wirtschaftsminister M'Hamed Douiri, vier weitere Mitglieder der *Istiqlal* und der deutsche Börsenmakler Steinraths beschlossen, den Auftrag nicht — wie zunächst vorgesehen — als Einheit zu erteilen, sondern ihn unter den Firmen *Lurgi*, Frankfurt/M., (Auftragswert 80 Mill. DM), *Dorr-Oliver*, Stamford/Connecticut, (Auftragswert 30 bis 40 Mill. DM) und *Krebs*, Neuilly-sur-Seine, (Auftragswert 24 Mill. DM) zu verteilen. Der Börsenmakler stellte dabei den Firmen die Bedingung, daß er und fünf marokkanische Persönlichkeiten insgesamt 1,5 Prozent des Auftragswertes zur Deckung ihrer Unkosten erhielten. 10 Prozent des Auftragswertes sollten auf ein ausländisches Konto der *Istiqlal* überwiesen werden, um den Kampf dieser Partei gegen die marokkanische Gewerkschaft zu unterstützen. Am 7. Oktober 1961 veröffentlichte *L'Avant-garde* die Photokopie eines Briefes des Vizepräsidenten der amerikanischen *Dorr-Oliver*, in dem der deutschen *Lurgi*-Gesellschaft die Bereitschaft zur Bestechung vorgeworfen wird. (Siehe: *L'Avant-garde*, 13. 5.—19. 8. 61; 7. 10.—28. 10. 61; 9. 12. 61—20. 1. 62; *Handelsblatt*, 12. 5. 61.)



## ALGERIEN

Solange die Leitung der algerischen Gewerkschaft UGTA im Exil war, hatten die nationalpolitischen Auseinandersetzungen mit Frankreich Vorrang vor wirtschaftspolitischen Aufgaben. Die UGTA beschäftigte sich darum zunächst nur in den Studienkommissionen ihres *Cercle Ouvrier* mit wirtschaftspolitischen Problemen, die sich künftig in Algerien stellen können. Ihre Überlegungen<sup>1</sup> gehen von französischen Definitionen<sup>2</sup> der Unterentwicklung aus.

Die UGTA sah sich vor die Entscheidung gestellt, zwischen einer rein inneren Entwicklung Algeriens und einer Entwicklung mit gewisser ausländischer Hilfe wählen zu müssen. Sie betrachtet die Verfügung über Kapital, auch ausländisches, als eine dringende, aber nicht hauptsächliche Voraussetzung zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Für wichtiger hält sie eine Intensivierung der Erziehungspolitik und die richtige Verwertung der einheimischen Arbeitskraft.

Wirtschaftliche Investierung zum Ausbau von Industrie, Handel und Landwirtschaft ist für sie ebenso bedeutend wie soziale Investitionen zur Hebung des Lebensstandards. Beide sollen gleichzeitig und gleichmäßig eingesetzt werden.

Wirtschaftliche Investitionen sollen in erster Linie der Landwirtschaft, in zweiter Linie der Industrie zugute kommen. Dort, wo neue Industriezweige oder Betriebe zu errichten sind, soll das ohne kurzschlüssige Blicke auf das Überangebot des Arbeitsmarktes nach den modernsten und rationellsten Methoden geschehen, selbst wenn dabei Arbeitskräfte eingespart werden. Die Industrialisierung soll nicht über Gebühr das Defizit im Außenhandel erhöhen.

Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung Algeriens ist nach Meinung der Gewerkschaft eine Planung, die besonders für die Landwirtschaft gilt. Eine Agrarreform kann nach chinesischem oder nach indischem Vorbild durchgeführt werden. Eine friedliche Agrarreform ist teuer und langwierig. Eine gewaltsame Reform kann andererseits ebenfalls das Staatsbudget belasten, da der Staat nun auch die unrentablen Unternehmungen zu tragen hat. Er ist dabei von ernststen inflationistischen Gefahren bedroht. *„In Algerien haben die Bauern eine Leidenschaft: Boden zu besitzen, dem sie sich ganz widmen und von dem sie alles erwarten. Der Grundbesitz ist ihr höchster Gedanke, ihre tiefste Hoffnung. Ihnen das verweigern, heißt, nicht in der Lage zu sein, ihre elementarsten Bedürfnisse zu erfüllen“*<sup>3</sup>.

Die Größe des Grundbesitzes kann der Kapazität und dem Bedürfnis des besitzenden Bauern entsprechend begrenzt werden. Dabei sollen Bodenbeschaffenheit und Bewässerungsmöglichkeiten berücksichtigt werden. Die Zahl der Grundbesitzer soll möglichst groß

<sup>1</sup> UGTA *„Promotion Economique de l'Algérie“*, hektographierte Skizze, herausgegeben vom *Cercle Ouvrier*, o. O. o. J. (Tunis, 1961).

<sup>2</sup> Nach Thesen von Alfred Sauvy und Georges Balandier, insbesondere nach Claude Lévy *„Les critères du sous-développement“* in: Georges Balandier *„Le 'Tiers Monde', Sous-développement et développement“*, Paris 1956, S. 137 ff.

<sup>3</sup> UGTA, a. a. O., S. 3. Weniger realistisch behauptet demgegenüber Francis Jeanson in seinem Buch *„La révolution algérienne; problèmes et perspectives“*, Mailand 1962, S. 64: *„Das tiefe Bedürfnis eines jeden Fellachen ist zweifelsohne nicht so sehr der Besitz seines Bodens als die Sicherung seines Arbeitsplatzes, indem er für die Gemeinschaft arbeitet.“*

sein, um eine intensive Produktion der Landwirtschaft zu gewährleisten. Wer ausreichend Grundbesitz hat, soll daran gehindert werden, weitere Ländereien zu erwerben.

Bei der Landverteilung sollen Soldaten der ALN, Witwen und Kriegswaisen besonders berücksichtigt werden.

Die Landbevölkerung könnte möglichst frühzeitig soziale Gruppen und Genossenschaften — wenn auch zunächst in loser Form — bilden, um eine rationelle und moderne Bewirtschaftung des Bodens zu erwirken. Jede Art des Genossenschaftswesens (Einkaufs-, Maschinen-, Verkaufs- und Kreditgenossenschaft) soll gefördert werden. Dabei will die Gewerkschaft großen Wert auf das Bildungswesen und die berufliche Ausbildung der Landbevölkerung legen. Bei der Förderung des Genossenschaftswesens und des Bildungswesens werden *Animateurs* und Dorflehrer eine wichtige Rolle spielen.

Bei der Agrarreform geht die UGTA von der These aus: „Eine gute Theorie hat keine für alle Gelegenheiten gültige Formel. Man muß in jedem einzelnen Fall die jeweils beste Lösung finden<sup>1</sup>.“ Je nach den Umständen können in der Reform verschiedene Formen des Grundbesitzes entwickelt werden:

1. Der kleine Privatbesitz, ausreichend für die Beschäftigung einer Familie;
2. Privatbesitz, mit nachbarschaftlicher Hilfe bestellt;
3. Privatbesitz und individuelle Bewirtschaftung, angeschlossen an Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften;
4. Privatbesitz und individuelle Bewirtschaftung mit Zuhilfenahme von Maschinenausleihstationen;
5. Kollektivbesitz, in den Boden und Kapital der einzelnen Bauern eingebracht werden;
6. Staats- und Gemeindefarmen als Musterbetriebe. Sie müssen allerdings in der Lage sein, die unmittelbaren Bedürfnisse der Landbevölkerung zu berücksichtigen.

Die traditionelle Landwirtschaft Algeriens soll sich unbedingt von der Monokultur des Getreideanbaus befreien und zum Anbau von Industriekulturen (Baumwolle, Zuckerrüben usw.) übergehen. Das so gehobene landwirtschaftliche Ausfuhrvolumen könnte die Einfuhr industrieller Ausrüstungen mitdecken.

Die Planung der landwirtschaftlichen Produktion soll sich, in Kenntnis der objektiven Produktionsbedingungen und des Charakters der Landbevölkerung, auf Ziele und Normen der Produktion erstrecken. Unbedingte Voraussetzung des Planungsvorhabens ist die Mitarbeit der Bevölkerung. Die neu zu errichtende Planungsbehörde soll dezentralisiert sein, um die Gegebenheiten leichter zu erkennen und bessere Kontrollen bei der Durchführung des Planes zu haben. Die Planungsbehörden sollen jedoch nicht mit der Überprüfung der kleinsten Produktionseinheiten belastet werden. Ebenso sollen örtliche Planungskomitees der Bevölkerung über den Rahmen der unteren Produktionseinheiten hinausreichen. In den Landgemeinden soll möglichst die gleiche politische Gliederung wie in der Phase der „nationalen“ Revolution beibehalten werden, da sich die Verfassung der FLN im dörflichen Bereich gut bewährte. Wenn den Dorfgemeinschaften beratende Fachkräfte zur Seite stehen, sollen diese ihrerseits keine politische Verantwortung tragen dürfen.

In der Industrie müßten zuerst die Sektoren gefördert werden, die Energie erzeugen. Erst wenn ausreichende und billige Energie zur Verfügung steht, können Grundindustrie

<sup>1</sup> „Le Développement de l'Agriculture Algérienne par la Réform Agraire“ in: „L'ouvrier algérien“, Nouv. Série, Nr. 30, Dezember 1961, S. 4 ff. In diesem Aufsatz faßt die UGTA ihre wichtigsten Thesen zur Agrarreform zusammen. Die gleichen Thesen vertrat 1962 die Frankreich-Föderation der FLN in ihrer Broschüre „Projet de programme présenté par la Fédération de France au CNRA“.

und weiterverarbeitende Industrie aufgebaut werden. Große Bedeutung wird dem Aufbau der chemischen Grundindustrie, gestützt u. a. auf die Erdgas- und Erdölfunde der Sahara und auf den Anbau von Spartgras, zugesprochen<sup>1</sup>. Die Wahl der zu fördernden Industriezweige muß einer Planungsinstanz überlassen bleiben.

Zur Vorbereitung der algerischen Wirtschaftsplanung schlägt die UGTA vor, zunächst eine umfassende Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Gegebenheiten zu machen. Die UGTA ist sich noch nicht schlüssig, wie weit bei der Durchführung eines Planes freiwilliges Sparen und Zwangssparen zur Mitfinanzierung herangezogen werden können. Wichtigste Voraussetzung einer wirtschaftlichen Entwicklung Algeriens sind nicht Rohstoffquellen und Kapital, sondern der Bildungsstand der Bevölkerung. Die UGTA beruft sich dabei auf die Beispiele in der Schweiz, in Japan und in Italien<sup>2</sup>.

Ebenso wie die FLN schenkt auch die UGTA den jüngsten Petroleumfunden in Algerien große Aufmerksamkeit<sup>3</sup>. Die UGTA hält den Einfluß privater ausländischer Erdölgesellschaften für geringer als ihr Investitionsanteil vermuten läßt. Für größer — und gefährlicher — schätzt sie den Einfluß des französischen Staates und der großen französischen Banken. Die Gewerkschaft sieht mit Recht in der Erschließung der Erdölquellen selbst nur eine begrenzte Möglichkeit der Arbeitsplatzbeschaffung<sup>4</sup>. Sie beklagt die schroffen Unterschiede im Lebensstandard der verschiedenen sozialen Klassen (Europäer, Nordalgerier, Oasenbewohner, Nomaden), die gegenwärtig in der Erdölwirtschaft der Sahara eingesetzt sind. Vor allem vermißt sie eine Berufsausbildung der jugendlichen Hilfsarbeiter. In der Weiterverarbeitung des Erdöls (Raffinerien, chemische Industrie usw.) erblickt die algerische Gewerkschaft nur eine bescheidene Möglichkeit, den Arbeitsmarkt zu entlasten.

Die UGTA spricht dem algerischen Erdöl eine begrenzte politische Möglichkeit zu. Die Petroleumfunde stärken zwar einerseits den französischen Imperialismus, geben aber andererseits dem algerischen Volk eine günstige Gelegenheit zur wirtschaftlichen Emanzipation. Unter diesen Umständen „ist das Erdöl der Sahara politisch neutral“<sup>5</sup>. Sozialpolitisch hat das Erdöl der Sahara den Nachteil, einen Teil der in Frankreich tätigen algerischen Bergarbeiter arbeitslos zu machen. Sein direkter Einfluß auf dem Arbeitsmarkt ist gering, doch bieten die Petroleumfunde indirekt der Industrie in Algier, Oran und Bône neue Aufstiegsmöglichkeiten. Gleichzeitig kann mit den neuen Energiequellen der Lebensstandard der Landbevölkerung (durch Traktoren, Motorpumpen, Öllampen, Flaschengas usw.) gehoben werden.

In ferner Zukunft sieht die UGTA allerdings noch zwei weitere sozialpolitische Gefahren. Die Erdölgesellschaften können durch paternalistische Betriebsfürsorge das Standesbewußtsein der Arbeiterklasse trüben. Die verhältnismäßig hohen Löhne in der Erdölwirtschaft drohen die Arbeiterschaft in Arbeiteraristokratie und Lumpenproletariat zu spalten. Gerade in dem Arbeitermilieu dieses neuen Wirtschaftszweiges zeigt man sich leicht anfällig für „Reformismus, Korporatismus, gelbe Gewerkschaften oder Syndikate der Führungskräfte“.

<sup>1</sup> „La promotion économique et sociale de l'Algérie“ in: „L'ouvrier algérien“, Nouv. Série, Nr. 32, Februar 1962, S. 4 ff.

<sup>2</sup> Die GPRA der FLN hatte allerdings geringeres Interesse für das Bildungswesen, als beispielsweise für die Ausbeutung der Rohstoffquellen gezeigt. Während sich die politischen Führer der FLN im Juli 1962 untereinander bekämpften und dabei ihre staatspolitischen Aufgaben versäumten, kümmerte sich die UGTA in Verhandlungen mit französischen Lehrgewerkschaften um die Sicherung des algerischen Schulwesens.

<sup>3</sup> ULTA „Pétrole et Gaz Sahariens“, hektographierte Skizze, herausgegeben vom Cercle Ouvrier, Tunis 1960.

<sup>4</sup> UGTA, a. a. O., S. 5.

<sup>5</sup> UGTA, a. a. O., S. 7.

Auf-  
der  
nden

chst  
Die  
Frei-  
nen.  
Loh-  
eruft

rien  
döl-  
und  
ran-  
döl-  
lagt  
uro-  
chaft  
chen  
strie  
eits-

Die  
aber  
nzi-  
zial-  
igen  
eits-  
gier,  
rgie-  
pen,

ren.  
des-  
döl-  
t zu  
sich  
*kate*

r. 32,

ir die  
inter-  
GTA  
esens.  
Tunis

## SOZIAL- UND INNENPOLITIK





## TUNESIEN

Als erste autonome Gewerkschaft Nordafrikas erhielt die UGTT am 10. Januar 1959 alle gewerkschaftlichen Rechte. Einige Fachverbände, so die der Staatsbeamten<sup>1</sup> und der Landarbeiter<sup>2</sup>, hatten bereits 1956 juristische Garantien erhalten.

Das Verhältnis zwischen Gewerkschaft und Regierung ist ebenso einfach wie schwierig zu definieren. Die UGTT ist weder eine Staatsgewerkschaft wie zum Beispiel die CNTG in Guinea noch steht sie in Opposition wie die UMT in Marokko. Unabhängig von der tunesischen Regierung, arbeitet sie doch frei mit ihr zusammen<sup>3</sup>. Wenn die UGTT gelegentlich Positionen bezieht, die nicht mit denen anderer afrikanischer Gewerkschaften in Einklang zu bringen sind, so geschieht das offensichtlich nicht unter dem Einfluß der tunesischen Regierung, sondern aus eigenen Entschlüssen. Zweifelsohne ist sie in der Sozialpolitik weniger kampflustig als manche andere Gewerkschaft.

Sozialpolitisch wichtigstes Ziel der UGTT ist die Vollbeschäftigung der tunesischen Arbeitskräfte. Hierin wird sie von einem eigenwilligen Unternehmen des Staatssekretariats für Planung und Finanzen unterstützt, den „Arbeitslagern“<sup>4</sup>. Die ersten Arbeitslager wurden noch unter französischem Protektorat mit dem Titel „*Chantiers ouverts au titre de l'assistance aux chômeurs*“ vom Sozialministerium eröffnet. 1955 hatten sich 335 000 Arbeitslose um einen Platz in diesen Lagern bemüht. Alle Arbeitslosen zu erfassen, war unmöglich. So wurde die Belegschaft alle zehn Tage gewechselt.

Am 1. April 1958 gewannen die Arbeitslager einen neuen Charakter. Seitdem geht es nicht mehr allein darum, Arbeitslosen sozialfürsorgerisch zu helfen, sondern brachliegende Arbeitskräfte für die wirtschaftliche Entwicklung Tunesiens einzusetzen. Die Lager änderten ihre Bezeichnung: „*Chantiers de la lutte contre le sous-développement*“. Die Leitung der Lager wurde nun in die Hände der Planungsbehörden gelegt. Die Organisation der Lager wird von einem Komitee betreut, in dem Vertreter der interessierten Ministerien, einiger nationaler Organisationen und der Gewerkschaft zusammenarbeiten.

1961 waren 180 000 ehemalige Arbeitslose zur Bekämpfung von Erosionen, zur Anlage von Dränagen, zur Bewaldung, zum Straßen- und Brunnenbau eingesetzt worden. Zur Finanzierung dieser Unternehmen stellte die Regierung 1961 12,5 Mill. Dinar und aus amerikanischen Spenden große Getreidemengen zur Verfügung<sup>5</sup>.

Die Behebung der Arbeitslosigkeit will die tunesische Gewerkschaft möglichst nur mit solchen sozialpolitischen Maßnahmen durchführen, die auch wirtschaftspolitisch nützlich sind. Weitere Unternehmen, die eine spätere Vollbeschäftigung der tunesischen Bevölkerung zum Ziele haben, sind die Ablösung ausländischer Kräfte aus der Verwaltung und aus dem Eisenbahnwesen. Kurz nach der Unabhängigkeitserklärung schloß die Regierung französische Gesellschaften aus dem tunesischen Eisenbahnwesen aus<sup>6</sup>. Das hatte zur Folge, daß die Zahl der ausländischen Bahnangestellten von 4500 im Jahre 1956 auf 30 im Jahre 1959 reduziert werden konnte. 1961 blieben nur noch einige französische

<sup>1</sup> Dekret vom 15. 11. 1956.

<sup>2</sup> Dekret vom 30. 4. 1956.

<sup>3</sup> Vgl. Gabriel Ardant, „*La Tunisie d'aujourd'hui et de demain*“, Paris 1961, S. 31.

<sup>4</sup> Secrétariat d'Etat à l'Information „*Les Chantiers de Travail*“, Tunis 1961.

<sup>5</sup> Habib Bourguiba „*Sous le signe de la Clarté*“, Tunis, 18. 11. 1961, S. 39 f.

<sup>6</sup> Gesetz vom 27. 12. 1956.

Ingenieure im Dienst der tunesischen Eisenbahn. Durch den Ausfall hoher Lohnansprüche konnte das bisher hohe Defizit der Eisenbahn gemindert werden. Eine ähnliche Politik der Ablösung ausländischer Arbeitskräfte wird seit 1961 konzentriert in der Verwaltung verfolgt.

Die Gewerkschaft fordert noch weitere Maßnahmen durch die Nationalisierung der Schlüsselindustrie, durch die Schaffung kleiner Betriebe der weiterverarbeitenden Industrie, die teils von privaten Unternehmern, teils in Mitbestimmung der Arbeiter geleitet werden sollen. Überdies will die UGTT die Produktionsgenossenschaften der Arbeiter weiter ausdehnen und Staatsdomänen an Bauern verteilen lassen.

Mit diesen Maßnahmen konnte 1960 eine Zunahme der Arbeitslosigkeit vermieden werden, die durch die Entlassung von 5000 Arbeitern aus unrentabel gewordenen Bleibergwerken und aus stillgelegten französischen Betrieben zu befürchten war.

Trotz zahlreicher und konstruktiver Maßnahmen rückt das Ziel der Vollbeschäftigung in immer weitere Ferne. Der Druck der rapide zunehmenden Bevölkerungszahl wird von Jahr zu Jahr größer. So schnell können selbst bei den besten sozial- und wirtschaftspolitischen Reformen nicht neue Arbeitsplätze beschafft werden, wie die Zahl der in die Arbeitswelt nachdrängenden Jugendlichen fordert.

Eine Sozialgesetzgebung fehlte unter dem französischen Protektorat zunächst fast völlig. Erst der Einfluß der französischen Volksfrontregierung schuf auf diesem Gebiet einige Abhilfen. Aber nur die Beschäftigten, nicht die Arbeitslosen, konnten davon profitieren. Die neue Sozialgesetzgebung Tunesiens mußte darum nicht nur intensiviert, sondern auch extensiviert werden.

Um eine möglichst extensive Sozialpolitik betreiben zu können, gab es 1959 drei damit beauftragte Dienststellen im Sozialministerium. Die erste untersuchte die allgemeinen Bedingungen der Arbeitsplatzbeschaffung. Sie unterstützte die gewerkschaftliche Aktivität, die Arbeitsgerichtsbarkeit und die internationalen Beziehungen. Die zweite kontrollierte den Arbeitsmarkt, die psychotechnische Auswahl der Arbeiter, die Berufsausbildung und die Zuwanderung fremder Arbeitskräfte. Die dritte Dienststelle kontrollierte die Familienzulagen, Arbeitsschutzmaßnahmen und überprüfte die Arbeitsunfälle.

Außerhalb der Aufsicht des Sozialministeriums standen vier weitere Dienststellen der Arbeitsinspektoren: 1. für Handel, Industrie und freie Berufe, 2. für die Landwirtschaft, 3. für die Arbeitsmedizin, 4. für Arbeitsschutz und Versicherung.

Die Behandlung von Unfällen und Berufskrankheiten wurde in einem Gesetz vom 11. 12. 1957, die Arbeitsmedizin in mehreren Gesetzen und Verordnungen<sup>1</sup> geregelt. Bestimmungen über die Landarbeit machte ein Dekret vom 14. 3. 1957.

Die Gewerkschaft vermißt noch Arbeitsämter in den einzelnen Gouvernoraten. Die Zahl der Arbeitsinspektoren ist ihr zu gering. Die Stellung der Arbeitsgerichte müßte noch revidiert werden.

Wenn auch die Arbeitslosigkeit zwischen 1955 und 1961 von 400 000 auf 150 000 reduziert werden konnte<sup>2</sup>, so sank doch die Kaufkraft erheblich, da seit dem 1. 9. 1955 die Löhne unverändert blieben, während die Preise zwischen 1955 und 1960 um 11 Prozent stiegen. Häufig zeigt sich die tunesische Arbeiterschaft mit der Politik der UGTT unzufrieden, weil die Gewerkschaft an den Lohnbestimmungen von 1955 festhalten will und nur durch staatlich oder genossenschaftlich beeinflusste Mustergeschäfte den Preiserhöhungen Einhalt gebieten möchte. Kritik gegenüber dieser Politik begegnet sie mit dem Argument, es sei dringender, den allgemeinen Lebensstandard durch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, als durch Anheben der Löhne zu verbessern. Bei ange-

<sup>1</sup> Gesetz vom 9. 1. 1959, Dekret vom 20. 9. 1955, Dekret vom 25. 10. 1956.

<sup>2</sup> Nach Angaben der UGTT.

hobenen Löhnen müßten die Beschäftigten zusätzliche Lasten für die arbeitslosen Familienangehörigen tragen.

Der Regierungspolitik<sup>1</sup> des sozialen Wohnungsbaus stimmt die UGTT vorbehaltlos zu, zumal da seit 1959 anfängliche Schwierigkeiten<sup>2</sup> überwunden wurden. Die Sozialversicherung wird zwar bei Arbeitsunfällen, noch nicht jedoch bei Krankheiten, Schwangerschaften und Todesfällen gewährt.

Während das allgemeine Erziehungswesen und die öffentliche Gesundheit im Rahmen des Möglichen von Planungsgesetzen geregelt ist, bleibt für die Berufsausbildung noch eine gefährliche Lücke offen. Die Frauenemanzipation hat sich, wenn auch noch nicht überall gewerkschaftlich<sup>3</sup>, so doch juristisch<sup>4</sup> durchgesetzt. Die soziale Lage der Kinder wurde mit ersten Maßnahmen in den *Centres d'enfants Bourguiba*<sup>5</sup> verbessert.

Ansätze zur Pflege von Freizeit und Erholung der Arbeiter machte die UGTT mit der Einrichtung von „Genossenschaften des Volkstourismus und der Freizeit“ in Amilcar, Sfax, Hammamet, Raouad, Djerba und einem Erholungsheim für Bergarbeiter.

<sup>1</sup> Gesetz vom 19. 6. 1959.

<sup>2</sup> Vgl. Tabelle XIX in: „*Annuaire Statistique de la Tunisie, 11ème Vol. 1959*“, Tunis 1961, S. 102.

<sup>3</sup> Attilio Gaudio „*La révolution des femmes en Islam*“, Paris 1957, S. 208 ff.

<sup>4</sup> Gesetz vom 17. 8. 1956.

<sup>5</sup> Secrétariat d'Etat à l'Information „*Centres d'enfants Bourguiba*“, Tunis 1961.



## MAROKKO

In Marokko konnte die „nationale“ Revolution überraschend schnell durchgeführt und gewonnen werden. Mitte 1955 gewannen Beobachter der marokkanischen Revolution sogar den Eindruck, die Arbeiterschaft könne als einzige organisierte innenpolitische Macht das Geschick des künftig unabhängigen Landes bestimmen. Doch blieb die „soziale“ Revolution aus. Das hat verschiedene Gründe; einer berührt die Arbeiterschaft und die Gewerkschaft direkt. Arbeiterschaft und linker Flügel des Bürgertums verfügen kaum über einen Kader technischer Fachkräfte<sup>1</sup>. Unter diesem Mangel werden die politischen Pläne der UMT noch lange zu leiden haben. Auch ist die marokkanische Erziehungspolitik wenig geeignet, nach demokratischen Prinzipien künftige Kader der marokkanischen Wirtschaft und Politik auszulesen und vorzubereiten<sup>2</sup>.

Da Marokko noch nicht seine Physiognomie gefunden hat, fällt es der Gewerkschaft schwer, Politik, Wirtschaft und Sozialwesen voneinander zu trennen. Die UMT lehnt es unter diesen Umständen ab, eine vorgefaßte Ideologie zu haben. Sie nähert sich zwar je nach den Umständen politischen Parteien, anfangs der *Istiqlal*, später der UNFP, doch schließt sie sich keiner Partei an. Überdies gibt es in Marokko keine ausgesprochene Arbeiterpartei.

Die UMT konzentriert ihre Sozialpolitik auf die Verbesserung der Lebensbedingungen für die arbeitende Bevölkerung. Diese Verbesserung sucht sie allerdings nicht nur in der Hebung der Löhne, sondern vor allem in der Steigerung des Nationalproduktes. Ihr dringendstes Ziel ist darum die Produktionserhöhung. Sie unterstützt eine Mechanisierung der Produktion, selbst wenn dabei vorübergehend Arbeitskräfte brachgelegt werden.

Dieser Entschluß ist für eine Gewerkschaft, die in ihrem Land 200 000 Arbeitslose, 3,2 Millionen Unterbeschäftigte und 220 000 jährlich neu auf dem Arbeitsmarkt Auftretende zählt, schwerwiegend. Die Zahl der Arbeitslosen wird bis 1965 voraussichtlich noch erheblich anwachsen<sup>3</sup>.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schlägt die UMT die Beschlagnahmung der Lati-fundien, die Verteilung dieser Ländereien ebenso wie die Habus-, Guich- und Staatsdomänen an landsuchende Bauern vor. Gleichzeitig sollen Einrichtung von Genossenschaften, die Nationalisierung der Schlüsselindustrie, des Außenhandels, des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten und des Kreditwesens gefördert werden. Weiterhin soll ein wirkungsvolleres Programm des Schulwesens, der Berufsausbildung und der Erwachsenenbildung aufgestellt werden. Eine neue Grundindustrie soll unter Berücksichtigung der maghrebinischen Gegebenheiten aufgebaut werden. Produktionsgenossenschaften der Arbeiter müßten im weitesten Maße gefördert werden<sup>4</sup>.

Die marokkanische Sozialversicherung ist noch wenig entwickelt. Nur 225 000 Arbeiter können Familienzulagen, Krankenversicherung, Altersversicherung usw. in Anspruch

<sup>1</sup> In privatem Kreis erklärte ein Führer der marokkanischen Gewerkschaft: „Zur Durchführung der sozialen Revolution benötigen wir 24 Stunden, zur Vorbereitung der Revolution aber 30 Jahre.“

<sup>2</sup> Vgl. hierzu den öffentlichen Brief Charles-André Julien' an einen marokkanischen Freund, Paris, 1. 11. 1960.

<sup>3</sup> Ministère de l'Economie Nationale „Plan Quinquennal 1960—1964“, Rabat 1960, S. 54.

<sup>4</sup> *L'Avant-garde*, Nr. 78, 13. 8. 1960, S. 6 f.

nehmen. Die Landarbeiter genießen fast gar keine Sozialversicherung. Die Auslegung der Schutzbestimmung ist in vielen Fällen dem Unternehmer überlassen. Nicht berücksichtigt werden von den Versicherungen Arzneykosten und Rückfälle in die Arbeitslosigkeit.

Vor dem schwierigsten sozialpolitischen Problem steht die Gewerkschaft in der Landwirtschaft. In diesem Bereich ist ihr Einfluß gering, da sich die traditionelle Agrarstruktur zwar der interfamiliären Solidarität, nicht aber der gewerkschaftlichen Sozialpolitik erschließt. Es fällt der UMT darum schwer, Vorschläge, die die Verfassung des Khammesats<sup>1</sup> ändern sollen, zu verwirklichen. Wenn auch diese archaische Form der Lohnverhältnisse allmählich zurückgeht, so ist immer noch fast die Hälfte der ländlichen Bevölkerung in diesem sklavenähnlichen Zustand. Die Lage der freien Landarbeiter und der Fellachen ist zwar etwas besser als die der Khamses, doch erreichen auch sie bei weitem noch nicht das Einkommen der städtischen Bevölkerung, das im Durchschnitt doppelt so hoch ist wie in der Landwirtschaft.

\*

Die ersten und bisher letzten statistischen Erhebungen über die berufstätige Bevölkerung Marokkos wurden 1951 durchgeführt<sup>2</sup>. Wenn auch der größte Teil der aktiven Bevölkerung in der Landwirtschaft und im Handwerk tätig ist, so hat die Gewerkschaftspolitik auf diese Bevölkerungsgruppe nur geringe Einwirkungen. Die stärksten Positionen hat die UMT in der Beamtschaft, im Bergbau, im Transportwesen, in der Lebensmittelindustrie und in der Fischerei.

Die gewerkschaftliche Aktivität der marokkanischen Fischer ist beachtenswert, weil in vielen anderen Ländern die Mitglieder dieser traditionellen Berufsgruppe zwar leicht genossenschaftlich, selten aber gewerkschaftlich organisiert sind. Die Fischer Marokkos bilden deshalb eine Ausnahme, weil ihr Berufszweig in Marokko verhältnismäßig jung und von Anfang an modern war. 1926 wurden 1800, 1953 über 8000 Hochseefischer gezählt<sup>3</sup>.

Alljährlich fangen marokkanische Fischer rund 140 000 Tonnen Fisch, davon 110 000 Tonnen Sardinen, die in 250 Millionen Konservendosen verarbeitet werden. Die größte „Sardinenstadt“ ist Safi mit 72 Konservenfabriken.

75 Prozent der 15 000 in den Konservenfabriken von Safi tätigen Arbeiter sind Frauen. Der Höhepunkt der Ausbeutung dieser Arbeitskräfte durch europäische und marokkanische Unternehmer lag in den Jahren 1945 bis 1952. Die Vorarbeiter, *Mistrou* genannt, zogen den Arbeiterinnen  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{2}{3}$  des Lohnes ab.

Gleich nach der Unabhängigkeitserklärung Marokkos gründete ein junger und dynamischer Gewerkschafter, M'Hamed Baraka, eine Fischereigewerkschaft der UMT in Safi. Damit nahm auch das Ausbeutungssystem in den Konservenfabriken ein Ende. 1958 versuchten die Konservenfabriken, die Einheit der Fischergewerkschaft zu brechen, um so den Fang billiger kaufen zu können. In jedem der 72 Betriebe wurden einige Fischer mit festem Jahresgehalt angestellt und auch in der „toten Saison“ bezahlt. Diese Fischer erhielten von den Unternehmern die Auflage, aus der UMT auszutreten und eine „autonome“ Gewerkschaft zu bilden. Bei Verhandlungen mit der freien Gewerkschaft schleusten nun die Fabrikanten ihre „autonomen“ Schützlinge ein, um so die sozialen und finanziellen Forderungen der Fischer abschlagen zu können.

<sup>1</sup> Khamses = fünf. Siehe W. Plum, a. a. O., S. 33 f, 98, 157.

<sup>2</sup> Werner Plum, a. a. O., S. 127; Ministère de l'Economie Nationale, „Tableaux Economiques du Maroc 1915—1959“, Rabat 1960, S. 28 f.; Gouvernement Chérifien, Service Central des Statistiques, „Annuaire Statistique de la Zone Francaise du Maroc 1952“, Rabat o. J. (1952), S. 26 ff.

<sup>3</sup> J.-L. Miège, „Le Maroc“, Paris 1956, S. 92.

Die UMT stellte aber die gewerkschaftliche Einheit wieder her, indem sie Familienhilfskassen für Witwen und Waisen, die ihre Ernährer auf dem Meer verloren hatten, einrichtete. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit setzte die Gewerkschaft nicht nur wie bisher 18, sondern 25 bis 26 Fischer in jedes Boot. M'Hamed Baraka konnte so für 3000 Fischer Arbeitsplätze finden.

1960 setzte Baraka neue und feste Verkaufspreise für gefangene Sardinen durch. Statt 20 000 zahlten nun die Fabrikanten 33 000 Francs pro Tonne. Dem einzelnen Fischer wurden davon 390 Francs pro eingebrachte Tonne und am Ende der Saison eine Prämie von 7000 Francs ausgezahlt. Jedes der 101 Fischerboote leistete der Gewerkschaft einen Jahresbeitrag von 1000 Francs. Außerdem wurden 1959 von den Fischern 600 000 Francs für die algerische FLN, 1960 5 Millionen Francs aufgebracht.

1960 schaffte die UMT Rettungsboote für die Fischer an. Sie richtete für 80 bis 100 Jugendliche eine Gewerkschaftsschule ein und plante die Gründung einer Produktionsgenossenschaft der Fischer. Unter dem Eindruck dieses Erfolges schlossen sich von 80 000 Einwohnern der Stadt Safi 43 000 der UMT an.

Die Konservenfabrikanten sahen sich von einer gefährlichen Stärkung der marokkanischen Gewerkschaft bedroht. Am 5. Oktober 1960 versuchte Abbas, ein Förderer der unternehmerhörigen Gewerkschaft UGTM, den Gewerkschaftsführer der UMT, M'Hamed Baraka, zu ermorden. Der Anschlag ging fehl. Die ebenfalls auf die Femeliste gesetzten Gewerkschaftsmitglieder Hallaoui, Dridri M'Bark, Tiefsaoui und M'Hamed Lhoucine ben Smail erstatteten Strafanzeige gegen die Attentäter.

Bestraft wurde aber Baraka. Im Mai 1961 wurde er zu einem Jahr Gefängnis, zum Schadensersatz von 200 000 Francs und zu einer Geldbuße von 10 000 Francs verurteilt, weil er den Unternehmer Abbas Ould Haddad, dem er Spitzeldienste in der französischen Protektoratspolizei nachsagte, gehindert hatte, sein Boot zu betreten. Das Gericht weigerte sich, die Zeugen Barakas zu Wort kommen zu lassen. Die Verteidigung des Angeklagten wurde nicht angehört.

Im Sommer 1961 nahmen die sozialen Spannungen zwischen Fischern und Konservenfabrikanten wieder zu. Immer noch erhielten die in den Fabriken arbeitenden Frauen nur  $\frac{5}{6}$  des Männerlohnes. Obwohl die Kinderarbeit juristisch verboten ist, werden Kinder in Konservenfabriken beschäftigt. Auf zwei außerordentlichen Sitzungen mußten die Gewerkschafter am 18. und am 30. Dezember 1961 darüber klagen, daß sich die Unternehmer nicht an die vereinbarten Verkaufs- und Sicherheitsbestimmungen hielten. Während die UMT-Gewerkschaft der Hochseefischer in Safi eine besonders starke Position hat, waren die Fischer in der ehemals spanischen Zone Marokkos zunächst kaum gewerkschaftlich organisiert und darum den spanischen Fischern, die in den Häfen Tanger und Larache Arbeit suchten, unterlegen. Auf einem außerordentlichen Kongreß der Hochseefischergewerkschaft wurde am 2. Februar 1960 in Casablanca eine Priorität für muselmanische Fischer in Nordmarokko gefordert.

Um diese Ansprüche besser durchsetzen zu können, schickte die UMT im Sommer 1960 Mustapha Bourezgui nach Larache. Binnen acht Wochen baute er eine Gewerkschaftsunion in dieser Stadt auf und trat am 19. November 1960 mit sozialpolitischen Forderungen vor den Pascha. Der Pascha verweigerte eine Unterredung. Der Gewerkschafter und seine Delegation wurden verhaftet. Es kam zu öffentlichen Kundgebungen. Daraufhin erklärte sich der Pascha zu einer Unterredung bereit. Als Bourezgui am 21. November 1960 wieder mit einer nun stärkeren Delegation bei der Stadtverwaltung erschien, erfuhr er erneut eine Absage. Die Polizei richtete in der zusammengelaufenen Menge ein Blutbad an. Drei Arbeiter wurden getötet, 600 verhaftet.

Eine Delegation des IBFG, die die Vorgänge in Larache untersuchen wollte, wurde von der marokkanischen Regierung in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt.

Am 24. Januar 1961 fand ein neuer Kongreß der marokkanischen Hochseefischer statt. Baraka, der Gewerkschaftsführer von Safi, wurde zum Generalsekretär des Nationalverbandes gewählt. Sein Versuch, den Einfluß spanischer und portugiesischer Fischer in den nordmarokkanischen Häfen und Gewässern einzudämmen, scheiterte jedoch.

\*

Eine starke, wenn auch heftig umkämpfte Stellung hat die UMT im Bergbau. Die marokkanischen Bergarbeiter in Djerrade und Khouribga spürten schon sehr früh, 1945, politische Repressalien der französischen Polizei. Unter den Bergleuten hatten die Phosphatarbeiter die älteste autonome Gewerkschaftsbewegung gebildet. 1948 traten die Phosphatarbeiter in einen 21tägigen Generalstreik. Dabei wurden alle Gewerkschaftsführer von der französischen Polizei verhaftet.

Als die Ermordung des tunesischen Gewerkschaftsführers Farhat Hached (5. 12. 1952) in Marokko bekannt wurde, raffte sich die politische Gewerkschaftsbewegung der Bergleute wieder auf. Sie wurde zwischen 1953 und 1955 ein wesentliches Element im französisch-marokkanischen Konflikt.

Nach der Unabhängigkeitserklärung Marokkos versuchten die Betriebsleitungen der nationalisierten Phosphatwirtschaft, die Gewerkschaft zu spalten. Den ersten Versuch machten sie im Oktober 1958 in Khouribga. Diese Vorgänge in den Phosphatbergwerken von Khouribga trugen mit zur Spaltung der *Istiqlal* am 25. Januar 1959 bei<sup>1</sup>. Die Betriebsleitungen waren im Frühjahr 1959 bestrebt, nicht mit der UMT, sondern mit den „autonomen“ Gewerkschaften zu verhandeln.

Trotz der frühen politischen Bewegung der Phosphatarbeiter ist die gewerkschaftliche Einheit in diesem Berufszweig sehr schwer zu bewahren, da die schroffen gesellschaftlichen Rangordnungen im Bergbau leicht Spaltungen der Gewerkschaft erlauben. Außerdem liegen die Bergwerke geographisch weit verstreut in den Regionen von Casablanca, Rabat, Marrakesch, Midelt und Oujda.

Die Spaltungsversuche führten im Februar 1959 zum erstenmal im souveränen Marokko zu Streikbewegungen der Bergarbeiter, vor allem in den Bergwerken von Khouribga und Alsi-Ain-Akkou. In diesem Streik zählte die UMT 36 000 Mitglieder (von 40 000 Bergarbeitern).

Vorübergehend konnten 1959 und 1960 die Spannungen zwischen der UMT und den Betriebsleitungen des *Office Chérifien des Phosphates* (OCP) gelockert werden. In dieser Phase setzte sich eine Kommission der Gewerkschaft, der Direktion des OCP und des Bergwerkdienstes für den Ausbau des Berufsschulwesens im Bergbau ein. Die Aufstiegsmöglichkeiten der marokkanischen Bergarbeiter waren bis dahin sehr gering, da sie keine Bildungsmöglichkeiten hatten und deshalb auf den höheren Posten leicht von Ausländern verdrängt werden konnten<sup>2</sup>. Das Dreierkomitee bereitete seit März 1959 eine systematische Berufsausbildung der Phosphatarbeiter vor.

In Khouribga wurde die erste Berufsschule gegründet. In Lehrgängen von neun Monaten konnten jeweils 120 Schüler ausgebildet werden. Dieser Ansatz reichte aber noch nicht zur planvollen Berufsausbildung. Im Oktober 1959 wurde darum ein neuer Plan aufgestellt, der den dringendsten Bedürfnissen in den wichtigsten Berufszweigen entsprach. Der Plan trat am 14. 4. 1960 im Bereich des OCP in Kraft. Gleichzeitig wurde ein zweiter, langfristiger Plan aufgestellt, der am 11. 7. 1960 anlaufen sollte.

<sup>1</sup> *L'Aant-garde*, Nr. 11, 1. 3. 1959, S. 18 f.

<sup>2</sup> 1959 hatten in Khouribga über die Hälfte der Arbeiter keine feste Wohnung; sie besaßen kein Recht, das städtische Schwimmbad zu benutzen; bis 1960 waren die sanitären Einrichtungen ihrer Bergwerke zwar gut, aber das medizinische Personal nicht hinreichend qualifiziert.

Dieser langfristige Plan ist auf zehn Jahre ausgerichtet. Er soll zur vollständigen Marokkanisierung der Phosphatwirtschaft führen. Die Prinzipien des Planes wurden von der UMT vorgeschlagen und von dem Dreierkomitee des OCP angenommen<sup>1</sup>.

1. Alle von Ausländern besetzten Stellen sollen im Laufe von zehn Jahren von Marokkanern besetzt werden.
2. Wenn ein Marokkaner eine Fachbildung hat, soll er an der entsprechenden Stelle arbeiten.
3. Stellen, die von Marokkanern nicht besetzt werden dürfen, sind aufzuheben.
4. Ausländer dürfen nicht mehr für Arbeiten angeworben werden, die ein Marokkaner nach kurzer Ausbildung verrichten könnte.
5. Ausländische Praktikanten dürfen keine festen Posten übernehmen.
6. Marokkaner haben nach abgeschlossener Ausbildung ohne Rücksicht auf die Note ihrer Zeugnisse eine Priorität bei Stellenausschreibungen.
7. Marokkaner haben innerhalb eines Betriebes bessere Aufstiegsmöglichkeiten als Ausländer.
8. Fachprüfungen müssen in Anwesenheit eines Arbeitervertreters durchgeführt werden.
9. Die Ausbildung findet innerhalb der Arbeitszeit statt.
10. Die Ausbildung findet am Arbeitsplatz statt.
11. Besonderer Wert ist auf die Alphabetisierung der Berufsschüler zu legen.
12. Es sollen vor allem junge Arbeiter in Bergwerken eingestellt und Lehrwerkstätten geschaffen werden.

Im Laufe von zehn Jahren soll die gesamte Phosphatindustrie marokkanisiert werden. In den ersten fünf Jahren will man alle weniger wichtigen Posten mit Marokkanern besetzen. Für die Phasen der Marokkanisierung einiger Berufszweige der Phosphatwirtschaft war folgender Plan aufgestellt worden:

- 1962: Marokkanisierung der Verladetätigkeit in den Phosphathäfen,
- 1964: Marokkanisierung der Installation und eines Teiles der Verwaltung,
- 1965: Marokkanisierung der Instandhaltung,
- 1966: Marokkanisierung der Elektrotechnik,
- 1967: Marokkanisierung der Lager und Magazine,
- 1969: Marokkanisierung der Werkstätten und Planungsbüros,
- 1970: Marokkanisierung der gesamten Verwaltung, der Laboratorien und Betriebskrankenhäuser.

Im Oktober 1960 verschlechterten sich die Beziehungen zwischen UMT und OCP wieder. Statt zusammen an den begonnenen Plänen der Berufsausbildung weiterzuarbeiten, versuchte die OCP erneut, die Gewerkschaft zu spalten. Die UMT reagierte darauf am 20. Dezember 1960 mit Warnstreiks in Khouribga und Kachkate. Die Warnstreiks schienen zunächst erfolgreich zu sein und am 26. Dezember 1960 zu Verhandlungen zu führen. Neue Spannungen zwischen Betriebsleitungen und Gewerkschaften lösten Generalstreiks im Januar/Februar und im Juni/Juli 1961 aus. Im Sommer 1961 kam es dabei zu blutigen Zusammenstößen zwischen Polizei und UMT. Die Gewerkschaft mußte einen Toten, zehn Verletzte und zahlreiche Verhaftungen beklagen.

Angesichts des Generalstreiks verschoben die Betriebsleitungen des Bergbaus gegen den Willen der UMT die Betriebsratswahlen auf den 23. und 30. Oktober 1961. Trotz zahlreicher Einschüchterungsversuche konnte die UMT dabei 37 Sitze gewinnen. Die „autonome“ Gewerkschaft UGTM nahm 8 Sitze ein. 2 Sitze wurden von Unabhängigen besetzt. In Khouribga, wo 10 000 von 32 680 Bergarbeitern wählten, konnte die UMT alle Sitze gewinnen.

<sup>1</sup> *L'Avant-garde*, Nr. 73, 9. 7. 1960, S. 6 f.

Zu neuen Unruhen kam es im Februar 1962, als das OCP in Boulanouar (bei Khouribga) wieder den Versuch unternahm, die „gelbe“ Gewerkschaft UGTM ins Spiel zu bringen. Zwei Gewerkschafter der UMT, Rahal Ben Mohamed und Ibrahim Ben Kaddour, wurden verwundet, zehn andere verhaftet. Im Hintergrund dieser politischen Spannung stand die immer schwieriger werdende soziale Lage der Bergarbeiter. Seit 1958 waren 18 Bergwerke in Marokko stillgelegt worden. In anderen Gruben war die Belegschaft stark vermindert worden.

\*

Verhältnismäßig schwierig ist die Gewerkschaftspolitik der marokkanischen Beamten in der *Union Syndicale des Fonctionnaires* (USF). Viele Beamte Marokkos sind Ausländer, vor allem Franzosen. Diese Franzosen sind in zwei entgegengesetzte politische Bewegungen gespalten. Die einen stehen der ehemaligen *Présence Française* nahe, einem rechtsextremen Kolonialistenverband. Sie fielen durch einen Streik auf, den sie am 25. Oktober 1956 gegen die „Marokkanisierung“ und die Beschränkung ihrer Vorrechte in der Beamtenschaft Marokkos führten. Die andere Gruppe französischer Beamter ist mit der Gruppe *Conscience Française* verbunden. Die „liberalen“ Franzosen bemühen sich um eine loyale Zusammenarbeit mit den muselmanischen Nationalbewegungen Marokkos und des Maghreb. Sie traten zweimal an die Öffentlichkeit, zuerst mit dem „Brief der 75“ im Mai 1954, dann mit dem „Brief der 481“ (16. 2. 1959). In beiden Schreiben forderte diese Gruppe die französische Staatsführung auf, die Freiheitsbewegungen Marokkos bzw. Algeriens anzuerkennen. Zwischen dieser Gruppe und den muselmanischen Beamten Marokkos bestehen enge freundschaftliche Beziehungen<sup>1</sup>.

Eine dritte einflußreiche nichtmarokkanische Gruppe stellen die Algerier in der Beamtenschaft Marokkos. Ein großer Teil dieser algerischen Beamten lebt schon seit Jahrzehnten, bzw. seit Generationen in Marokko. Die meisten algerischen Beamten Marokkos sind der FLN, ein großer Teil auch der UGTA angeschlossen.

Die gewerkschaftlichen Freiheiten sind durch ein Dekret vom 5. Februar 1958 beschnitten. Artikel 4 des Dekrets verbietet den Staatsangestellten, denen öffentliche Sicherheit und Ordnung anvertraut sind, den gewerkschaftlichen Zusammenschluß. Artikel 5 verweigert den Beamten das Recht auf „kollektive Disziplinlosigkeit“, also das Streikrecht.

Trotz dieser Drohung wagten die Beamten von Rabat am 5. Juni 1958 zum erstenmal einen Beamtenstreik. Im Februar 1959 machten sie den König in einem Memorandum auf ihre schlechte soziale Lage aufmerksam. Am 16. April 1959 beschäftigten sich auf dem 3. Kongreß der USF Beamte und Angestellte des Erziehungswesens, der Post, des öffentlichen Gesundheitswesens, einiger Ministerial- und Kommunalverwaltungen, der Justiz, des Zolles und der nationalen Rundfunkanstalt mit der „Marokkanisierung“ der Beamtenschaft, der Stabilisierung des Angestelltenverhältnisses und den seit Juli 1956 gestoppten Gehältern. In einigen Ministerien, so im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, leiden die Beamten unter dem Fehlen fachlicher Kriterien bei der Einstellung neuer Beamter und dem Mangel wirtschaftlicher Garantien.

Am 11. Februar 1960 versuchten die marokkanischen Beamten noch einmal, mit einem Protest die Abschaffung des Dekretes vom 5. Februar 1958 zu erwirken. Am 17. November 1960 stellte der Nationalrat der USF ein beharrliches Sinken ihres Lebensstandards seit 1956 fest. Im folgenden Jahr erreichte die Spannung zwischen USF und Regierung einen Höhepunkt. Trotz des Dekretes von 1958 führten die Beamten am 19. Juni 1961 einen Generalstreik durch, weil der Finanzminister über ein Jahr die

<sup>1</sup> Verbindendes Organ zwischen den „liberalen“ Franzosen und muselmanischen Beamten ist die Zeitschrift „*Confluent*“, 4, rue Allal-ben-Abdallah, Rabat.

Delegation der USF nicht empfangen hatte. Korruption und Nepotismus gefährdeten immer mehr die soziale Stabilität derjenigen Beamten, die nicht über vertrauliche Verbindungen zu ihren Vorgesetzten verfügten.

Wenige Tage vor Ausbruch dieses Streiks wies der Finanzminister in einem Rundschreiben (14. 6. 1961) auf die Ungesetzlichkeit des Streikvorhabens hin. Präventiv wurden einige Justizbeamte von Casablanca aus ihrem Dienst entlassen. Unter diesem Druck konnte der Streik nicht zum Erfolg führen.

Zum erstenmal kam es bei der Gelegenheit zu einer — zwar nicht offenen, so doch gefährlichen — Spannung zwischen UMT und FLN. Während die algerische UGTA den marokkanischen Beamtenstreik unterstützte, hatte die algerische FLN ihren in Marokko beamteten Mitgliedern die Aufforderung zum Streikbruch gegeben.

Die UMT traf umfangreiche Vorbereitungen, um am 20. Dezember 1961 einen neuen Beamtenstreik auszulösen. Die Behörden gingen dieser Machtprobe aus dem Wege, indem sie wenige Tage zuvor mit den Berufsverbänden der USF, besonders mit den Angestellten der Post und der Rundfunkanstalt Verhandlungen aufnahmen. Trotzdem wurden 68 Beamte, die an Kundgebungen teilgenommen hatten, aus dem Dienst entlassen.

## ALGERIEN

Während die Provisorische Regierung der Algerischen Republik den Krieg mit dem Ziel einer „demokratisch und sozialen Republik“ führte, denkt die algerische Gewerkschaft UGTA an den Aufbau einer „demokratischen und sozialistischen Republik“. Zunächst waren diese Unterschiede noch Nuancen der Schlagworte. In der Phase der Freiheitsbewegung wurden keine Meinungsverschiedenheiten zwischen UGTA und algerischen Regierungsorganen ausgetragen. Die UGTA war weder in der Regierung noch im *Nationalrat der Algerischen Revolution* (CNRA)<sup>1</sup> oder bei den Friedensverhandlungen in Evian vertreten.

Anfangs beschränkte die UGTA ihre sozialpolitischen Aufgaben auf die Unterstützung algerischer Flüchtlinge und Kriegsgeschädigter. Dieser Kreis der Versorgungsbedürftigen war allerdings so groß, daß die UGTA von den 2 Millionen Insassen der „Regruppierungslager“, den 28 000 Insassen der „Beherbungslager“, den 80 000 Kriegsgefangenen, den 31 000 Inhaftierten, den 270 000 Flüchtlingen und der nicht bekannten Zahl von Kriegswitwen und Kriegswaisen nur einen geringen Sektor betreuen konnte. Sie konzentrierte ihre Arbeit auf die Unterstützung kriegsgeschädigter Arbeiterfamilien. Dazu brachte die Gewerkschaft jährlich 40 000 DM auf. Die Flüchtlingsbetreuung galt insbesondere den algerischen Kinderheimen.

\*

Algerier, die in Frankreich arbeiten, überlassen die Vertretung ihrer arbeitspolitischen Ansprüche (Lohnforderungen, Arbeitsschutz usw.) grundsätzlich den französischen Gewerkschaften. Neben diesen allgemeinen arbeitspolitischen Ansprüchen stellen sich aber den Algeriern besondere Probleme, denen sich die französischen Gewerkschaften nicht ausreichend widmen können oder wollen: Rassendiskriminierung durch die Bevölkerung und die Staatsorgane Frankreichs, Unterdrückung und Terrormaßnahmen französischer Behörden, besondere Probleme des Wohnungs- und Gesundheitswesens usw.

Um diese speziellen Probleme der 450 000 algerischen Arbeiter besser beachten zu können, wurde im Februar 1957 die *Amicale Générale des Travailleurs Algériens résidant en France* (AGTA) gegründet. Die Gründung dieses „Freundschaftsbundes“ wurde von der UGTA angeregt und organisiert. Mit der AGTA sollte aber keine neue Gewerkschaft auf französischem Boden gebildet werden. Aufgabe der AGTA ist, indirekt über die französischen Gewerkschaften Einfluß auf die besonderen sozialen Mißverhältnisse der Algerier zu üben. Im allgemeinen gehören der AGTA nur muselmanische Arbeiter algerischer Herkunft an. Es haben sich ihr aber in einigen Ausnahmefällen auch Arbeiter angeschlossen, die aus anderen muselmanischen Ländern nach Frankreich eingewandert sind. Heimliche oder öffentliche Unterstützung genießt die AGTA durch politische französische Gruppen (Christen, Linkssozialisten, Kommunisten). Die Beziehungen zu den Gewerkschaften CGT und CFTC waren im Laufe der Jahre unterschiedlich. Zur CGT-FO gab es nur gelegentlich auf lokaler Ebene gute Verbindung.

Die AGTA will keine politische Organisation sein<sup>2</sup>. Die Vertretung politischer Forderungen überläßt sie der FLN. Trotzdem möchte die AGTA einen Beitrag zur Entkolo-

<sup>1</sup> Entgegen einer Meldung von *Le Monde*, 3. 7. 1962.

<sup>2</sup> *L'Ouvrier Algérien*, Nouv. Série, Nr. 2, Dezember 1958, S. 6.



nialisierung, zum wirtschaftlichen Aufbau und zur Demokratisierung Algeriens leisten. Sie hält die algerischen Arbeiter an, möglichst gründlich Organisation und Politik der französischen Gewerkschaften zu beobachten, um aus diesen Erfahrungen für die gewerkschaftliche Tätigkeit in Algerien zu lernen.

Ohne beachtenswerten Erfolg waren die wenigen Versuche der französischen Gewerkschaften, den Algeriern Gewerkschaftsunterricht in Sonderkursen zu geben. Oft waren diese Versuche von den Franzosen gut gemeint, aber sie scheiterten, weil die Algerier dabei mit dem französischen Mutterland assimiliert werden sollten. Doch die Algerier wollen nur Gastarbeiter in Frankreich sein, ohne einerseits in diesem Land eine eigene Gewerkschaft zu bilden, andererseits in die französische Arbeiterbewegung mit ihrem ideologischen Pluralismus integriert zu werden. Was sie im Bildungswesen der französischen Gewerkschaften suchten, war ausschließlich Wissensvermittlung.

Deshalb ging die AGTA, zusammen mit französischen Experten der Erwachsenen- und Arbeiterbildung, eigene Wege der Gewerkschaftserziehung. Die besonderen berufspädagogischen und sozialpolitischen Belange der algerischen Arbeiter in Frankreich waren Thema einer Aussprache, die die AGTA am 2. März 1958 mit französischen Gewerkschaftern und Politikern führte. Seitdem veranstalteten die AGTA mit individueller französischer Unterstützung selbständig Gewerkschaftskurse in Seminaren oder Abendveranstaltungen. Darüber hinaus sollten die algerischen Arbeiter in verantwortlichen Positionen der französischen Gewerkschaften Erfahrungen sammeln<sup>1</sup>.

Berufsausbildung und Berufsbildung ihrer Mitglieder überließ die AGTA den entsprechenden französischen Institutionen<sup>2</sup>. Grunderziehung und Bekämpfung des Analphabetentums wurden teils von der AGTA direkt, teils von französischen Bildungsstätten getragen. Besondere Aufmerksamkeit widmete die AGTA der Bildung und Emanzipation derjenigen algerischen Frauen, die ihren Ehemännern nach Frankreich gefolgt waren. Unter den verschiedenen ethnischen Gruppen algerischer Migranten waren vor allem Bewohner der Großen Kabylie, also des Kerngebietes der algerischen Widerstandsbewegung, mit ihren Frauen nach Frankreich eingewandert<sup>3</sup>. In den Städten Paris, Lyon und Marseille wurden eigene Komitees gebildet, die algerischen Frauen in Säuglingspflege, Hygiene, Haushaltswesen und Kindererziehung einführten.

In den ersten zwei Jahren hatte die AGTA ein eigenes Presseorgan: *L'Ouvrier Algérie en France*<sup>4</sup>. Seitdem der „Freundschaftsverband“ im August 1958 von den französischen Behörden verboten wurde, erscheint ihr Organ unregelmäßig illegal. Seit 1959 werden öffentliche Erklärungen der AGTA im Presseorgan der UGTA *L'Ouvrier Algérie* herausgegeben.

Nach Schätzungen der UGTA gehörten 1960 etwa 80 Prozent der algerischen Arbeiter in Frankreich der CGT an. Die Zahl algerischer Mitglieder in der CFTC war zwar wesentlich geringer, nahm aber beständig zu. Der CGT-FO traten kaum algerische Arbeiter bei.

Mehrfach war die AGTA harten Vergeltungsmaßnahmen der französischen Polizei ausgesetzt. Am 12. November, am 6. und 22. Dezember 1957 wurden 24 Sekretäre der AGTA verhaftet<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Dieses Prinzip war nur vorübergehend im Frühjahr 1956 aufgegeben worden, als die FLN Algerier aufforderte, aus den französischen Gewerkschaften auszutreten. Siehe: W. Plum, a. a. O., S. 167.

<sup>2</sup> Andrée Michel, *„Les Travailleurs Algériens en France“*, Paris 1956, S. 69 ff.

<sup>3</sup> W. Plum, a. a. O., S. 170 ff; Saadia-et-Lakhdar, *„L'aliénation colonialiste et la Résistance de la Famille algérienne“*, Lausanne 1961; Institut National d'Etudes Démographiques, *„Les Algériens en France, Etude démographique et sociale“*, Paris 1955, S. 58 ff, S. 121 ff.

<sup>4</sup> Redaktion 18, rue Mabillon, Paris VIe.

<sup>5</sup> *„Les travailleurs algériens et l'AGTA“* in: *L'ouvrier algérien*, Nouv. Série, Nr. 32, Februar 1962, S. 6.

Im Oktober 1961 demonstrierten algerische Arbeiter und deren Frauen in Paris gegen die Wiedereinführung der Sperrstunde, die auf 20 Uhr vorverlegt wurde. Die nächtliche Ausgangssperre hinderte zahlreiche Algerier daran, ihre Arbeitsstätten aufzusuchen oder abends von der Arbeit nach Hause zurückzukehren. Am 17. Oktober 1961 zogen 20 000 Algerier, vor allem Frauen, durch die Straßen von Paris, um auf einem Schweigemarsch ohne Gewaltanwendung die französische Öffentlichkeit auf die Beschränkung ihrer Freiheit aufmerksam zu machen. Die Polizei nahm die Kundgebung zum Anlaß, ein furchtbares Blutbad unter den Algeriern anzurichten. 7000 Polizisten verhafteten 11 538 Algerier, 5997 wurden interniert. Auf offizieller Seite wurden 6 Tote und 64 Verletzte unter den Algeriern gezählt. Die Zahl der Toten und Verletzten dürfte aber nach Berichten französischer Augenzeugen<sup>1</sup> wesentlich höher zu sein. Zahlreiche französische Organisationen, unter ihnen alle Gewerkschaften, protestierten gegen die Willkür der Polizei. Ihrerseits mußten die Gewerkschaften CGT, CFTC, UNEF und FEN am 8. Februar 1962 die Brutalität französischer Sicherheitsbehörden erfahren, als acht Teilnehmer einer Gewerkschaftskundgebung gegen den aufkeimenden Faschismus von Polizisten getötet wurden.

\*

Zur Betreuung der 4000<sup>2</sup> in der Bundesrepublik ansässigen algerischen Arbeiter richtete die UGTA mit indirekter Unterstützung des DGB im Januar 1961 in Köln das *Büro zur sozialen Betreuung nordafrikanischer Arbeiter* (BSBNA) ein.

In den Städten der Bundesrepublik, in denen sich algerische Arbeiter in größerer Zahl niedergelassen haben, hat das BSBNA Vertretungen. Die Organisation des Büros und seiner Vertretungen wurde seit 1959 von Ahmed Mostefaoui vorbereitet. Die wichtigsten Vertretungen hat das BSBNA in den Städten Hamburg, Essen, Düsseldorf, Dortmund, Bonn, Köln, Koblenz, Stuttgart, Mannheim und Saarbrücken. Algerische Arbeiter, die in den Städten Frankfurt a. M. und München wohnen, werden von dem Büro nicht direkt betreut, da dort die Stadtverwaltungen eine Betreuung durch französische Konsulate vorzogen.

Zu den Aufgaben des BSBNA zählen: Koordinierung und Beratung ihrer lokalen Vertretungen, Verteilung der algerischen Flüchtlinge auf verschiedene Städte der Bundesrepublik, Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern und der Fremdenpolizei, Herstellung und Unterhaltung der Verbindung zu deutschen sozialpolitischen Organisationen, Vermittlung von Wohnungen, Sprach-, Gewerkschafts-, Berufsbildungs- und Fortbildungskurse für algerische Arbeiter, Betreuung der algerischen Stipendiaten des DGB, der Industrie-Gewerkschaften, der konfessionellen Verbände und der Unternehmer.

Die Beziehungen des BSBNA einerseits zur FLN-Delegation, andererseits zum DGB-Bundesvorstand sind freundschaftlich, doch lose. Die interne Arbeit des Büros ist gegenüber beiden Seiten unabhängig.

<sup>1</sup> *Le Monde*, 19. 10. 61; 20. 10. 61; 22. 10. 61; 27. 10. 61; 29. 10. 61; 1. 11. 61; 2. 11. 61; 8. 11. 61; 11. 11. 61; 14. 11. 61; *Libération*, 18. 10. 61; *France-Soir*, 19. 10. 61; *Témoignage Chrétien*, 26. 10. 61; République Algérienne, Ministère de l'Information, „*Les Manifestations Algériennes d'Octobre 1961 et la Répression Colonialiste en France*“, Tunis 1961.

<sup>2</sup> Außer in Frankreich und in der Bundesrepublik gibt es nur in Belgien (3000) und in der Schweiz (600) nennenswerte Zahlen algerischer Arbeiter auf europäischem Boden.



ERZIEHUNGSPOLITIK



UNIVERSITÄTS- UND LANDESBIBLIOTHEK SACHSEN-ANHALT



## ALGERIEN

Große Mühe macht sich die algerische Gewerkschaft um die Kindererziehung. Von rund 140 000 Flüchtlingskindern waren etwa 2000 in Kinderheimen untergebracht. Das erste algerische Kinderheim wurde 1958 von der UGTA in La Marsa (Nordtunesien) gegründet und mit 260 Kindern besetzt. Als die dort aufgenommenen Kinder heranwuchsen, wandelte die Gewerkschaft diese Kindersiedlung in ein Lehrlingsheim um.

Die später in Tunesien eröffneten Kinderheime algerischer Flüchtlinge wurden direkt von der GPRA der FLN geleitet. Die UGTA behielt allerdings die Verantwortung für das Lehrlingsheim „*Aissat Idir*“ in La Marsa. Die in Marokko stationierten algerischen Kinderheime blieben weiterhin in Händen der Gewerkschaft. 1961 leitete sie dort das Kinderheim „*Mehdia*“ bei Rabat mit 140 Jungen, das Heim „*Dar Djamila*“ bei Casablanca mit 80 Mädchen und ein Heim in Marrakesch mit 70 Jungen.

Die Unterrichtsmethoden waren von Heim zu Heim, oft sogar von Klasse zu Klasse, recht unterschiedlich<sup>1</sup>. Sie werden vom Heimleiter und den Lehrern bestimmt. Nur wenige Lehrer haben eine Fachausbildung. In allen Heimen erhielten die Kinder täglich drei Stunden Unterricht in französischer und drei Stunden in arabischer Sprache.

Technische Unterstützung findet die UGTA durch die marokkanische Gewerkschaft UMT<sup>2</sup> und durch „liberale“ Franzosen in Marokko. Finanzielle und materielle Unterstützung bieten ausländische Organisationen, darunter insbesondere der *Internationale Zivildienst*, das *Schweizerische Arbeiterhilfswerk*, der FDGB und die anderen osteuropäischen Gewerkschaften, einige Industriegewerkschaften des DGB, der jugoslawische *Schutzverband für Kinder und Jugendliche*, das *Oxford-Komitee*, die *Quäker*, der *Deutsche Caritas-Verband* und linkskatholische Gruppen in Frankreich. Die Gewerkschaften in Jugoslawien und in der Ostzone<sup>3</sup> nahmen gelegentlich Insassen der Kinderheime zum Erholungsurlaub auf. Die sanitäre Betreuung des Heimes „*Aissat Idir*“ liegt in den Händen eines österreichischen Arztes.

In dem Lehrlingsheim „*Aissat Idir*“ in La Marsa lebten 1961 119 Jugendliche, die zum Teil schon seit 1958 in diesem Heim untergebracht waren. Sie wurden in zwölf verschiedenen Berufen ausgebildet, unter anderem als Schreiner, Dreher, Fräser und Autoschlosser. Der Grundstock dieses Heimes wurde vom *Schweizerischen Arbeiterhilfswerk* gelegt, die Lehrmaschinen stellten die Gewerkschaften der Sowjetunion und der Tschechoslowakei. Die algerischen Berufsschullehrer wurden in Jugoslawien und in Ungarn ausgebildet. Die Lehrzeit beträgt in der Regel ein Jahr.

Das Lehrpensum ist unter den gegebenen Umständen sehr konzentriert. Täglich werden vier Stunden Werkunterricht und vier Stunden Allgemeinbildung (davon zwei in arabischer und zwei in französischer Sprache) gegeben. Im schroffen Gegensatz zu den Anfangsjahren 1958 bis 1959 wurde 1961 kein politischer Unterricht gegeben. Der zunächst ausgedehnte Flaggen- und Bilderkult wurde fast ganz aufgegeben und der

<sup>1</sup> Siehe W. Plum, „*Algerische Kriegskinder*“ in *Werkhefte, Zeitschrift für Probleme der Gesellschaft und des Katholizismus*, Heft 10/11, München, Oktober/November 1961, S. 339 ff.

<sup>2</sup> „*Maisons d'enfants de l'UGTA* in *L'Ouvrier Algérien*, Nouv. Série, Nr. 4, April 1959, S. 1 ff. „*Les réalisations sociales de la révolution*“ in *L'Ouvrier Algérien*, Nouv. Série, Nr. 31, Januar 1962, S. 6 f.

<sup>3</sup> *L'Ouvrier Algérien*, Nouv. Série, Nr. 7, September 1959, S. 2.

Initiative der einzelnen Heimbewohner überlassen<sup>1</sup>. Nach Abschluß der Lehre treten die Jugendlichen teils der ALN bei, teils besuchen sie Fortbildungskurse im Ausland.

Für alle Ausbildungszweige stehen ausreichende Lehrmöglichkeiten offen. Nur die landwirtschaftlichen Lehrlinge fanden keine Möglichkeit zur praktischen Übung. Ohne Erfolg versuchte die UGTA, mit schweizerischen Mitteln, eine Lehrfarm in Tunesien zu kaufen. Das Lehrlingsheim in La Marsa und die Kinderheime in Marokko waren Beiträge der UGTA zur Linderung der algerischen Flüchtlingsnot. Diese Leistungen sollten aber nicht als sozialfürsorgerische Maßnahmen verstanden werden. Die Heime waren erste Versuche und Modelle einer neuen Sozialpädagogik im künftig freien Algerien. Während die FLN nur mangelndes Interesse an Erziehungsproblemen zeigt und (wie in vielen anderen Ländern) der Ausbildung von Experten der Industrialisierung mehr Aufmerksamkeit widmet als der Auswahl geeigneter Erzieher, geht die Gewerkschaft weit über ihren syndikalistischen Aufgabenbereich hinaus. Sie versucht schon jetzt, das künftige algerische Erziehungswesen zu demokratisieren. Der Besuch von Fachschulen soll nicht mehr, wie bislang, ein Privileg europäischer Jugendlicher und Söhne von muselmanischen Großgrundbesitzern sein. Die Gewerkschaft widmet sich darum besonders der Ausbildung Jugendlicher, die nicht aus eigenen Mitteln die Kosten für ihre Ausbildung bestreiten können. Zugleich will die UGTA damit ein altes französisches Vorurteil, algerische Arbeiter seien nur als Hilfskräfte, nicht aber für Spezialfunktionen geeignet, widerlegen.

Das Erziehungsprogramm der UGTA wird von verschiedenen ausländischen Regierungen und Gewerkschaften gefördert, insbesondere von den Regierungen Tunesiens und Marokkos, dem IBFG<sup>2</sup>, den Gewerkschaften in der Bundesrepublik, der Ostzone, in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien. 1961 waren von ausländischen Gewerkschaften folgende Stipendien für algerische Lehrlinge vergeben worden:

60 vom *Internationalen Bund Freier Gewerkschaften* in Tunesien,

40 vom *Internationalen Bund Freier Gewerkschaften* in Marokko,

20 von der jugoslawischen Gewerkschaft in der Metallindustrie, dem Druckereiwesen und in der Landwirtschaft,

20 von der tschechoslowakischen Gewerkschaft in der Elektromechanik, der Radiomechanik und der Metallindustrie,

13 vom *Deutschen Gewerkschaftsbund* und seinen Industriegewerkschaften,

30 von der ungarischen Gewerkschaft in der Metallindustrie, im Bauwesen und der Mechanik,

12 von schweizerischen Arbeiterverbänden im Bauwesen.

Politische Spannungen mit der Regierung der Ostzone hinderte die UGTA daran, 1961 Stipendien des FDGB in Anspruch zu nehmen. Weitere Lehrplätze wurden der UGTA aus der Tschechoslowakei, Bulgarien, Ungarn und der Sowjetunion angeboten. Da aber nur in der Sowjetunion eine Ausbildung in französischer Sprache möglich ist, zögerte die UGTA, diese Angebote in Anspruch zu nehmen.

Vor einem besonderen Problem stand die Gewerkschaft, als sie sich der Berufsausbildung derjenigen algerischen Mädchen widmete, die eine Zeitlang Dienste in der ALN geleistet hatten<sup>3</sup>. Ihre rapide Emanzipation gab ihnen ein ausgeprägtes Selbstbewußtsein. Diese

<sup>1</sup> Einige Jugendliche konnten auf meine Frage nicht das Datum nennen, an dem die algerische Revolution ausbrach (1. 11. 1954), andere hatten keine Vorstellung von der Führung der Revolution. In den Stuben konnte ich gelegentlich Bilder von Ben Bella finden, die aus tunesischen Zeitungen ausgeschnitten waren. Das Schicksal Ben Bellas war aber den Besitzern dieser Bilder nur schemenhaft bekannt. Der übliche Zimmerschmuck waren Bilder von Freunden, Mädchen oder der ALN. Verglichen mit anderen algerischen Kinderheimen war die Atmosphäre in dem Lehrlingsheim „*Aissat Idir*“ nicht so aufgelockert.

<sup>2</sup> „*Gewerkschaftsschulung von Algeriern in Tunis*“ in: *Freie Gewerkschaftswelt*, Nr. 109, Juli 1959, S. 294 ff.

<sup>3</sup> Nach einem kurzen Versuch wurden alle Mädchen aus der algerischen Befreiungsarmee herausgezogen.

Mädchen zeigten in der Ausbildung für Stenotypistinnen und Krankenpflegerinnen oft höheres Niveau und bessere Anpassungsfähigkeit als männliche Lehrlinge in ihren Berufszweigen.

\*

Neben der Kindererziehung und Berufsausbildung widmet die UGTA ihre Aufmerksamkeit der gewerkschaftlichen Schulung und der Allgemeinbildung ihrer Mitglieder. Sie sieht sich hier vor schwierige Aufgaben gestellt, denn der langanhaltende Krieg hat bei Soldaten und Arbeitern einen anarchistischen Willen entfacht. Die Gewerkschaft versucht, diesen Anarchismus aufzufangen und ihm eine konstruktive politische Schlagkraft zu geben. Sie legt dabei Wert auf die Begegnung und Verständigung der Arbeiter, Studenten und Soldaten. Aus diesem Grund führte sie, wenn möglich, Seminare durch, in denen Jugendliche der drei sozialen Gruppen zusammenkamen. Das Niveau der an Gewerkschaftskursen geschulten Militanten dürfte höher sein als das der Besucher von FLN-Kursen.

Die gewerkschaftliche Schulung der UGTA findet in Seminaren von ein bis zwei Wochen und in Abendkursen statt. Bei den Seminaren wird in der Regel morgens und abends je über ein Thema unterrichtet. Behandelt werden in der Regel folgende Themen:

- Geschichte der algerischen Gewerkschaft,
- Struktur der UGTA
- Afrikanische und panafrikanische Gewerkschaftsbewegungen,
- Gewerkschaftliche Doktrinen in der außerafrikanischen Welt,
- Formen der Befreiung vom europäischen Kolonialismus,
- Probleme der Unterentwicklung in jungen Ländern,
- Struktur der algerischen Wirtschaft,
- Landreform in Algerien und Genossenschaftswesen,
- Probleme des Erziehungswesens,
- Struktur der algerischen Revolution.

Die Teilnehmer dieser Seminare besichtigen außerdem Fabriken und landwirtschaftliche Versuchsstationen. Sie verbringen (in Tunesien und Marokko) gemeinsame Musik- und Filmabende mit verwundeten Soldaten der ALN. In Arbeitsgemeinschaften werden Übungen im Lesen von Tageszeitungen, im freien Vortrag und in Selbstkritiken gehalten. Vorträge und Arbeitsgemeinschaften werden meist von den Nationalsekretären der UGTA selbst gehalten. Nur zu Fachreferaten werden befreundete Spezialisten (Algerier und Franzosen) eingeladen. Durchschnittlich nehmen 20 bis 25 Hörer an einem Lehrgang teil.

Die meisten Seminare und Abendkurse wurden in Tunesien und Marokko gehalten. Seit Ende 1960 fanden auch Seminare in geheimen Schulen auf algerischem Boden statt. Das Programm war ähnlich dem der im Exil stattfindenden Lehrgänge. In Algerien wurde Arabisch als Unterrichtssprache, im Exil Französisch vorgezogen. Mitte 1961 zählte die UGTA drei illegale Gewerkschaftsschulen in Algerien. Sie waren in abgelegenen Bauerngehöften eingerichtet. Besucher dieser Schulen waren beurlaubte Soldaten der ALN und Arbeiter, die für die Dauer des Kurses französische Fabriken verließen.

In den algerischen Großstädten veranstaltet die UGTA einmal monatlich einen Abendkursus. In der Stadt Tunis werden in der Regel dreimal wöchentlich Abendkurse durchgeführt. Für diese Kurse hat die UGTA einen *Cercle Ouvrier* mit Bibliothek, Archiv, Hörsaal und Arbeitsräumen für wissenschaftliche Mitarbeiter eingerichtet.



Im Programm der Abendstunden des *Cercle Ouvrier* stehen:

- Kurse der arabischen Sprache, einmal wöchentlich 1½ Stunden;
- Kurse der französischen Sprache, zweimal wöchentlich 1 Stunde;
- Gewerkschaftskunde in französischer und arabischer Sprache, je zweimal wöchentlich 1½ Stunden;
- Kurse der Wirtschaftspolitik und der algerischen Wirtschaft je einmal wöchentlich;
- allgemeine Vorträge, sonntags früh;
- Ausstellungen, täglich.

Zur Gewerkschaftskunde zählen: Entstehung und Konstitution einer Gewerkschaft; Struktur der Gewerkschaftszelle; Bestimmungsrecht und Vertretung eines Fachverbandes im Gewerkschaftsbund; soziale Konflikte; Propaganda; Arbeiterbildung; lokale Unionen; algerisches Gewerkschaftswesen; Kongreß, Zentrale, innen- und außenpolitische Vertretung eines Gewerkschaftsbundes; Geschichte der Gewerkschaften in anderen Ländern; Gewerkschaftslehren; die internationalen Gewerkschaftsorganisationen; das *Internationale Arbeitsamt*<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> „L'éducation ouvrière“ in: *L'Ouvrier Algérien*, Nouv, Série, Nr. 30, Dezember 1961, S. 6.

## MAROKKO

Das Bildungswesen der marokkanischen Arbeiterschaft liegt zum größten Teil in Händen staatlicher Instanzen, dem Ministerium für Jugend und Sport, dem Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für Arbeit und soziale Fragen. Die Arbeiterbildung Marokkos steht vor besonderen soziologischen, ethnologischen, linguistischen und sozialpolitischen Problemen<sup>1</sup>. Je nach den innenpolitischen Umständen arbeitet die marokkanische Gewerkschaft UMT mit den zuständigen Ministerien oder — wenn die Verhältnisse zwischen Gewerkschaft und Regierung gespannt sind — mit ihnen vertrauten Mitarbeitern der betreffenden Ministerien zusammen, um geeignete Methoden und Programme der Arbeiterbildung auszuarbeiten<sup>2</sup>.

Seit Januar 1956 veranstaltet die UMT alljährlich mehrere Gewerkschaftskurse von zwei bis dreiwöchiger Dauer. An diesen Kursen nehmen in der Regel 35 bis 45 Gewerkschafter teil. Zahlreiche Nationallehrgänge leitet der Generalsekretär der UMT, Mahjoub ben Seddik, oder nimmt an der Gestaltung der Lehrgänge intensiven Anteil. Die meisten Referenten, die bei den Kursen mitarbeiten, sind Marokkaner; einige Spezialisten sind Franzosen. Trotzdem ist Französisch in der Regel Unterrichts- und Umgangssprache. Das hat nicht erziehungspolitische Ursachen, sondern ist darauf zurückzuführen, daß die meisten marokkanischen Gewerkschaftsführer in französischer Sprache ausgebildet wurden und selbst nicht die klassische arabische Sprache beherrschen.

Die Teilnehmer eines Lehrganges werden häufig in drei bis vier Gruppen aufgeteilt. In der ersten Lehrgangshälfte wird je ein „Gruppenältester“ ernannt, später von den Teilnehmern gewählt. Täglich werden zwei bis drei Vorträge gehalten, denen jeweils eine kürzere Aussprache folgt. An jedem Vormittag werden die Themen des Vortages repetiert. Ähnlich wie die UGTA fertigt die UMT von den meisten Vorträgen kurze Zusammenfassungen auf Matrizen an, die den Tagungsteilnehmern zur Gedächtnisstütze dienen. Audio-visuelle Unterrichtsmittel werden gerne in Anspruch genommen.

Im Freundeskreis der UMT stehen einige Franzosen, die die Arbeitsmethoden der französischen Gruppe *Peuple et Culture* in den Gewerkschaftskursen eingeführt haben. „*Entraînement mental*“ und pädagogische Dramaturgie haben darum in diesen Lehrgängen bedeutenden Raum gefunden.

Neben den nationalen Gewerkschaftskursen finden je nach Gelegenheit regionale oder lokale Lehrgänge statt. Ein großer Teil der gewerkschaftlichen Arbeiterbildung konzentriert sich in der JOM auf die politische Erziehung der jungen Arbeiter.

Die *Jeunesse Ouvrière Marocaine* (JOM) ist am 24. Februar 1957 von der marokkanischen Gewerkschaft gegründet worden. Im Laufe von wenigen Jahren wurde sie eine der bedeutendsten Einrichtungen der UMT. Die JOM stellt sich die Aufgabe, Kultur, Sozialbewußtsein und Sport in der marokkanischen Arbeiterjugend zu pflegen.

Im Bereich der kulturellen Erziehung spielt das Laien- und Arbeitertheater die wichtigste Rolle. 1959 wurde mit 5000 Büchern der Grundstein für eine Jugendbibliothek

<sup>1</sup> Jean Le Veugle, „*Problemes de l'éducation ouvrière au Maroc*“ in: *Internationale Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, Vol. V, 1959, No. 1, S. 47 ff. Jean Le Veugle, *Erwachsenenbildung in Marokko*. Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung. Hannover 1961, S. 65 ff.

<sup>2</sup> Die verschiedenen organisatorischen und pädagogischen Aspekte der marokkanischen Arbeiterbildung überschreiten soweit den gewerkschaftlichen Bereich, daß sie hier nicht behandelt werden können. Auf das obengenannte Buch von Jean Le Veugle wird besonders hingewiesen.

der Gewerkschaft gelegt. Im Gegensatz zu fast allen anderen politischen Organisationen Marokkos haben die Jugendorganisationen, darunter die JOM, untereinander ein freundliches Einverständnis. Besonders eng sind die Verbindungen zur *Union Nationale des Etudiants du Maroc* (UNEM). Am 13. und 14. Dezember 1958 wurde auf einem Kolloquium der JOM und UNEM die Basis zur künftigen Zusammenarbeit gelegt.

Die größte sozialpolitische Leistung der JOM ist die Einrichtung von Ferienkolonien für Arbeiterkinder. 1958 konnten — damals noch in loyaler Zusammenarbeit mit der ministeriellen Direktion für Jugend und Sport — 1700 Arbeiterkinder in diesen Ferienkolonien aufgenommen werden. Die JOM bemüht sich sehr darum, den Kontakt zwischen Kindern und Eltern während des Aufenthaltes in den Ferienkolonien nicht abreißen zu lassen. Zweimal im Verlauf des Ferienaufenthaltes in den Gewerkschaftshäusern empfangen die Kinder den Besuch ihrer Eltern. 1959 verschlechterten sich die persönlichen Beziehungen zwischen der JOM und dem damaligen Direktor der Abteilung „Jugend und Sport“, Mezzour. Mangels staatlicher Unterstützung konnten nur 1090 Kinder (statt 4500) die Ferienkolonien der Gewerkschaft besuchen. 1960 stieg die Zahl wieder auf 2510.

Mit Unterstützung der JOM wurden Inlandsreisen und Auslandsreisen (vor allem nach Jugoslawien und Frankreich) für Jungarbeiter veranstaltet. Intensiv sind die Kontakte der JOM zu den kommunistischen Jugendverbänden in den Ostblockstaaten.

Vom 10. bis 19. April 1962 veranstaltete die JOM in Zusammenarbeit mit der WAY (*World Assembly of Youth*) den ersten Weltkongreß der Arbeiterjugend in Casablanca. Daran nahmen Vertreter von 89 nationalen Jugendorganisationen, vorwiegend aus der westlichen Welt und den Entwicklungsländern, teil. Aus den Oststaaten waren lediglich Vertreter Jugoslawiens, Polens und der UdSSR erschienen. Mahjoub Ben Seddik richtete die Aufmerksamkeit der Konferenzteilnehmer auf psychologische Probleme der Jugend in Industrienationen und Entwicklungsländern, auf das Verhältnis des Jungarbeiters zur Massenorganisation und auf die Rolle des Jugendlichen in der sozialen Revolution<sup>1</sup>.

Zur Förderung des Bewußtseins für soziale Verantwortung rief die JOM ihre Mitglieder mehrmals zum Katastropheneinsatz und zur Hilfeleistung auf. Junge Arbeiter bauten an Wochenenden 200 Arbeiterwohnungen.

Im sportlichen Bereich fördert die JOM besonders den Wintersport und die Massengymnastik.

Die allgemeine Erziehungspolitik wird von der Lehrgewerkschaft der UMT seit ihrer Gründung mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Es gelang den marokkanischen Lehrern aber nicht, wie den tunesischen Lehrern, eine große politische Bedeutung zu gewinnen. Die Lehrgewerkschaft der UMT (*Fédération Nationale de l'Enseignement* = FNE) legte im Sommer 1959 einen eigenen Fünfjahresplan der Schulreform vor. Darin war vorgesehen, daß spätestens im Oktober 1964 alle schulaltrigen Kinder Gelegenheit zum Schulbesuch finden sollten<sup>2</sup>. Der Schulplan des Erziehungsministeriums<sup>3</sup> sah aber für 1964 eine Erfassung von nur 66 Prozent der schulaltrigen Jugend vor.

Die Lehrgewerkschaft beschloß daraufhin, zusammen mit anderen Erzieherverbänden, Studenten- und Jugendorganisationen, auf einer Konferenz vom 4. und 5. Juli 1959 in Rabat, die Regierung auf Fehler und Gefahren ihres Schulplanes aufmerksam zu machen. Als selbst der zurückhaltende Plan des Erziehungsministeriums im Oktober 1961 unerfüllt blieb, legte die FNE nochmals der Regierung ihre Pläne vor<sup>4</sup>. Unter dem Eindruck

<sup>1</sup> „*L rôle des jeunes travailleurs dans la transformation de la société*“ in: *L'Avant-garde*, Nr. 158, 10. 4. 62, S. 6 f.

<sup>2</sup> *L'Avant-garde*, Nr. 19, 28. 6. 1959, S. 4 f.

<sup>3</sup> Ministère de l'Education Nationale, Division de l'Enseignement Primaire, „*Plan Quinquennal 1960—64*“, Rabat 1959, S. 24.

<sup>4</sup> *L'Avant-garde*, Nr. 138, 11. 11. 1961, S. 4.

einer verhängnisvollen Entwicklung, besonders des Volks- und Berufsschulwesens, veranstaltete die Lehrgewerkschaft vom 24. bis 26. Dezember 1961 in Casablanca ihren dritten Gewerkschaftskongreß. 1962 stellte die Lehrgewerkschaft fest, 89 Prozent der marokkanischen Bevölkerung seien immer noch nicht im Lesen und Schreiben unterrichtet, davon 93 Prozent auf dem Land und 77 Prozent in den Städten. Nur 1 Prozent der marokkanischen Erwachsenen habe ein Studium abgeschlossen<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> *L'Avant-garde*, Nr. 168, 16. 6. 1962, S. 12.





INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN



INTERNATIONALE BIBLIOTHEK



## MAGHREBINISCHE BEWEGUNG

Die erste Anregung zur regionalen Begegnung der autonomen Gewerkschaftsbewegung im Maghreb gab 1937 der Tunesier Farhat Hached. Noch bevor sich die autonomen Gewerkschaftsbewegungen in Marokko und Algerien organisiert hatten, plante er die Gründung einer *Fédération Syndicale Nord-Africaine*<sup>1</sup>. Als die UGTT vor der Entscheidung stand, dem Weltgewerkschaftsbund oder dem IBFG beizutreten, rief Farhat Hached im März 1947 die nordafrikanischen Arbeiter zum eigenen Zusammenschluß auf: „Die UGTT ruft alle nordafrikanischen Arbeiter, gleich unter welchen Bedingungen sie stehen, auf, sich in autonomen Gewerkschaften zu organisieren . . . Diese Gewerkschaften sollen regionale Unionen und Zentralen bilden, um so schneller den Augenblick herbeizuführen, in dem die algerischen, marokkanischen und tunesischen Unionen auf einem historischen Kongreß die *Fédération Syndicale Nord-Africaine* gründen und das Schicksal der Arbeiter unserer drei verbrüdereten Länder in eigene Hand nehmen können.“ Zu seinen Lebzeiten konnte Farhat Hached dieses Ziel nicht erreichen. Erst seine Ermordung weckte unter den marokkanischen Gewerkschaftern das Bewußtsein, die maghrebinische Einigung dürfe nicht nur ein vager Gedanke sein, sondern müsse recht bald verwirklicht werden<sup>2</sup>.

Die UGTT hielt an dem Plan einer regionalen Föderation auch noch fest, als sich ihre Schwestergewerkschaften für eine unverzügliche panafrikanische Verbindung aussprachen<sup>3</sup>. Nach Ansicht der tunesischen Gewerkschaft soll die Einigung erst im Maghreb und in anderen afrikanischen Regionen vollzogen werden, dann müsse man noch abwarten, bis sich alle Länder vom Kolonialismus befreien, um später zu einer panafrikanischen Gewerkschaftseinheit zu kommen.

Nach seiner Rückkehr vom panafrikanischen Gewerkschaftskongreß mußte allerdings der Generalsekretär der UGTT, Ahmed Tlili, feststellen, daß auch über eine Föderation der drei maghrebinischen Gewerkschaften UGTA, UMT und UGTT noch nichts Endgültiges entschieden sei<sup>4</sup>.

Unter den algerischen und marokkanischen Gewerkschaften waren die Vorstellungen über eine Zusammenarbeit der maghrebinischen Arbeiterorganisation niemals so bestimmt, wie sie von den Tunesiern formuliert wurden. UMT und UGTA waren und sind so sehr von dringenden innen- oder nationalpolitischen Aufgaben in Anspruch genommen, daß sie sich zwar im Verein mit der UGTT gegenseitig Hilfe leisten, aber mit Rücksicht auf die noch unbestimmte politische Gestalt des Maghreb zunächst von einer engen organisatorischen Verbindung absehen. Dabei ist allen Gewerkschaftszentralen bewußt, daß eine Einigung auf syndikalistischer Ebene — ebenso wie die bereits vollzogene organisatorische Einigung auf studentischer Ebene<sup>5</sup> — die föderative Zusammenarbeit der drei Staaten beschleunigen könnte. Während die maghrebinischen Studenten schon im Dezem-

<sup>1</sup> Farhat Hached, Pressekonferenz, Paris, 20. 12. 1946.

<sup>2</sup> Mahjoub Ben Seddik, „Rapport d'orientation“ in: Cahiers d'Information Syndicale: Actes Syndicaux, No. 2. „Deuxième Congrès de l'UMT“, Casablanca 1959, S. 13.

<sup>3</sup> UGTT, „Rapport d'activité, 8ème Congrès National“, Tunis 1960, S. 13.

<sup>4</sup> Ahmed Tlili, Vortrag am 12. 6. 1961 in Tunis.

<sup>5</sup> *Afrique-Action*, 23. 9. 1961.



ber 1957 einen Bund der drei Nationalunionen schließen konnten, gediehen die Gewerkschaften bis Ende 1961 nicht über das Stadium eines Koordinationskomitees hinaus.

Eine Koordination der Aktionen aller maghrebinischen Gewerkschaftszentralen wurde zum erstenmal am 5. Juli 1956 bei einer Begegnung im IBFG ins Auge gefaßt. Vom 18. bis 20. Dezember 1956 trafen sich die Vertreter der drei Gewerkschaften, Ahmed Ben Salah, Delegierter der UGTT, Abdelaziz Rachid, Delegierter der UGTA, und Mahjoub Ben Seddik, Delegierter der UMT, in Casablanca. Aufgaben dieser Konferenz waren die Schaffung einer Aktionsgemeinschaft der drei Gewerkschaftszentralen und die Vorbereitung einer Vereinigung der maghrebinischen Arbeiterorganisationen<sup>1</sup>. Besondere Bemühungen um die Einigung der maghrebinischen Gewerkschaften machte Ahmed Ben Salah. Er sprach sich auf der Konferenz für die Gründung einer *Fédération nord-africaine des travailleurs* aus. Diese Föderation sollte von jeder der drei Gewerkschaften auf ihren nächsten Nationalkongressen anerkannt werden. Der algerische Delegierte Rachid beschäftigte die Konferenz weniger mit gewerkschaftlichen, als mit wirtschaftlichen und politischen Fragen. So traten die Probleme einer wirtschaftlichen Koordination des Maghreb und des algerisch-französischen Krieges in den Vordergrund.

Mahjoub Ben Seddik wurde beauftragt, ein Studiensekretariat zu bilden und für die zweite Hälfte des Monats April 1957 eine intersyndikalistische Wirtschaftskonferenz in Marokko vorzubereiten.

Erst Mitte Oktober 1957 trafen sich Vertreter der drei Gewerkschaften in Tanger wieder, um dieses Projekt weiter zu studieren. Es gedieh zu keinem konkreten Erfolg. Nach längerer Unterbrechung wurde der Plan wieder aufgegriffen, als die National- und Generalsekretäre am 5. August 1961 ein Koordinationskomitee bildeten. Am 21. September 1961 trafen sich die Führer der drei Gewerkschaften in Tunis, um mit Hilfe des Koordinationskomitees Wege zur Einigung der Gewerkschaften zu finden. In dem vorgesehenen Verband soll auch die libysche Gewerkschaft UGTL aufgenommen werden.

\*

Verglichen mit der maghrebinischen und der panafrikanischen Bewegung ist die Neigung zur panarabischen Arbeiterbewegung gering. Die Algerier vermißten in einigen Arbeiterverbänden der mittel- und ostarabischen Welt das nötige Maß demokratischer Freiheiten.

Anlässlich der 44. Internationalen Arbeiterkonferenz des IAA trafen sich im Juni 1960 in Genf Vertreter der Gewerkschaften Marokkos, Algeriens, Tunesiens, Libyens, des Irak, Ägyptens und Syriens. Sie beschlossen, ihre außenpolitische Tätigkeit aufeinander abzustimmen und sich regelmäßig zu begegnen. Pläne einer weitergehenden organisatorischen Verbindung wurden noch nicht gefaßt.

Als einzige der drei maghrebinischen Gewerkschaften nahm die marokkanische UMT vom 28. Oktober bis 2. November 1961 in Alexandria an dem Kongreß der arabischen Erdölarbeiter teil. Auf diesem Kongreß forderten die Arbeitervertreter Marokkos, des Libanon, Adens und Ägyptens die Nationalisierung der Erdölwirtschaft und die Unterstützung der Berufsausbildung durch die Betriebsleitungen. Diese Tagung fand im Anschluß an den dritten arabischen Erdölkongreß (16. bis 21. 10. 1961 in Alexandria) statt. Obwohl die Provisorische Regierung der Algerischen Republik zum erstenmal an dem Erdölkongreß teilnahm, erschien kein Vertreter der algerischen Gewerkschaft auf der Tagung der arabischen Erdölarbeiter.

<sup>1</sup> UGTA, „*Pour la Libération Nationale et un Syndicalisme Libre*“, S. 30; *Al Istiqlal*, Nouv. Série, Nr. 39, 28. 12. 1956, S. 5 ff.

Als die marokkanische Gewerkschaft im Februar 1962 innenpolitische Konflikte mit ihrer Regierung hatte, empfing sie Telegramme mit Solidaritätskundgebungen der *Confédération Internationale des Syndicats Arabes* (CISA) und der gleichfalls von ihrer Regierung unterdrückten Gewerkschaft Adens. Die CISA beteiligte sich im Verein mit dem *Weltgewerkschaftsbund* bis zum 1. Juli 1962 an dem *Gewerkschaftskomitee zur Unterstützung der Arbeiter und des Volkes Algeriens*.

## PANAFRIKANISCHE BEWEGUNG

Während die maghrebinische Einigung der Gewerkschaft nur zögernd vorbereitet wird, waren die Vorbereitungen zum *Panafrikanischen Gewerkschaftsbund* sehr viel intensiver. Vorbereitung und Gründung des *Panafrikanischen Gewerkschaftsbundes* wurden von den maghrebinischen Gewerkschaften unterschiedlich beurteilt. Strittig ist dabei besonders das Verhältnis, das nationale Unionen, die Mitglieder des *Panafrikanischen Gewerkschaftsbundes* sind, zu anderen Weltorganisationen der Gewerkschaften haben sollen. Mit dieser Streitfrage trat die panafrikanische Gewerkschaftsbewegung in das Zwielicht der Ost-West-Spannungen. Unter den maghrebinischen Gewerkschaften entfaltete die UMT die größte Aktivität zur Förderung der panafrikanischen Arbeiterbewegung. Sie wurde dabei von der algerischen UGTA unterstützt.

Die UMT forderte eine panafrikanische Arbeiterorganisation, weil sie auf dem gesamten afrikanischen Kontinent eine letzte Zufluchtsstätte des europäischen Kolonialismus sah, und weil die Weltgewerkschaftsorganisationen, die ihren Sitz außerhalb Afrikas haben, ideologisch zu sehr verhärtet seien. Nach Meinung der UMT sind diese Weltorganisationen so parteigebunden im kalten Krieg zwischen Ost und West, daß den Afrikanern daraus nur Schaden entstehen könnte<sup>1</sup>. Die UMT übernahm einige Argumente der UGTAN<sup>2</sup>, ohne allerdings so weitgehende Konsequenzen wie die zentralafrikanische Gewerkschaft zu ziehen.

Am 5. November 1959 schuf die Panafrikanische Gewerkschaftskonferenz in Accra ein Exekutivsekretariat, das von Mahjoub Ben Seddik präsiert wurde. Zu den sechs Sekretären des Exekutivsekretariats zählte Abdelkader Maachou von der UGTA. Die tunesische Gewerkschaft war auf dieser Konferenz nicht vertreten. Aufgabe des Sekretariats war die Vorbereitung des *Panafrikanischen Gewerkschaftsbundes*. Die Konstituierung verzögerte sich um ein Jahr.

Seit November 1959 trugen die beiden nordafrikanischen Gewerkschaften UMT und UGTA wesentlich zur Vorbereitung des *Panafrikanischen Gewerkschaftsbundes* bei. Die für Mai 1960 geplante gesamtafrikanische Konferenz sollte sich mit vier Problemen<sup>3</sup> beschäftigen, von denen zwei im unmittelbaren Interessenbereich der maghrebinischen Gewerkschaften lagen:

1. Praktische Maßnahmen zur Beendigung des algerischen Krieges.
2. Maßnahmen zur Verhinderung von Atomversuchen auf afrikanischem Boden.
3. Redaktion einer Charta zur Verteidigung der gewerkschaftlichen und demokratischen Freiheiten.
4. Gründung eines Koordinationsorgans der afrikanischen Gewerkschaften.

Die UGTT schloß sich erst auf dem zweiten *Afrikanischen Völkerkongreß* (25. bis 30. 1. 1960 in Tunis) den Vorbereitungen am *Panafrikanischen Gewerkschaftsbund* an. Im weiteren Verlauf der Vorbereitung stellten sich einige Schwierigkeiten ein, deren Ursachen im zentralafrikanischen Bereich lagen. Die tunesische Gewerkschaft mahnte, unter diesen Umständen noch sorgfältiger bei der Vorbereitung des *Panafrikanischen Gewerkschaftsbundes* — dem sie prinzipiell zustimmte — zu verfahren. Die nordafrika-

<sup>1</sup> *L'Avant-garde*, Nr. 39, 15. 11. 1959, S. 11.

<sup>2</sup> UGTAN—CNTG, „2ème Congrès National, 7—9 Juillet 1960, Conakry 1960.

<sup>3</sup> *L'Avant-garde*, Nr. 50, 31. 1. 1960.

nischen Probleme traten jetzt immer mehr zurück. Auf dem dritten *Afrikanischen Völkerkongreß* (25. bis 31. 3. 1961 in Kairo) bezogen sich von 18 Resolutionen nur 1 Resolution (über Algerien) unmittelbar und 6 Resolutionen mittelbar auf Nordwestafrika.

Als schließlich auf der Konferenz vom 25. bis 30. Mai 1961 in Casablanca der *Panafrikanische Gewerkschaftsbund* gegründet wurde, kam es zwischen der UMT und der UGTT zu Meinungsverschiedenheiten über Probleme, die durch Guinea, Ghana und Ägypten gestellt worden waren. Die Arbeitervertreter dieser drei Länder sprachen sich für einen „positiven Neutralismus“, d. h. für eine Trennung der afrikanischen Gewerkschaften von überkontinentalen Weltgewerkschaftsorganisationen aus. Die UMT schloß sich der Forderung an. Die UGTT wollte an der organisatorischen Zusammenarbeit mit außerafrikanischen demokratischen Gewerkschaften festhalten. Zunächst schien die Meinungsverschiedenheit zwischen UMT und UGTT schwerwiegend zu sein. Nach der Konferenz traten aber diese Spannungen zeitweilig hinter den Problemen, die durch Zentralafrikaner aufgeworfen wurden, wieder zurück.

Im Vordergrund der Auseinandersetzung stand die Frage, ob afrikanische Gewerkschaften weiterhin Mitglied des IBFG bleiben sollen. Im Hintergrund stehen aber Meinungsverschiedenheiten über die Methode der afrikanischen Einigung. Die UGTT hat den Erfolg ihrer Gewerkschaftspolitik einer föderalistischen Struktur ihrer Organisation zu verdanken. Sie sieht im afrikanischen Syndikalismus — wie in ihrem eigenen Lande — noch zahlreiche Unterschiede in Struktur, Methode und Entwicklung<sup>1</sup>. Die UMT stützt dagegen ihre Macht auf eine straffe zentralistische Organisation. Sie hat die marokkanische Arbeiterschaft durch Maßnahmen der Arbeiterführer vereinigt und erst nach Konstitution der UMT die Zustimmung der Massen erhalten. Diese Methode war mitten im französisch-marokkanischen Krieg unvermeidlich. Diese Methode ist auch jetzt, wo sie in harter Opposition zur Regierung steht, unersetzlich. Aus dieser Erfahrung schließt die UMT, die Einigung der afrikanischen Arbeiterschaft könne am schnellsten durch eine zentrale Organisation erreicht werden<sup>2</sup>.

Die algerische UGTA stand zwar in dieser Auseinandersetzung der UMT näher, versuchte aber, zwischen den verschiedenen Positionen zu vermitteln<sup>3</sup>. Gegenüber den im kalten Krieg engagierten Parteien will die algerische Gewerkschaft neutral bleiben. Sie wehrt sich gegen fremde Einflüsse, doch soll das nicht zum Abbruch freundschaftlicher Beziehungen mit den außerafrikanischen Weltorganisationen der Gewerkschaften führen. Im Gegensatz zur UGTT will die UGTA die organisatorische Einheit der afrikanischen Arbeiterschaft nicht nach der Befreiung, sondern zur Befreiung vom Kolonialismus anstreben<sup>4</sup>. Die organisatorische Zugehörigkeit zum IBFG stellt die UGTA zwar in Frage, doch liegen diese Gründe in ihrem eigenen Verhältnis zum *Internationalen Bund Freier Gewerkschaften*, nicht aber in Prinzipien, die von zentralafrikanischen Arbeiterverbänden aufgestellt werden. Ausdrücklich erklärte die UGTA auf dem Panafrikanischen Gewerkschaftskongreß: „Wir sind für einen authentischen Syndikalismus, der kein steriler Korporatismus ist“<sup>5</sup>. Damit ergriff die UGTA für diejenigen Partei, die Freiheit und Selbständigkeit einiger afrikanischer Arbeitervertretungen in Zweifel stellten.

Auf dem Kongreß in Casablanca (25. bis 30. 5. 1961) wurde der *Panafrikanische Gewerkschaftsbund* gegründet, dessen Bezeichnung allerdings ungewiß ist. Das Organ

<sup>1</sup> Ahmed Tlili, Pressekonferenz, Tunis, 6. 2. 1960.

<sup>2</sup> Mahjoub Ben Seddik, „Rapport de Doctrine et d'Orientation“, Casablanca 1961, S. 11 f.

<sup>3</sup> *L'Avant-garde*, Nr. 116, 3. 6. 1961, S. 7.

<sup>4</sup> Abdelkader Maachou, „Intervention de l'Union Générale des Travailleurs Algériens“, Premier Congrès Syndicale Panafricain, Kongreß-Dokument FR/27.

<sup>5</sup> Abdelkader Maachou, a. a. O.

der marokkanischen Gewerkschaft *L'Avant-garde* nannte den Bund in seiner Ausgabe 116 (3. 6. 1961): *Fédération Syndicale Pan Africaine* (FSPA). In seiner Ausgabe 148 (20. 1. 1962) sprach die UMT aber von der *Union Syndicale Pan-Africaine* (USPA).

Vom 3. bis 7. Februar 1962 trat zum erstenmal das ständige Sekretariat des *Panafrikanischen Gewerkschaftsbundes* mit Vertretern aus Algerien, der VAR, Malis, Guineas, Ghanas und Marokkos in Casablanca zusammen. Auf dieser Konferenz wurde besonders gegen den gewerkschaftlichen „Tschombeismus“ in Afrika, d. h. gegen die Bildung „gelber“ Gewerkschaften, und gegen den Versuch einer politischen „Brazzavilisation“ im Maghreb Stellung genommen<sup>1</sup>. Zum zweitenmal trat das Sekretariat vom 22. bis 25. Juli 1962 in Kairo zusammen.

\*

Acht Monate nach Gründung des *Panafrikanischen Gewerkschaftsbundes* wurde in Dakar gegen den Widerstand der marokkanischen und algerischen Gewerkschaften, aber mit Initiative der tunesischen Gewerkschaft eine zweite panafrikanische Gewerkschaftsorganisation, die *Confédération Syndicale Interafricaine* (CSI<sup>2</sup>) gegründet.

Im Gegensatz zum Bund von Casablanca ist der Bund von Dakar föderalistischer strukturiert. Die CSI (CSA) will in Afrika sieben Regionen schaffen, in denen die nationalen Gewerkschaftsverbände enger zusammenarbeiten. Eine der sieben Regionen umfaßt den Raum Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen und Ägypten. Jede Region stellt fünf Vertreter im Generalrat der CSI. Das Präsidium dieser zweiten afrikanischen Gewerkschaftsföderation wird von dem Tunesier Ahmed Tlili geleitet und stark vom Geist der UGTT geprägt. Von kommunistischer Seite (aber nicht nur von dieser) wird der UGTT vorgeworfen, sie habe bei der Gründung des zweiten *Afrikanischen Gewerkschaftsbundes* zu stark die Interessen des IBFG wahrgenommen<sup>3</sup>. Die Organisation hat in Dakar ihren Sitz. Auf ihrem ersten Kongreß (3. bis 14. 1. 1962 in Dakar) beschloß die neue Organisation, zwar Kontakte zu den nichtafrikanischen Gewerkschaftsverbänden zu unterhalten, sich aber keinem außerafrikanischen Gewerkschaftsbund anzulehnen. Obwohl die UMT nicht an dem Kongreß teilnahm, wurde von den Teilnehmern der Veranstaltung die Haltung der marokkanischen Regierung<sup>4</sup> gegenüber der UMT verurteilt. Der Provisorischen Regierung der Algerischen Republik (GPRA) wurde die Unterstützung der CSI zugesagt.

Die gegensätzliche Haltung der UMT und der UGTT angesichts der panafrikanischen Probleme vergrößerte die Spaltung innerhalb der maghrebischen Gewerkschaftsbewegung. Ausgelöst wurden die Meinungsverschiedenheiten weniger durch gewerkschaftliche als durch politische Probleme. Dabei ist die Uneinigkeit über die politische Lösung innerafrikanischer Probleme größer als die Auseinandersetzung über die Haltung Afrikas gegenüber der außerafrikanischen Welt. Wie dringend auch die Einigung der afrikanischen Gewerkschaften sein mag, die Entwicklung der beiden Bünde FSPA/USPA und CSI/CSA hat gezeigt, daß die Zeit der organisatorischen Zusammenschlüsse noch nicht gekommen ist. Die politische Balkanisierung Afrikas spiegelt sich in den gewerkschaftlichen Unterschieden wider.

<sup>1</sup> *L'Avant-garde*, Nr. 151, 11. 2. 1962, S. 2 f; Nr. 162, 12. 5. 1962, S. 1; *L'ouvrier algérien*, Nouv. Série, Nr. 32, Februar 1962, S. 2.

<sup>2</sup> auch *Confédération Syndicale Africaine* (CSA) genannt.

<sup>3</sup> A. Ben Mustapha, „Une lourde responsabilité“ in: „*Tribune du Progrès*“, Nr. 15, Tunis, Februar 1962, S. 5 f.

<sup>4</sup> Da der Generalsekretär der tunesischen Gewerkschaft, Ahmed Tlili, für diese Resolution verantwortlich war, hat die marokkanische Regierung die gesamte (auch bürgerliche) Presse Tunesiens der Kollektivschuld bezichtigt und ihre Einfuhr und Verbreitung in Marokko verboten. (*Jeune Afrique*, Nr. 70, 30. 1. 1962, S. 13)

## AUSSERAFRIKANISCHE BEZIEHUNGEN

Bis 1958 pflegte die algerische Gewerkschaft keine Kontakte zu den kommunistischen Gewerkschaften, obwohl sie bei den im IBFG angeschlossenen Schwestergewerkschaften nicht die erwartete Unterstützung fand. Zu einigen, dem IBFG angeschlossenen Gewerkschaften, darunter zur CGT-FO und zum DGB, waren anfangs die Beziehungen ziemlich kühl. Unter den Mitgliedern des IBFG fand die UGTA die besten Freunde zunächst in der amerikanischen Gewerkschaft AFL-CIO. Besonders vertraulich waren von Anfang an die Beziehungen zwischen der UGTA und einzelnen Gruppen in der französischen CFTC. Für die politischen Ambitionen waren zuerst weniger die materiellen Hilfen, als die moralischen Unterstützungen entscheidend.

1959 änderte die UGTA ihre Haltung. Die Anhänglichkeit zum Westen, die sie bisher aus ideologischen Gründen zum Prinzip ihrer außenpolitischen Beziehungen machte, gab sie auf. Gleichzeitig verwarf sie den Vorsatz, grundsätzlich nicht mit kommunistischen Gewerkschaften in Verbindung zu treten. Unter dem Eindruck der zentralafrikanischen Gewerkschaftsbewegung UGTAN neigte sie mehr und mehr zu einer neutralistischen Politik<sup>1</sup>.

Keine andere afrikanische Gewerkschaft hat jemals ähnlich intensiv eine außenpolitische Tätigkeit entfaltet wie die UGTA seit dem Jahre 1959. Anregungen dazu gaben die Reisen, die Farhat Hached für die UGTT während der tunesischen Revolution unternahm. Vor allem aber wirkten die außenpolitischen Erfahrungen der FLN auf die neue Aktivität der UGTA. Früher bahnten die Algerier internationale Kontakte an, um im Ausland Verständnis und Sympathie für den algerischen Freiheitskampf zu gewinnen. Jetzt wurden außenpolitische Beziehungen aufgenommen, besonders um materielle Hilfe für Flüchtlingskinder und für die Berufsausbildung zu finden. Die UGTA suchte zu allen Gewerkschaften, gleich welcher politischen Orientierung, Verbindung. Die Aufnahme außenpolitischer Kontakte erfüllte im Jahre 1959 den größten Arbeitsbereich des Generalsekretariats:

Vom 15. bis 18. Januar nahm eine algerische Delegation am Kongreß der UGTAN in Conakry teil, um dort an der Vorbereitung des panafrikanischen Gewerkschaftskongresses mitzuwirken. Vom 24. bis 26. Januar arbeitete die UGTA eine gemeinsame Erklärung mit der italienischen CGIL aus. Vom 16. bis 22. Februar besuchte eine algerische Delegation die Tschechoslowakei. Sie fand dort Erholungsplätze für 13 verwundete algerische Soldaten und Lehrstellen für 21 algerische Arbeiter. Vom 22. Februar bis 4. März besuchte eine Delegation Jugoslawien. Sie fand dort gleichfalls Unterstützung zur Betreuung algerischer Verwundeter, Praktikanten und Flüchtlingskinder.

<sup>1</sup> In einem Abendkursus der algerischen Gewerkschaft beantwortete im März 1959 ein Nationalsekretär der UGTA die Frage eines algerischen Arbeiters, welches Verhältnis zwischen der UGTA und Sowjetrußland herrsche, folgendermaßen: „Rußland kann auf keinen Fall unsere Sympathie gewinnen, unser Vorbild sein. 1917 hat Rußland eine Revolution gegen den Kapitalismus durchgeführt, aber gesiegt hat nicht die Arbeiterschaft, sondern der Staatskapitalismus. Wir wollen in Algerien keinen undemokratischen Polizeistaat schaffen. Natürlich müssen wir außenpolitisch die überaus große materielle Hilfe der Oststaaten anerkennen. Nach unserem Sieg werden wir moralisch verpflichtet sein, freundliche Beziehungen zu den kommunistischen Gewerkschaften in Osteuropa zu pflegen, denn sie, und nicht die demokratischen Gewerkschaften in Westeuropa, helfen uns. Aber innenpolitisch dienen uns die osteuropäischen Gewerkschaften nicht zum Vorbild.“

Vom 1. bis 4. März nahm die UGTA an einer internationalen afrikanischen Konferenz der Postarbeiter teil. Vom 6. bis 13. März besuchte eine Delegation die Bundesrepublik und nahm Kontakte zu den Gewerkschaftssekretariaten in Frankfurt am Main und Stuttgart auf. Mit Unterstützung des DGB wurde eine ständige Vertretung der UGTA in Deutschland eingerichtet. Vom 14. bis 17. März bereiste eine algerische Delegation Österreich. Vom 21. März bis 7. April hielt sich zum erstenmal eine UGTA-Delegation in der Sowjetunion auf. Eine andere algerische Delegation besuchte vom 25. März bis 8. April Ungarn. Vom 23. bis 26. April bereisten die Algerier wiederum Jugoslawien. Vom 24. bis 26. April nahm eine Delegation am 2. Gewerkschaftskongreß der UMT in Marokko teil. Am 1. Mai besuchten Algerier die Kundgebungen in der Ostzone, in der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Marokko, in der Sowjetunion und zum erstenmal in China. Vom 14. bis 18. Mai hielten sich algerische Gewerkschafter in der Tschechoslowakei auf. Vom 24. bis 25. Mai waren Algerier in Bulgarien. Vom 22. Juni bis 3. Juli unternahmen Algerier eine Studienreise durch die Bundesrepublik. Vom 26. Juli bis 4. August nahm die UGTA an den kommunistischen Weltjugendfestspielen in Wien teil. Am 23. August besuchte eine Vertretung der UGTA Rumänien, um anschließend Jugoslawien und die Tschechoslowakei zu bereisen. Vom 17. bis 25. September nahm eine algerische Delegation an dem Kongreß der amerikanischen AFL-CIO in San Franzisko teil. Vom 5. bis 9. November war die UGTA auf dem afrikanischen Gewerkschaftskongreß in Accra vertreten. Vom 3. bis 12. Dezember nahm die UGTA an dem Kongreß des IBFG in Brüssel teil.

Die Außenpolitik der UGTA war so eindringlich, daß sie sich nicht ohne Meinungsverschiedenheiten entfalten konnte. Frantz Fanon schloß die Gewerkschaftsführer in seine heftige Kritik an den „goldenen Kunden der Fluggesellschaften“ ein<sup>1</sup>. Algerische Spaßvögel übersetzten den Buchstaben T (= *Travailleurs*) in den Initialen der Gewerkschaft mit *Tourisme*. Sicherlich hat es Übertreibungen gegeben. Aber die Reisetätigkeit der Gewerkschafter war nicht nur verständlich, sondern auch notwendig. Es liegt nahe, daß Führer und Funktionäre bisher kolonisierter Völker das Bedürfnis haben, Arbeitsgewohnheiten der bisherigen Kolonialherren zu übernehmen. Überdies bieten die zahlreichen Auslandsreisen in Ost-, West- und Entwicklungsländer Vergleichsmöglichkeiten, die auf keine andere Weise besser und anschaulicher gewonnen werden können<sup>2</sup>. Schließlich können die Entwicklungsländer, unter ihnen Algerien im besonderen Maße, innenpolitische Modernisation nur in internationaler Zusammenarbeit erreichen. Sie können nicht — wie in Europa — zuerst nationale und danach internationale Politik betreiben. Sie müssen beides gleichzeitig, ohne Erfahrung und ohne Vorbild, beginnen. Ihre Haltung ist auch deshalb internationalistisch, weil das moderne Problem der Unterentwicklung durch das moderne Kommunikationswesen ausgelöst worden ist und nur mit Hilfe der Kommunikationsmedien gelöst werden kann<sup>3</sup>.

Die aktive Außenpolitik der UGTA hatte nur formellen Erfolg. Die Gewerkschaft fand viele Freunde im Ausland, in den blockgebundenen und in den blockfreien Ländern. Aber fast alle diese Freundschaften sind „platonisch“. 1962 mußten die algerischen Gewerkschaftsführer erkennen, daß die Unternehmer in ihren internationalen

<sup>1</sup> Franz Fanon, *Les damnés de la terre*, Paris 1961, S. 62; siehe auch S. 83 ff.

<sup>2</sup> Selbst Mitarbeitern der UNO und ihrer Sonderorganisationen bietet sich nicht die Möglichkeit, gleichzeitig in den Ost- und Westblock persönlichen Einblick zu haben, wie den Führungskräften der blockfreien Entwicklungsländer.

<sup>3</sup> Paul Bastid, *L'accession du Tiers-Monde aux Nations Unies; l'évolution de leur composition*, in Collection Tiers-Monde, problèmes des pays sous-développés. *Les Nations Unies chantier de l'avenir*, Band I: *Les Nations Unies et les pays sous-développés*, Paris 1961, S. 29 ff. Werner Plum „Nach dem Algerienkrieg“ in: *Hochland*, 54 Jg., Heft 5, Juni 1962, S. 413 ff.

Beziehungen wirksamere und wirklichkeitsnähere Verbindungen haben. Sie lernten verstehen, daß die „internationale Solidarität der Arbeiterschaft“ kaum mehr als eine Proklamation ist. Die neuen Aufgaben in der jungen Republik nötigten die UGTA, sich seit Frühjahr 1962 intensiver der Innenpolitik zu widmen. Außenpolitische Tätigkeit soll künftig von innenpolitischen Bedürfnissen und praktischen Einzelaufgaben bestimmt werden (geplante Entsendung algerischer Stipendiaten, gemeinsame Aktionen mit außerafrikanischen Gewerkschaften in konkreten Belangen).

Mit fast allen außerafrikanischen Gewerkschaften verkehrt die UGTA in einem Stil, der klar und selbstbewußt war. Als typisches Beispiel mag hier ein Brief der UGTA an die CGT zitiert sein<sup>1</sup>: *„Die Sprache unseres Aufrufs an die französischen Arbeiter ist hart, sie drückt aber deutlich unsere Gefühle aus (. . .). Wir haben uns dem IBFG angeschlossen, denn zur Zeit der Gründung der UGTA und in den Jahren 1956/57 kämpften wir unter sehr schwierigen Bedingungen. Wir gehören zur geographischen und militärischen Sphäre des Westens und im Interesse der Arbeiter unseres Volkes konnten wir uns nur dem IBFG anschließen. Dieser Beitritt wurde fast einstimmig von den Arbeitern beschlossen, die an den Generalversammlungen in den Monaten April und Mai in Algier teilgenommen haben. Zu dieser Zeit stand der Weltgewerkschaftsbund noch der Existenz einer algerischen Gewerkschaftsbewegung, die nicht von Paris abhängig war, feindlich gegenüber. Wir wissen sehr genau, daß die Anhänger der FO Kolonialisten und einige ihrer Führer Polizisten sind. Besonders die algerische FO hat sich aktiv an der Ermordung unserer Kameraden und an dem uns bedrohenden Ausrottungskrieg beteiligt. Wir überreichten ihnen alle unsere Unterlagen. Jetzt steht aber unser Eindruck von der CGT-FO und der SFIO fest. Sie stehen auf Seiten derer, die mit uns Krieg führen, sie unterstützen die Ultras von Algerien und Frankreich (. . .). Trotz unserer Zugehörigkeit zum IBFG unterhalten wir freundschaftliche und brüderliche Beziehungen zu allen Arbeitern der Welt, besonders zu denen der sozialistischen Länder, die uns beständig eine bedeutende Hilfe zukommen ließen. Wir sind sehr frei im Wort und in der Tat. Auf menschlicher Ebene ist die CGT die einzige Gewerkschaftsorganisation der Welt, die uns keine Hilfe für die Arbeiter und ihre nach Tunesien und Marokko geflohenen Familien gegeben hat. Hier ist eine große Lücke. Wir haben keine Erklärung für diese Haltung finden können. Wir sagen Euch das nicht im Haß, sondern in Freundschaft, um den völligen Bruch unserer gegenwärtigen und künftigen Beziehungen zu vermeiden (. . .).“*

Mehrere auswärtige Delegationen der UGTA besuchten 1959 außerafrikanische Gewerkschaften. In den Oststaaten wurden insbesondere mit den Gewerkschaften der Tschechoslowakei, der Ostzone, der Sowjetunion, Chinas und Ungarns Kontakte aufgenommen. 1959 waren die Beziehungen zur jugoslawischen Gewerkschaft besonders eng. 1960 wurden die Verbindungen mit dem FDGB und den chinesischen Gewerkschaften fester.

Die Beziehungen zur jugoslawischen Gewerkschaft blieben günstig, obwohl es auf dem 4. jugoslawischen Gewerkschaftskongreß<sup>2</sup> zu Spannungen kam, da auch die Gewerkschaften Israels auf diesem Kongreß zu Gast waren. Die UGTA verließ aus Solidarität zur arabischen Welt den Kongreß.

In der westlichen Welt besuchten 1960 algerische Delegationen die Gewerkschaften Italiens (CGIL), Österreichs, der Schweiz, Norwegens und der Bundesrepublik. Sehr gut sind die Verbindungen zwischen UGTA und AFL-CIO. Mehrmals besuchten algerische Delega-

<sup>1</sup> E. Djilani an A. Dufour, Antwort auf AD/YF vom 17. 8. 1959.

<sup>2</sup> 23.—26. 4. 1959 in Belgrad.



tionen die Vereinigten Staaten. Wenige Wochen vor der Proklamation der Algerischen Republik nahm der Gewerkschaftssekretär Abdennour Ali Yahia eine Einladung der amerikanischen Gewerkschaften an (24. 5. 1962).

\*

Die Beziehungen zwischen dem DGB und der UGTA waren 1958 fast feindselig. Seit 1959 besserten sie sich allmählich. 1961 sah die algerische Gewerkschaft im *Deutschen Gewerkschaftsbund* ihren besten Fürsprecher im *Internationalen Bund Freier Gewerkschaften*.

Die ersten engeren Kontakte wurden im Frühjahr 1958 zwischen beiden Gewerkschaften aufgenommen. Sie bezogen sich vor allem auf die soziale Lage der algerischen Arbeiter in der Bundesrepublik, die berufliche und gewerkschaftliche Ausbildung algerischer Gewerkschafter und die Betreuung algerischer Flüchtlingskinder. Die 1958 aufgenommenen Kontakte hinterließen bei den Algeriern einen schlechten Eindruck, weil sie sich vom Bundesvorstand des DGB aufgefordert fühlten, vor Einleitung der Gespräche ein anti-kommunistisches Bekenntnis abzulegen<sup>1</sup>. Mit besseren Ergebnissen kehrte im Frühjahr 1959<sup>2</sup> eine Delegation der UGTA aus der Bundesrepublik zurück. Sie hatte — den algerischen Berichten zufolge — besonders bei den Metall- und Bauarbeitern politisches Verständnis und materielle Hilfe gefunden. Im September 1959 kamen die ersten Stipendiaten der IG Bau Steine Erde nach Deutschland. Im Mai und Oktober 1960 nahmen algerische Gewerkschafter an den Kongressen der IG Metall teil. Seitdem erstreckt sich die Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der algerischen Gewerkschaft vor allem auf folgende Gebiete:

- Der DGB unterstützt das *Büro zur sozialen Betreuung nordafrikanischer Arbeiter* (BSBNA) in Köln.
- Algerische Arbeiter erhalten Fortbildungsstipendien.
- Der DGB vermittelt den im deutschen Exil lebenden Algeriern je nach den örtlichen Möglichkeiten Arbeitsplätze und steht ihnen bei der sozialen Betreuung zur Verfügung.
- Algerische Arbeiter nehmen an Kursen der Gewerkschaftsschulen teil.
- Der DGB unterstützt im IBFG algerische Belange.

Wenn auch DGB und UGTA zu einem besseren Verhältnis fanden, so blieben die Beziehungen doch nicht ohne Spannungen und Mißverständnisse. Auf deutscher Seite hielt sich der Verdacht, die algerische Gewerkschaft sei von Kommunisten unterwandert. Auf algerischer Seite festigte sich der Eindruck, der DGB stehe in einem Hörigkeitsverhältnis zur CGT-FO und neige zur Rassendiskriminierung, da ihm anscheinend die Solidarität der westeuropäischen Arbeiterschaft wichtiger als eine loyale Zusammenarbeit mit der afrikanischen Arbeiterschaft zu sein scheint. Beide Seiten können ihre Vorurteile mit Indizien bekräftigen<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Tatsächlich war die UGTA zu dieser Zeit noch ausgesprochen antikommunistisch, allerdings mit anderen Akzenten als der DGB. Es wird wahrscheinlich niemals exakt nachzuprüfen sein, welche Bedeutung die Mißverständnisse, die im Frühjahr 1958 zwischen DGB und UGTA auftraten, für den außenpolitischen Kurswechsel der algerischen Gewerkschaft gehabt haben. Wie dem auch sei, die Deutschen haben damals eine charismatische Stunde versäumt.

<sup>2</sup> 6.—13. 3. 1959.

<sup>3</sup> Die wirklichen Ursachen der Spannungen und Mißverständnisse liegen aber wahrscheinlich nicht im „Kommunismus“ der einen oder der „Rassendiskriminierung“ der anderen, sondern im Unterschied der politischen Temperamente. Die einen machen den Eindruck „sprunghaft“ und „launisch“ zu sein, die anderen wecken den Verdacht, sich hinter „Formalismus“ und „Bürokratie“ einer Entscheidung zu entziehen. Im Gegensatz zu deutschen Gewerkschaftern gelang es einigen katholischen Gruppen in der Bundesrepublik, diese „Klimaunterschiede“ zu berücksichtigen. Sie stellten entsprechend freundschaftlichere Beziehungen zur UGTA her.

Als die algerische Gewerkschaft im Frühjahr 1958 den Eindruck gewann, der DGB wolle sie in eine antikommunistische Position drängen, gab die UGTA ihre tatsächlich anti-kommunistische Haltung auf und suchte offizielle Kontakte zum FDGB. Im Herbst 1958 nahm eine algerische Delegation die Einladung der ostdeutschen Gewerkschaft an. Dazu erklärte die UGTA in ihrem Organ *L'Ouvrier Algérie*<sup>1</sup>: „... Andere finden es seltsam, daß eine Delegation der UGTA auf Einladung des FDGB die Deutsche Demokratische Republik aufsucht, als ob unsere Zentrale, von allem ausgeschlossen, dazu verurteilt sei, ihre Beziehung auf gewisse nationale oder internationale Gewerkschaftsorganisationen zu beschränken. Es ist wahr, die algerischen Arbeiter haben frei und in einem Kongreßbeschuß den Beitritt der UGTA zum IBFG beschlossen. Wir sind und wir bleiben im IBFG. Aber wir denken nicht daran, daß diese Wahl, getroffen auf der Basis von Prinzipien, denen wir treu bleiben, notwendig auch einen Bruch mit einem bedeutenden Teil der Weltarbeiterklasse beinhaltet und dazu führt, daß wir der Hälfte der Menschheit mißtrauisch den Rücken zeigen (...). Nach vier Jahren gnadenlosem Krieg ist es den Führern der UGTA nicht gestattet, eine Hilfe, gleich von wo sie kommt, abzuweisen.“ Der FDGB leistete vor allem Geld- und Sachspenden. Er stellte Freiplätze für algerische Stipendiaten zur Verfügung. Doch gerade die algerischen Praktikanten, die eine Berufs- oder Studiausbildung in der Ostzone genossen, gaben häufig Anlaß zu ernststen Meinungsverschiedenheiten. Einige algerische Praktikanten klagten über den Mangel persönlicher Freiheit<sup>2</sup>. Die ostdeutschen Behörden waren ebenfalls unzufrieden über ihre algerischen Gäste.

Eine zweite algerische Delegation besuchte im Mai 1960 den FDGB. Es wurde beschlossen, daß ein Vertreter der UGTA alle drei Monate Ostberlin aufsuche, um die jeweils nötigen Maßnahmen zur sozialen Betreuung der algerischen Stipendiaten zu besprechen. Außer diesen offiziellen Kontakten nahm der FDGB seit 1959 eine intensive Briefkampagne auf. Systematisch schickten Ortsverbände des FDGB Briefe mit etwa gleichlautendem Inhalt, meist in deutscher Sprache, an die Zentrale der UGTA. Regelmäßig waren diese Briefe von einer mehr oder weniger bedeutenden Sachspende begleitet. Der Inhalt dieser Briefe richtete sich u. a. gegen den DGB, die westdeutsche Remilitarisierung und den westlichen Kolonialismus. Niemals wurden der UGTA Vorwürfe wegen ihrer Zugehörigkeit zum IBFG und ihrer Kontakte zu westlichen Gewerkschaften gemacht. Auf westlicher Seite hatte die UGTA eine ähnliche politische „Toleranz“ nur im Episkopat der katholischen Kirche erfahren. Zu Gruppen, die diese Toleranz zeigten und damit ihr Verständnis für die schwierige politische Lage der algerischen Gewerkschaft zu erkennen gaben, zeigte sich die UGTA in besonders freundschaftlicher Weise verbunden. Die freundschaftlichen Verbindungen zum FDGB lockerten sich 1961, als die politischen Organe der Ostzone den Algeriern nicht annehmbare Bedingungen stellten. Außerdem waren ohne Wissen und Einflußvermögen der FLN oder UGTA eine unbekannte Anzahl Algerier mit Unterstützung der PCF aus Frankreich in der Ostzone aufgenommen und unter den Einfluß der in den Osten exilierten PCA gestellt worden.

Zuletzt besuchte eine algerische Gewerkschaftsdelegation vom 2. bis 7. November 1961 den FDGB, um die Beziehungen zwischen den beiden Gewerkschaften wieder zu stabilisieren. Auf dieser Begegnung protestierte der FDGB „gegen die Ermordung und Verschleppung tausender algerischer Patrioten durch den französischen Kolonialismus und

<sup>1</sup> Nouv. Série, No. 2, Dezember 1958, S. 2.

<sup>2</sup> Aus dem Brief eines algerischen Stipendiaten: „... Mit der Polizei habe ich viele Schwierigkeiten und auch mit den Professoren und mit den Besatzungsbehörden. Das Leben hier wird immer mehr schwer für mich und für alle, und ich bin nicht der einzige, der wegfahren will (...). Dieser Staat ist jetzt für mich wie eine Hölle. Je ne peux pas dire tout ce qui se passe, mais je voudrais bien être près de vous pour vous expliquer ce qui ne va pas ...“

seine imperialistischen und militaristischen Helfershelfer“. Die UGTA erkannte ihrerseits „die große Rolle der DDR in der Sicherung des Friedens“ an<sup>1</sup>.

Diese Beteuerung schützte die UGTA jedoch nicht vor neuen Angriffen. Helmut Nimschowski, Assistent am Orientalischen Institut der Universität Leipzig, verstieg sich sogar zu dem Vorwurf, die algerische Gewerkschaft unterstütze die NATO-Politik: Die Kommunistische Partei Algeriens „begrüßt den Widerstand der UGTA gegen Einflüsterungen des IBFG und unterstützt den Allafrikanischen Gewerkschaftsbund. Um so mehr bedauert die KPA, daß die vom IBFG inspirierte Gründung eines (reformistischen) afrikanischen Gewerkschaftsverbandes im November 1960 die Zustimmung der UGTA fand, daß die UGTA die Resolution der IBFG-Konferenz in Brüssel vom Februar 1961 unterzeichnete, die die NATO-Politik sanktionierte<sup>2</sup>.“

Im Mai 1962 intervenierte die UGTA beim FDGB gegen die Verurteilung des westdeutschen Gewerkschaftsredakteurs Heinz Brandt.

Die Stellung der algerischen Gewerkschaft gegenüber dem FDGB ist deshalb so schwierig, weil die Ostzone einerseits sehr große materielle Hilfe geleistet hat, andererseits aber kein Verständnis für die Probleme der nordafrikanischen Politik aufbringen kann.

\*

Die politischen Beziehungen zwischen dem *Internationalen Bund Freier Gewerkschaften* und UGTA haben vor allem drei Aspekte:

1. Der IBFG setzte sich für die Herstellung politischer Freiheiten und gewerkschaftlicher Rechte in Algerien ein. Er erkannte das Selbstbestimmungsrecht des algerischen Volkes an und verurteilte die Inhaftierung und Folterung algerischer Gewerkschaftsführer in französischen Haftanstalten. Er unterstützte die Friedensverhandlungen zwischen der französischen und algerischen Regierung. Insbesondere setzte er sich — vergebens — für die Freilassung des Gewerkschaftsführers Adissat Idir<sup>3</sup> ein. Proteste und Beschlüsse<sup>4</sup> wurden meist bei Stimmenthaltung oder gegen die Stimme der CGT-FO gefaßt<sup>5</sup>. Der IBFG fand bei dem Versuch, eine Untersuchung über die Konzentrationslager und die soziale Lage in Algerien durchzuführen, nicht die Unterstützung der französischen Regierung.

2. Der IBFG leistete über den „*Internationalen Solidaritätsfonds*“ der UGTA finanzielle Hilfe vor allem zur Berufsausbildung algerischer Gewerkschaftsmitglieder. Von 1958

<sup>1</sup> *L'Ouvrier Algérie*, Nouv. Série, Nr. 30, Dezember 1961, S. 2.

<sup>2</sup> Helmut Nimschowski, „Zur Rolle der Kommunistischen Partei Algeriens im nationalen Befreiungskampf“ in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, IX. Jahrgang, Sonderheft „Zur Geschichte des Kolonialismus und der nationalen Befreiung“, Berlin (Ost-) 1961, S. 90. Im gleichen Aufsatz behauptete Nimschowski: Die FLN „steht unter Führung der nationalen Bourgeoisie und des Kleinbürgertums“ (S. 84). Vgl. auch „*Informations Algériennes*“, Bulletin édité par la délégation extérieure du Parti Communiste Algérie.

<sup>3</sup> Siehe u. a. *Freie Gewerkschaftswelt*, Nr. 104, Februar 1959, S. 55; Nr. 106, April 1959, S. 154 f; Nr. 111, September 1959, S. 376.

<sup>4</sup> Der IBFG gab über Algerien folgende Erklärungen ab: im April 1956 (Unterausschuß in Brüssel), im Juli 1956 (Vorstand in Brüssel), im Juli 1957 (Weltkongreß in Tunis), im November 1957 (Vorstand in Brüssel), im Juli 1958 (Vorstand in Brüssel), im November 1958 (Vorstand in Brüssel), im Oktober 1959 (Unterausschuß in Brüssel), im Dezember 1959 (Weltkongreß in Brüssel), im Juli 1960 (Vorstand in Brüssel), im Dezember 1960 (Vorstand in Brüssel), im Februar 1961 (Sonderkonferenz in Brüssel), im März 1961 (Vorstand in Brüssel), im November 1961 (Vorstand), im Juli 1962 (Weltkongreß in Westberlin). Am 10. Juli 1962 besuchte eine Delegation des IBFG die UGTA in Algier.

<sup>5</sup> In der vom IBFG herausgegebenen Schrift: John Riddel, „*Die freien Gewerkschaften im Kampf für die Freiheit Afrikas*“, Brüssel/Lagos, 1961, wird festgestellt (S. 17 f.): „Es mag am Rande erwähnt werden, daß unsere französische Mitgliedsorganisation, die CGT-FO, stets für eine friedliche und demokratische Lösung (in Algerien) eingetreten ist und keine Anstrengung gescheut hat, unsere Vorstellungen wegen inhaftierter Gewerkschafter bei den französischen Behörden zu unterstützen. Sie muß jedoch auch mit gewissen Schwierigkeiten innerhalb ihrer eigenen Reihen rechnen.“

bis 1961 konnten 481 Algerier diese Ausbildungsbeihilfe in Anspruch nehmen. Trotzdem klagte die UGTA darüber, daß der IBFG den ungarischen Flüchtlingen größere Aufmerksamkeit als den algerischen Flüchtlingen widme, während sich die Gewerkschaften der volksdemokratischen Länder besonders für das algerische Problem interessieren<sup>1</sup>. 3. Im Frühjahr 1959 wurden die Beziehungen zwischen dem IBFG und der UGTA gespannt, weil unter dem Einfluß der zentralafrikanischen Gewerkschaft UGTAN zum erstenmal der Austritt der algerischen Gewerkschaft aus dem *Internationalen Bund Freier Gewerkschaften* erwogen wurde. Die Spannungen konnten aber innerhalb des IBFG mit dem Zugeständnis von Sonderrechten der nordafrikanischen Gewerkschaften gemildert werden. Zahlreiche Mißverständnisse wurden auf der 3. afrikanischen Regionalkonferenz des IBFG vom 7. bis 11. November 1960 in Tunis ausgeräumt.

\*

Obwohl die UGTA nicht Mitglied des kommunistischen *Weltgewerkschaftsbundes* (WGB) ist, unterhält sie mit ihm doch gute und regelmäßige, wenn auch wenig profilierte Beziehungen<sup>2</sup>. Vom 17. bis 22. Oktober 1960 tagte auf Kuba das *Internationale Gewerkschaftskomitee der Solidarität mit den Arbeitern und dem Volk Algeriens*. Einer Aufforderung dieses Komitees folgend, schrieb der Generalsekretär des *Weltgewerkschaftsbundes* am 5. November 1960 den nationalen Mitgliederorganisationen und regte sie an, am 30. November 1960 je nach den nationalen Umständen einen „Solidaritätstag mit den Arbeitern und dem Volk Algeriens“ zu feiern. Dieser Aufforderung kamen die Gewerkschaften der Sowjetunion, Polens, der Ostzone, Ungarns, Rumäniens, der Mongolei und der Tschechoslowakei nach. Davon angeregt feierten am 5. Dezember 1960 alle italienischen Gewerkschaften gemeinsam mit italienischen Studenten einen eigenen Solidaritätstag. Der *Weltgewerkschaftsbund* wiederholte seine Aufforderung zum 1. November 1961.

Im Dezember 1960 schlug der *Weltgewerkschaftsbund* vor, zusammen mit den beiden anderen Weltgewerkschaftsorganisationen, den drei französischen Gewerkschaften und der UGTA an einem neutralen Ort über gemeinsame Hilfeleistungen für Algerien zu beraten. Eine Arbeitsgemeinschaft des *Comité Syndical pour le soutien des travailleurs et du peuple algériens* wurde tatsächlich in Zusammenarbeit mit dem *Weltgewerkschaftsbund* und der *Confédération Internationale des Syndicats Arabes* (CISA) gebildet. Das Komitee hatte insgesamt vier Zusammenkünfte, zuletzt am 28. Juni 1962 in Casablanca,

<sup>1</sup> Ansprache der UGTA auf dem 6. Weltkongreß des IBFG vom 3. bis 12. 12. 1959 in Brüssel. *L'Ouvrier algérien*, Nouv. Série, Nr. 11, Januar 1960, S. 5. Zahlenangaben über die Hilfeleistungen des IBFG über den *Internationalen Solidaritätsfonds* sind sehr widerspruchsvoll und können hier nicht überprüft werden.

<sup>2</sup> Am 10. Dezember 1954 protestierte der Generalrat des WGB in Warschau gegen die Verletzung gewerkschaftlicher Freiheiten in Algerien. Am 1. Mai 1956 schlug Louis Saillant, Generalsekretär des WGB, in Paris eine Zusammenarbeit der Weltgewerkschaftsverbände in der Algerienfrage vor. Am 9. Juni 1956 wurde dieser Vorschlag vom Sekretariat des *Weltgewerkschaftsbundes* erläutert. Am 14. November 1956 machte der WGB den arabischen Arbeiterverbänden einen ähnlichen Vorschlag. Weitere Erklärungen zur Algerienfrage veröffentlichte der WGB am 30. Oktober 1956 (Generalrat in Sofia), am 22. November 1956 (Brief an Robert Lacoste), 29. November 1956 (Anzeige beim IAA), 13. Dezember 1956 (Memorandum an UNO), Februar 1957 (Exekutivrat), 6. April 1957 (Sekretariat), 12. Juli 1957 (Aufruf an IBFG), 27. Juli 1957 (Exekutivrat in Moskau), 4. bis 15. Oktober 1957 (IV. WGB-Kongreß in Leipzig), 9. Oktober 1958 (Brief an UGTA), 19. September 1958 (Telegramm an UNO), 10. Dezember 1958 (Protest beim IAA), 8. Januar 1959 (Telegramme an französische Behörden), 15. August 1959 (Brief an IAA), 28. November 1959 (Telegramm an UNO), 17. Dezember 1959 (Exekutivrat in Bukarest), 9. Juni 1960 (Generalrat in Peking), 19. September 1960 (Brief an UNO), 1. November 1960 (Botschaft an UGTA), 24. April 1961 (Botschaft an die französischen Gewerkschaften), 19. Mai 1961 (Botschaft an UGTA), 20. Oktober 1961 (Brief an UNO), 15. November 1961 (Louis Saillant protestiert bei der französischen Regierung), 4. bis 15. Dezember 1961 (V. WGB-Kongreß in Moskau), 19. März 1962 (Erklärungen an UGTA und CGT).

mit Vertretern der internationalen Verbände WGB und CISA. Außerdem nahmen die Gewerkschaften Albaniens, Algeriens, Bulgariens, Chiles, Chinas, Frankreichs (CGT), Ghanas, Guineas, Ungarns, Indonesiens, Italiens (CGIL), Jordaniens, Malis, Polens, der Ostzone, Nordvietnams, Rumäniens, des Senegals, der Tschechoslowakei, der UdSSR, Jugoslawiens, Marokkos, Ceylons, Zyperns, des Kongos (Léopoldville), Dahomeys und der VAR an den Arbeiten des Hilfskomitees teil. Am 1. Juli 1962 wurde die Arbeitsgemeinschaft wieder aufgelöst.

Anläßlich des Waffenstillstandes (19. 3. 1962) tauschten WGB und UGTA miteinander Botschaften aus<sup>1</sup>.

\*

Die Beziehungen zwischen den drei französischen Gewerkschaften CGT, CGT-FO und CFTC mit der UGTA sind unterschiedlicher Natur. Bezeichnend ist dafür eine Bemerkung, die der algerische Gewerkschaftssekretär Aissat Idir wenige Wochen nach Gründung der UGTA machte<sup>2</sup>: „CGT und FO stimmen diesmal miteinander überein, uns zu verdammen. Für die CGT sind wir Spalter, für Monsieur Lafond von der Force Ouvrière werden wir von den Amerikanern vorgeschoben. Was die christlichen Gewerkschaften betrifft, so kennen wir im Augenblick noch nicht ihre Haltung.“

Sehr schlecht verstanden sich CGT-FO und UGTA, obwohl beide Gewerkschaften über den IBFG miteinander verbunden sind. Die FO hat sich fast während des ganzen algerischen Krieges offen für die Unterdrückung des algerischen Freiheitskampfes ausgesprochen und die besonders grausame Politik des Sozialisten Robert Lacoste in Algerien unterstützt. Von dieser Haltung nahm sie nur zögernd im weiteren Kriegsverlauf Abstand<sup>3</sup>. Die erste gemeinsame Erklärung von CGT-FO und UGTA wurde am 9. Februar 1961 in Brüssel veröffentlicht. In dieser Erklärung sprachen sich beide Gewerkschaften für gemeinsame Verhandlungen der französischen und algerischen Regierung und für das Selbstbestimmungsrecht des algerischen Volkes aus. Im Juni 1962 hoffte die CGT-FO, „daß eine glückliche Zusammenarbeit zwischen den algerischen und französischen Verbänden, die zum IBFG gehören und die gleichen Gewerkschaftskonzepte haben, fortbestehen bleibe“<sup>4</sup>.

Wenig erfreulich waren die Beziehungen der UGTA zur CGT. Die Algerier warfen dieser Gewerkschaft politischen Opportunismus vor<sup>5</sup>. Ihrerseits hielt sich die CGT von einer Kritik an der Algerienpolitik der französischen Regierung zurück und betonte diese Reserve selbst, als am 27. Oktober 1960 die übrigen französischen Gewerkschaften zusammen mit der nationalen Studentenunion (UNEF) und dem Lehrerverband (FEN) gegen die französische Algerienpolitik demonstrierten. Erst am 21. Februar und am 11. Juli 1961 unterzeichnete die CGT gemeinsam mit der UGTA Aufrufe zu algerisch-französischen Friedensverhandlungen.

Mit keiner anderen französischen Gewerkschaft unterhielt die UGTA so freundliche Verbindungen wie zur CFTC. Öffentliche Erklärungen der CFTC sprachen während des ganzen Algerienkrieges unverhohlen die Sympathie für den algerischen Freiheitskampf aus. In Algerien führte diese Gewerkschaft einen offenen Kampf gegen die Ultras<sup>6</sup>, in

<sup>1</sup> Fédération Syndicale Mondiale, *La Presse Syndicale*, Nr. 6, Prag, 18. 3. 1962, Sondernummer: *Spécial Algérie*.

<sup>2</sup> Aissat Idir, Interview mit der tunesischen Wochenzeitung *L'Action*, Nr. 43, 12. 3. 1956.

<sup>3</sup> „Le tradition raciste et anti-ouvrière de CGT-FO“ in: *L'ouvrier algérien*, 1. Jg. Nr. 10, 14. 12. 1956, S. 1.

<sup>4</sup> *Le Monde*, 20. 6. 1962.

<sup>5</sup> *L'Ouvrier algérien*, Nouv. Série, Nr. 5, Juli 1959, S. 3.

<sup>6</sup> Vgl. *Le Monde*, 10. 6. 1961.

Tunis suchte sie mehrfach Verbindung zum Generalsekretariat der UGTA, um technische Hilfe bei der Ausbildung muslimischer Arbeiter anzubieten. Wie keine andere französische Gewerkschaft wies sie auf die sozialen Mißstände der einheimischen Arbeiterschaft Algeriens hin<sup>1</sup>. Im Mai 1961 besprachen drei Vizepräsidenten der CFTC mit Sekretären der UGTA in Tunis Möglichkeiten der künftigen Zusammenarbeit.

\*

Die marokkanische Außenpolitik war niemals sehr aktiv. Das spiegelt sich auch in den außenpolitischen Beziehungen der UMT wider.

Unter den Gewerkschaften der westlichen Welt haben die amerikanischen AFL-CIO die besten Verbindungen zur marokkanischen Gewerkschaft. 1959 besuchte Mahjoub Ben Seddik die Vereinigten Staaten. Im gleichen Jahr nahm eine Gruppe marokkanischer Arbeiter an einem amerikanischen Gewerkschaftskursus teil. 1960 besuchten sich gegenseitig amerikanische und marokkanische Delegationen.

Die Beziehungen zwischen DGB und UMT sind wenig profiliert, während die Kontakte zwischen dem FDGB und der marokkanischen Gewerkschaft verhältnismäßig intensiv sind. 1959 besuchten drei Delegationen der UMT die Ostzone. Im September 1961 war die UMT vom FDGB zur Teilnahme an einer internationalen Gewerkschaftsbesprechung über das Berlin-Problem eingeladen worden. Die Marokkaner nannten „materielle und technische Gründe“, die sie daran hinderten, dieser Einladung zu folgen. Sie begrüßten aber in einem Telegramm die Initiative des FDGB und erklärten sich bereit, jede Aktion zu unterstützen, die zu einer friedlichen Lösung des Berlin-Problems, zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages „mit den deutschen Staaten“ und zur Verminderung der Kriegsgefahr beitrage<sup>2</sup>. In einem Kommentar zu diesem Telegramm meinte das Presseorgan der UMT, eine friedliche Lösung könne nur logisch und endgültig sein, wenn die offensichtliche Existenz „der beiden deutschen Staaten, der Deutschen Demokratischen Republik und der deutschen Bundesrepublik“ in Betracht gezogen würde. Dieser Dualismus soll in einem Friedensvertrag juristisch bestätigt werden, um so die Ursachen des Krieges an ihren Wurzeln zu fassen.

Bezeichnend für die auswärtigen Beziehungen der UMT ist die Veröffentlichung der Beileidsbotschaften anlässlich des Erdbebens in Agadir (1. März 1960) im Gewerkschaftsorgan *L'Avant-garde*<sup>3</sup>. Genannt werden Botschaften der Gewerkschaften der Ostzone, der Tschechoslowakei, Frankreichs (CGT), der Sowjetunion, Ghanas, Spaniens, Albaniens, Großbritanniens, Chinas, Ungarns und Bulgariens.

1959 bereisten marokkanische Delegationen die Ostzone, China, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei, Bulgarien, die USA und Ägypten. Im April 1959 wurde der 2. Gewerkschaftskongreß der UMT von den Gewerkschaften Frankreichs (CGT und CFTC), der Bundesrepublik, Italiens (CGIL), Belgiens (FGTB), Libyens, der Arbeiterorganisation Spaniens und dem IBFG begrüßt.

Besonders herzlich sind die Kontakte zur jugoslawischen Gewerkschaft. Vom 28. September bis 4. Oktober 1960 besuchte eine jugoslawische Gruppe Marokko und vereinbarte mit der UMT einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch, vor allem bei gewerkschaftlichen Problemen der Lehrer, der Berg- und Landarbeiter. Die Jugoslawen zeigten sich sehr an einer Zusammenarbeit der Gewerkschaftspresse, die Marokkaner am Studium des gewerkschaftlichen Bestimmungsrechtes in Jugoslawien interessiert.

<sup>1</sup> *Syndicalisme CFTC*, Nr. 752, 1959.

<sup>2</sup> *L'Avant-garde*, Nr. 132, 23. 9. 1961, S. 5.

<sup>3</sup> Nr. 56, 12. 3. 1960, S. 3.

Leidenschaftliche Anteilnahme zeigte die UMT für die Situation der Arbeiter in Spanien. Während des spanischen Generalstreiks im Frühjahr 1962 erinnerte die UMT „an den großen Nationalstreik der spanischen Arbeiter gegen das spanische Kolonialunternehmen im Rifgebirge. Wir vergessen nicht einen Francisco Ferrer, von der Reaktion hingerichtet, weil er eine wirkungsvolle Hilfe für die Rif-Revolution des Emir Abdelkrim El Khattabi leistete<sup>1</sup>.“ Erinnerungen an den spanischen Bürgerkrieg wurden wachgerufen. Die Zeitung *L'Avant-garde* veröffentlichte ausführliche Berichte über die soziale Lage der spanischen Arbeiter<sup>2</sup>.

Die Beziehungen zum kommunistischen *Weltgewerkschaftsbund* sind locker. Feste Verbindungen bestehen dagegen durch die JOM zum kommunistischen Weltjugendverband. Kurz nach ihrer Gründung nahm die JOM an den 6. Jugendfestspielen 1957 in Moskau teil. Sie besuchte 1958 in Prag die 1. Weltgewerkschaftskonferenz der Arbeiterjugend. Im gleichen Jahr nahm sie an der 3. Weltjugendversammlung in Neu-Delhi und an dem Exekutivkomitee der FMJD in Colombo teil. Seitdem fehlte die JOM auf kaum einer internationalen Veranstaltung der kommunistischen Jugendbewegung.

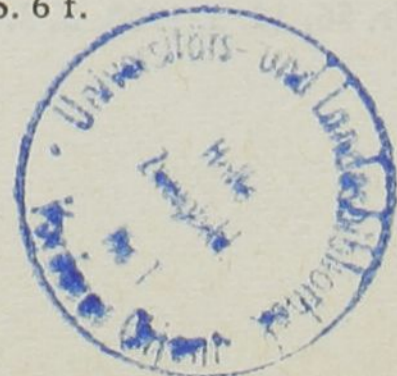
Die Verbindungen der autonomen marokkanischen Gewerkschaftsbewegung zum *Internationalen Bund Freier Gewerkschaften* reichen bis auf das Jahr 1951 zurück. Damals versuchte der IBFG mehrmals, die französische Regierung zur Anerkennung der gewerkschaftlichen Grundrechte in Marokko zu bewegen<sup>3</sup>. Ende 1960 mußte der IBFG wiederum gegen die Beschneidung der gewerkschaftlichen Rechte — nun durch die marokkanischen Regierung — beim *Internationalen Arbeitsamt* protestieren<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> *L'Avant-garde*, Nr. 162, 12. 5. 1962, S. 10.

<sup>2</sup> Nr. 167, 9. 6. 1962; Nr. 180, 4. 8. 1962, S. 7.

<sup>3</sup> John Riddell, *Die freien Gewerkschaften im Kampf für die Freiheit Afrikas*, Brüssel/Lagos 1961, S. 14 ff.

<sup>4</sup> „Die Lage in Marokko“ in: *Freie Gewerkschaftswelt*, Nr. 127, Januar 1961, S. 6 f.



n.  
en  
en  
t,  
bi  
ie  
er  
  
r-  
d.  
u  
m  
m  
er  
  
r-  
ls  
k-  
G  
ie

GEISTIGE KONZEPTE

1,







Obwohl die maghrebinischen Gewerkschaften noch sehr jung sind, haben sie eigene, wenn auch nicht immer definierte Konzepte von Wirtschaft, Gesellschaft, Staat, internationalen Beziehungen usw. Drei Einflüsse sind besonders deutlich zu erkennen:

1. Die traditionellen Soziallehren Nordafrikas, insbesondere der Islam und außerislamische Überlieferungen der einheimischen Bevölkerung.
2. Der französische Sozialismus und die französische Gewerkschaftsbewegung.
3. Die Erfahrung der jüngsten nationalen und sozialen Revolution im Maghreb.

Unterschiedliche kulturhistorische Entwicklungen führten zu Verschiedenheiten der Soziallehren in den drei maghrebinischen Ländern. Marokko unterscheidet sich deutlich von Algerien und Tunesien<sup>1</sup>. In allen drei Ländern konnte der Islam nachhaltig auf die traditionellen Gesellschaftsordnungen und -lehren einwirken. Die Einflüsse des Islam auf die modernen Gesellschaftsordnungen sind unterschiedlich und noch nicht endgültig zu bestimmen.

Im maghrebinischen Bereich war besonders Algerien von den islamischen Reformbestrebungen Ben Badis' erfaßt worden<sup>2</sup>. Wenn auch die algerische Gewerkschaft weit von der *Gesellschaft der Ulemas*<sup>3</sup> entfernt ist, so sind doch viele Gewerkschaftsführer direkt oder indirekt von den islamischen Reformen beeinflusst worden. Die algerische Modernisation des Islam und die Religiosität brachte viele algerische Gewerkschafter in engen persönlichen Kontakt mit französischen Katholiken, die in der Arbeitermission, in der JOC und im linken Flügel der CFTC ein ähnliches religiöses Erlebnis gehabt haben. Einige französische Katholiken aus dem Kreis von Mounier und Mandouze entschlossen sich sogar zur Zusammenarbeit in oder mit der UGTA. Das gleichartige Erlebnis und die ähnliche politische Situation führte zu engen Freundschaften zwischen „linken“ Katholiken Frankreichs und „linken“ Muselmanen Algeriens. Während die „linken“ Katholiken Frankreichs von der katholischen Hierarchie, insbesondere vom Vatikan beargwöhnt werden, erfahren die algerischen Gewerkschafter ähnliches Mißgeschick in europäischen Gewerkschaftszentralen. Die einen wie die anderen werden — sei es in „Rom“, sei es in „Brüssel“ — kommunistischer Neigungen verdächtigt.

Die Eigenwilligkeit der drei nordafrikanischen Gewerkschaften, die Haltung der UGTA gegenüber den Weltgewerkschaftsorganisationen, insbesondere dem IBFG, läßt sich leicht vergleichen mit den Bewegungen der *Circoncensionen* und *Donatisten* im 4. Jahrhundert. So wie sich die Berber mit ihrer antizentralistischen Bewegung der Donatisten von der geistigen Vorherrschaft der römischen Christen lösen wollten, so bemühten sich die Sklaven und das Landproletariat in der Bewegung der *Circoncensionen* um unbedingte soziale Gleichheit der in Nordafrika lebenden einheimischen Bevölkerung und europäischen Siedler<sup>4</sup>. Die algerische Gewerkschaft verhielt sich im *Internationalen Bund Freier Gewerkschaften* „donatistisch“; die FLN nahm in den algerisch-französischen Friedensverhandlungen bei dem Rechtsstreit um die Stellung der europäischen Minderheit die Haltung der *Circoncensionen* ein.

Algerische Gewerkschafter und französische Katholiken haben beide einen progressistischen Standpunkt jeweils innerhalb ihrer Gesellschaft. Beide neigen in ihrer Weise zum Laizismus; die einen wollen das Laienpriestertum stärken, die anderen sehen im ehrenamtlichen oder halbamtlichen Gewerkschaftsfunktionär ein ideales Führungsprinzip. Beide wollen ohne Umwege die Rückkehr zu ihren geistlichen Quellen finden, die einen

<sup>1</sup> Jacques Berque, „*Structures sociales du Haut Atlas*“, Paris 1955. Malek Bennabi, „*Vocation de l'Islam*“, Paris 1954.

<sup>2</sup> Werner Plum, „*Algerische Dichtung der Gegenwart*“, Nürnberg 1959, S. 49 ff., 63 f.

<sup>3</sup> Islamische Schriftgelehrte.

<sup>4</sup> Charles-André Julien, „*Histoire de l'Afrique du Nord — Des origines à la conquête arabe*“, Paris 1956; T. Büttner und E. Werner, „*Circoncensionen und Adamiten. Zwei Formen mittelalterlicher Häresie*“, Berlin (Ost-) 1960; Werner Plum, „*Geistige Länderkunde: Nordafrika*“, Nürnberg 1961, S. 263 f.

zur Bibel, die anderen zum Koran. Sie versuchen jeweils eine moderne Auslegung dieser Grundlagen. Die militanten Mitglieder beider Gruppen gehören zur gleichen Generation. Beide haben ihre politische Basis in der Widerstandsbewegung gefunden, die einen im „*Maquis*“, die anderen im „*Djebel*“. Aus den gleichen Gründen, aus denen die „linken“ Katholiken den spanischen Katholizismus verabscheuen, verwerfen die „linken“ Algerier die marokkanischen Sozialformen<sup>1</sup>.

Während Algerier und Franzosen viele Sozialauffassungen gemeinsam haben, suchen Marokkaner und Europäer eher nach gemeinsamen Wurzeln in der Philosophie<sup>2</sup>.

Zweifelsohne gibt es in den maghrebischen Gewerkschaften zahlreiche Einflüsse des Islam. Es muß allerdings dahingestellt bleiben, ob soziale Haltung und soziale These nur mit modernen Auffassungen des Islam identisch sein können oder von der muslimischen Reform beeinflusst wurden.

Es ist zum Beispiel schwer festzustellen, ob die „Laien-Theokratie“ des Islam die Anregung zum „Laien-Funktionär“ in der algerischen Gewerkschaft gab, oder ob Vorbilder in der jugoslawischen Betriebsräteverfassung oder im französischen Sozialismus dafür entscheidend waren. Wenn auch Einflüsse verschiedener Herkunft mitbestimmend sind, so bedeutet dieses Führungsprinzip keinen Bruch, sondern eine Weiterentwicklung des Islams.

Ähnliche Schwierigkeiten bereitet die Analyse der internationalen Arbeitersolidarität in der UGTA und UMT. Bisher lebten die Muselmanen in der sehr engen Gemeinschaft aller Mitglieder der *Umma*<sup>3</sup>. Mit dem Entstehen eines neuen Stadtproletariats wurde der einzelne aus der Solidarität und dem Schutzverband seiner Sippe herausgerissen. Früher war die Sippe für den einzelnen Staat, Gemeinschaft, Partei, Gewerkschaft, Gericht alles in einem. Im Kontakt mit der europäischen Welt mußte er erfahren, daß sich die moderne Gesellschaft nicht in der ihm vertrauten statisch-organischen Einheit, sondern in dialektischen Konfrontierungen entwickelt hat. Vor allem für die Industriearbeiter von Casablanca und Algier war das Erlebnis europäischer Spannungen zwischen Parteien, Interessengruppen, Schutzverbänden usw. ein Schock. Teilweise wirkte dieser Schock destruktiv (z. B. im Familienleben marokkanischer Industriearbeiter), teils versuchten sich die Industriearbeiter an die ihnen vertraute Familiensolidarität zu klammern (z. B. die algerischen Fremdarbeiter in Frankreich). Gering war zunächst die Neigung muslimischer Arbeiter, sich den ihnen fremdartigen Gewerkschaften anzuschließen.

Erst als es militanten und im französischen Syndikalismus erfahrenen muslimischen Gewerkschaftern gelang, ihren Landsleuten eine neue Konzeption der alten *Umma* zu geben, schlossen sich die Muselmanen den Gewerkschaften an. Jahrelang mußte Mahjoub Ben Seddik einen mehrseitigen Kampf führen: gegen die französischen Gewerkschaften, die sich einer syndikalistischen Entwicklung der marokkanischen Arbeiter widersetzen, gegen die französischen Behörden, die alte überholte Formen marokkanischer Schutzverbände an die Stelle moderner Gewerkschaften setzen wollten, und gegen die Scheu der marokkanischen Arbeiter, die vertraute Familiensolidarität mit einer zunächst fremden Arbeitersolidarität zu tauschen.

Die nordafrikanischen Gewerkschafter hatten niemals das Erlebnis der internationalen Arbeitersolidarität über den Bereich der arabischen oder afrikanischen Welt hinaus gehabt. Die europäischen Arbeiter in Nordafrika zählten zu ihren Klassenfeinden, die europäischen Gewerkschaftszentralen verhielten sich ihnen gegenüber distanziert. Trotzdem

<sup>1</sup> „Linke“ Franzosen haben übrigens oft ähnliche Urteile und Vorurteile über Italiener wie Algerier über Tunesier.

<sup>2</sup> Mohamed Aziz Lahbabi, „*De l'Être à la personne*“, Paris 1954. Jean-Mohammed Abd-el-Jalil, „*L'Islam et nous*“, Paris 1947

<sup>3</sup> Gemeinschaft der Muselmanen.

stellten sich die Führer der nordafrikanischen Gewerkschaften, besonders in der UGTA und UMT, die Aufgabe, ihre Landsleute intensiv zur internationalen Solidarität zu erziehen. Sicherlich gewannen die nordafrikanischen Arbeiter das Bewußtsein, einer neuen *Umma* anzugehören. Es dürfte aber fraglich sein, ob sie das zunächst angestrebte Ziel, die Erfahrung einer internationalen, interkontinentalen und interkulturellen Arbeitersolidarität, gewonnen haben.

Immerhin ist heute mindestens in der städtischen Industriearbeiterschaft und unter den in Europa lebenden Arbeitern die gewerkschaftliche Zugehörigkeit ebenso bedeutend wie die Familienbindung, wobei die Familie neue, der Modernität entsprechende Funktionen bekam.

So wie es den Gewerkschaften gelang, der *Umma* einen neuen, konstruktiven Sinn zu geben, so fanden sie auch neue Interpretationen der göttlichen Vorherbestimmung. Der Fatalismus, der Glaube, die Zeit gehöre Gott und nicht dem Menschen, ist eine typische Haltung armer und statischer Zivilisationen. Seit dem Niedergang des Islams bestimmte dieser Fatalismus die geistige Haltung im Maghreb.

Heute ist die nordafrikanische Zivilisation zwar noch arm, aber nicht mehr statisch. Mit der neuen Dynamik gewann man eine andere Vorstellung von der Zeit. Sie war nicht mehr nur ein Attribut Gottes, die Zeit wurde ein Attribut der Jugend<sup>1</sup>. Die Generation der heute 25- bis 30jährigen machte die Entdeckung, daß man die Zeit nutzen könne, daß man verantwortlich für seine Zeit sein kann. Die ältere Generation lebte noch in einer politischen Passivität oder bestenfalls in einer passiven Politik. Über allen Handlungen schwebte die göttliche Vorherbestimmung. „*Mektub*“<sup>2</sup> bestimmte im voraus das Ereignis einer jeden Unternehmung.

Beeindruckt von der europäischen Schöpfungs- und Unternehmungskraft gab die muslimische Jugend dem Fatalismus einen neuen Sinn. Im *historischen Fatalismus* sollen die Muselmanen ihre Zeit (im Diesseits) auswerten, um sich weiterhin der Zeit Allahs (im Jenseits) zu unterwerfen: „*Arbeite für das Leben als würdest du nie sterben, arbeite im Leben als würdest du morgen sterben.*“ Dieser Fatalismus hat nicht mehr anteriore, sondern posteriore Aspekte<sup>3</sup>. Bis zur Verkündung des Urteils wird gekämpft, erst danach gilt *Mektub*.

In allen drei Ländern bestehen mannigfaltige persönliche Verbindungen zwischen Gewerkschaftern, Soziallehrern, Schriftstellern und engagierten Theatergruppen, in denen die neue geistige Position formuliert und verbreitet wird. Es fällt allerdings schwer, hier organisierte Verbindungen zu finden. Es fehlt noch an endgültigen Formen. Man kann gegenwärtig nur ersten Ansätzen nachspüren.

Immer wieder verbinden sich bei dem Versuch solcher Formulierungen die Probleme des Islams, des Sozialismus und des Personalismus miteinander. In Tunesien ist es zum Beispiel ein erklärtes innenpolitisches Ziel der Gewerkschaften, den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben und auszugleichen und die nationale Würde zu sichern. Das klingt teils selbstverständlich, teils nichtssagend, ist aber tatsächlich eine realistische Definition sozialer und psychologischer Bedürfnisse eines Volkes, das lange in kolonialer Abhängigkeit und Ausbeutung lebte. Die souverän gewordene Nation stand vor der Entscheidung, Teile der alten arabisch-muselmanischen Zivilisation mit Teilen der europäisch-techno-

<sup>1</sup> Habib Bourguiba, *Le Rôle du Sport dans la bataille contre le sous-développement*, Tunis 30. 9. 1960; Habib Bouguiba, „*Le Rôle des Organisations de Jeunesse*“, Tunis 30. 3. 1961.

<sup>2</sup> „*Mektub*“ ist eine volkstümliche Bezeichnung für das mit göttlicher Vorhersehung im Buch des Lebens Niedergeschriebene. Es ist seinem Sinn nach fatalistischer als der ebenso gebräuchliche Ausruf „*Inch Allah*“ (So Gott will).

<sup>3</sup> Kateb Yacine: „*Ist das Urteil erst verkündet, so ist alles weitere nur Erinnerung. Die Tränen versiegen von selbst, lärmend wie unterirdische Wasserfälle. Oben schwimmen nur letzte Tage des Winters, Erinnerungen an die Schule.*“ (in: *Le cadavre encerclé*, Paris 1954).

kratischen Zivilisation zu überlagern, oder aber die alte Tradition gleicherweise wie die modernen Einflüsse des Auslandes in Frage zu stellen und mit der Beantwortung dieser Frage eine neue, in sich geschlossene (wenn auch nicht verschlossene) Kultur zu schaffen.

„Was tun diese Fremden?“ fragt sich der frühere Generalsekretär der Lehrgewerkschaft und jetzige Erziehungsminister Tunesiens, Mahmoud Messadi<sup>1</sup>, bei der Beobachtung europäischer Geschäftigkeit in seinem Jugenddrama „Der Staudamm“. „Was tun diese Fremden? Was glauben sie zu wollen? Sie suchen sich. Sie sind krank an sich selbst. Die Menschen geben sich den Menschen, bloß um sich selbst näher zu sein. Sie haben niemals die vitale Forderung der Trägheit begriffen. Sie sind voll Glauben und Eifer. Sie wollen der Erde Wasser bringen. Sie wünschen sich Bäume, Gärten, Wiesen, fettes Gras, wasserspeichernde Blumen und zerschmelzende Früchte. Unseren Staub wollen sie bewässern. Sie wollen die Machtlosigkeit töten und die Götter zermahlen. Doch nicht einmal ein Gewitter können sie erzeugen. Sie werden nie etwas erschaffen.“

Diese Skepsis gegenüber der europäischen Dynamik paart sich mit der Erfahrung überlieferter Geistes- und Lebensenge. Die sklavische Stellung der Frau in der alten Lebensordnung, der starre Dogmatismus der Ulemas, die unrentablen Arbeits- und Rechtsformen der Fellachenwirtschaft mußten in der jungen tunesischen Republik überwunden werden, ohne zur ziellosen Strebsamkeit europäischer Manager zu verleiten.

Die Nordafrikaner stellten nicht — wie die Europäer — zuerst die Frage nach dem „Wie“ der Modernisierung, sondern nach dem „Warum“. Warum? — Um die in Traditionalismus und Kolonialismus verlorene Menschenwürde des einheimischen Volkes wiederzugewinnen. Dieser Gesichtspunkt des tunesischen „Personalismus“ kostet natürlich die Ausländer ihre bisherige Position und stürzt zugleich die Welt der Alten, vor allem der Schriftgelehrten. Der sich anbahnende zweiseitige Kampf kann nur von der Jugend ausgetragen werden, die zunächst für diese nicht leichtverständliche Aufgabe gewonnen werden muß. Die Aufgabe wäre bequem, wenn es nur eine Entscheidung zwischen Orient und Okzident, zwischen Überlieferung und Modernität wäre. Tatsächlich ist aber zur Gewinnung der Eigenständigkeit die anhaltende Spannung zwischen eigener Tradition und fremdartiger Modernität zugleich mit der Abwehr europäischer Hegemonieansprüche und islamischer Gesetzesansprüche notwendig<sup>2</sup>.

In allen drei Ländern sind Gewerkschafter nicht direkt durch ihre Funktionen, sondern kraft ihrer Rolle als Animateurs die Kristallisationskerne einer neuen Bewegung, die in manchem mit der deutschen Jugendbewegung oder mit dem französischen Progressismus nach dem zweiten Weltkrieg verglichen werden könnte. Es ist ein Phänomen der Jugend. Das erklärt insbesondere das sehr jugendliche Alter der algerischen (und zum großen Teil auch marokkanischen) Gewerkschaftsführer. (Nur die Führungsschicht der tunesischen Gewerkschaft ist älter.)

Wie die Bereitschaft zur sozialen Verantwortung, so wandelte sich auch die Auffassung von Arbeit und Wirtschaft in der muselmanischen Bevölkerung des Maghreb<sup>3</sup>. In der alten Lebensvorstellung der Muselmanen hatte Sparsamkeit keinen Sinn. Warum sollte man auch Kapital zur Seite legen, wo doch Gott für alles in der Zukunft Sorge trug? Der Unternehmergeist beschränkte sich auf die notwendige Versorgung der Familie oder Sippe. Die körperliche Arbeit wurde nicht sehr hoch geschätzt, da die himmlische Gemeinschaft mehr als die irdische galt. Es genügte darum nicht, den Wunsch nach Reichtum und Wohlstand zu wecken, um die wirtschaftliche Produktivität dieser Bevölkerung zu fördern. Da dem rechtgläubigen Muselmanen die Hingabe an Gott größte Aufgabe

<sup>1</sup> Messadi Mahmoud, „As Soudd“ (Der Staudamm), Tunis 1955.

<sup>2</sup> Habib Bourguiba, „Aux Cadres de la Nation“, Tunis 6.—8. 2. 1961, S. 23 ff.

<sup>3</sup> Jacques Austruy, „L'Islam face au développement économique“, Paris 1961.

seines Lebens war, überließ er es anderen, vor allem abtrünnigen Sekten, Juden und Christen, den wirtschaftlichen Dingen nachzugehen.

Diese Neigung war lange Zeit im Maghreb zu spüren. Sie hat allerdings nicht die gleiche Auswirkung wie in anderen ostarabischen Gebieten gehabt. Die Maghrebener waren ihrerseits eng mit dem rationalistischen Kulturkreis des westlichen Mittelmeerblocs verbunden, während die levantinischen Araber zum philosophisch-mystizistischen Kulturkreis des östlichen Mittelmeergebietes gehörten. Lange bevor europäische Kolonisten nach Nordafrika kamen, trafen bei den Maghrebenern statische und dynamische Lebensauffassungen aufeinander. Vor allem die Algerier und Tunesier konnten darum, trotz hemmender muselmanischer Überlieferungen, schneller und gründlicher den Weg zur Modernität finden als andere Völker der arabischen Welt.

An der neuen Bewertung der Produktion, des Handels und des Finanzwesens nahmen die Gewerkschaften nur indirekt Anteil. Direkt waren sie mit den neuen Konzepten von Arbeit und Genossenschaftswesen verbunden.

Die Arbeit wird im Islam nicht als „Handelsware“ betrachtet. Die Entlohnung, eine typische Form des Arbeitsverhältnisses im Kapitalismus, wurde ursprünglich sogar abgelehnt: *„Im Dienste eines Herren zu stehen, ist eine Art, den Lebensunterhalt zu verdienen, der nicht mit der Natur übereinstimmt.“* Bis zum 14. Jahrhundert, in abgelegenen Gebieten bis zur Gegenwart, wurde die Arbeit als eine freiwillige Dienstleistung im Sinne gegenseitiger Hilfe verstanden. Auch heute noch sind Sippenangehörige integrale Mitglieder der Gruppe, die sie nährt und kleidet. In der alten muselmanischen Gesellschaft gab es darum kein Proletariat im europäischen, allerdings auch keine individuelle Freiheit im europäischen Sinne.

Es galt nur das Kollektiv. Dort, wo die industrietechnische Gesellschaftsplanung der Europäer noch keinen Einzug gehalten hat, gelten auch heute noch die alten Regeln: Wasser und landwirtschaftliche Geräte sind Gruppeneigentum. Der Boden ist Allgemeingut. Die Produkte werden unter alle Mitglieder verteilt. Das Individuum ist geschützt in der Solidarität der Großfamilie. Dieser Schutz ist gegenüber der feindlichen, nur spärlich Lebensraum und Lebensunterhalt bietenden Natur Nordafrikas notwendig. Jede Isolierung und Individualisierung wäre ein tödliches Risiko.

Zunächst galt in der Lehre des Islams noch der Satz: Kein Muselman hat über einen anderen Muselman ein Recht, es sei denn, Ratgeber oder Führer zu sein. Theoretisch besteht Gleichheit unter allen Muselmanen. Gott allein ist der wirkliche Eigentümer der Erde. Wer Ländereien hat, ist eigentlich nur Besitzer, nicht Eigentümer des Bodens.

Ähnliche Eigentumsvorstellungen klingen auch in den jüdischen und christlichen Religionen an. Beim Studium der Eigentumsverhältnisse in der modernen industriellen Welt entdeckten einige nordafrikanische Gewerkschafter überraschende Parallelen in den USA und in der UdSSR. Auf Besuchsreisen, bei Teilnahme an gewerkschaftlichen Kongressen und Seminaren stellten sie in den USA die Kontrolle des Privateigentums durch die Öffentlichkeit fest. Sie fanden in Nordamerika kollektive Gründungen, soziale Prinzipien der Wirtschaft und vor allem Planungsinstanzen der Wirtschaft. Fast alle nordafrikanischen Gewerkschaftsführer waren zuerst in Nordamerika gewesen und mit amerikanischen Gewerkschaftern befreundet, bevor sie Rußland besuchten und sich dem Studium der sowjetischen Wirtschaftspolitik widmeten. Sie hatten in den USA gelernt, die russischen Prinzipien des Sozialbesitzes ernst zu nehmen. Sie hatten bei den Besuchen in Ost und West vor allem den Eindruck gewonnen, daß die Industrieländer beider Hemisphären viele wirtschaftliche Strukturen gemeinsam haben, daß die eigentliche Front und die wirklichen Gegensätze nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen Nord und Süd liegen. Gerade diese Beobachtungen hielten sie vom Anschluß an einen der Blöcke ab.

Aus diesen Beobachtungen, die durch Studien u. a. in Süditalien, Dänemark und Jugoslawien ergänzt wurden, schlossen vor allem tunesische Gewerkschafter, der Islam könne ein sehr modernes Leitmotiv für das Genossenschaftswesen sein. In diesem Sinne wurde nicht nur das Genossenschaftswesen entworfen, sondern auch die *Milk-, Arch- und Habus*verfassungen des traditionellen Agrarwesens reformiert.

Ähnlich fand auch die Arbeit eine moderne Bewertung, die zwar zum Bruch mit dem islamischen Traditionalismus führte, die aber nicht im Widerspruch zu den Quellen, zum Koran<sup>1</sup>, stand: „Nur das gereicht dem Menschen zum Verdienst, was er mit Vorbedacht getan, und es wird zuletzt sein gutes Werk ans Licht gebracht, wofür er mit reichlichstem Lohn entgolten wird.“ In einer modernen Redewendung heißt es nun: „Es gibt keinen Reichtum, außer in den Menschen, und zwar in den Menschen, die sich einzuordnen und zu organisieren verstehen.“ Vor allem die Algerier erkannten die Bedeutung der sozialen Organisation sehr früh. Dem Aufbau der politischen Organisation (1947—1954) folgte die Bildung der Gewerkschaft (1956—1958). Diese Organisation wurde bewußt funktionalistisch aufgefaßt. Die „Gleichheit der Muselmanen“ fand ihren Ausdruck im Direktorium, im Prinzip der kollektiven Verantwortung. Der Funktionalismus wurde konsequent verwirklicht, jeder Personenkult oder Führerkult verurteilt. Deshalb fehlt der UGTA die weithin sichtbare Führergestalt, wie sie Ferhat Heched in der UGTT war und wie sie Mahjoub Ben Seddik in der UMT ist. Das Prinzip des Führungsdirektoriums wurde bis in die kleinste lokale Einheit durchgesetzt. Stellen, die in anderen Gewerkschaften von einer Person besetzt werden, sind in der algerischen von zwei, drei oder vier Personen eingenommen worden. Auf diese Weise konnte ein verhältnismäßig großer Teil der Arbeiterschaft durch die Übernahme von verantwortlichen Funktionen schneller zur Allgemeinbildung herangeführt werden.

Auf den Funktionalismus bauten Algerier (und mit etwas anderen Motiven) Tunesier ihr neues demokratisches Konzept auf: „Ihr sollt Gott und der Obrigkeit gehorchen, aber nur der Obrigkeit, die von euch selbst gewählt wurde.“

Historisch stützt sich diese These weniger auf arabische Rechtsüberlieferungen als vielmehr auf berberische Institutionen, vor allem im Djurdjura. Die UGTA verfolgte diese These so weit, daß selbst unter den besonderen Umständen des Krieges und des Exils nur diejenigen Gewerkschafter im Nationalsekretariat verantwortliche Funktionen haben konnten, die 1956 in der legalen Epoche auf dem Gründungskongreß der UGTA in Führungspositionen gewählt wurden.

Bei der Ausnutzung wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Erfahrungen Europas gibt es gewisse Unterschiede in Marokko und Algerien. Die Marokkaner neigen zu der Tendenz: „Um eine Weisheit zu finden, muß man nicht den Rat der Ungläubigen (des Westens) hören.“ Die Algerier folgen dagegen konsequent einer These, die Ferhat Abbas 1949 formulierte: „Wir können nur dann über den europäischen Kolonialismus triumphieren, wenn wir Europas eigene Waffen ergreifen. Die europäische Wissenschaft hat uns versklavt. Diese Wissenschaft wird uns auch befreien . . . Die Fabrik stört zweifelsohne die Harmonie der Landschaft. Ihre Nachbarschaft ist grau und traurig. Aber es gibt etwas, was noch trauriger, noch unerträglicher, noch schmutziger ist: die Knechtschaft, die auf den kolonisierten Völkern lastet.“

Die algerische Gewerkschaft hält ihre in Europa lebenden Mitglieder sehr eindringlich an, aus den europäischen Erfahrungen möglichst viel zu lernen.

Die geistige Orientierung der nordafrikanischen Gewerkschaften wurde entscheidend von den nationalen Revolutionen der fünfziger Jahre beeinflußt. Nirgends war diese Revolu-

<sup>1</sup> Koran 53, 40—43.

<sup>2</sup> Ferhat Abbas auf dem zweiten Nationalkongreß der UDMA im September 1949 in Tlemcen. Vgl. Ferhat Abbas, *Guerre et Révolution d'Algérie*, Band I: *La nuit coloniale*, Paris 1962, S. 134 ff.

tion so ausgeprägt wie in Algerien. Das nationalrevolutionäre Profil der UGTA ist darum besonders markant.

Wenn auch im Artikel 1 der Verfassung der UGTA *jede politische und religiöse Diskussion ausdrücklich untersagt* ist, so stellt die Gewerkschaft jedem Mitglied folgende Aufgaben<sup>1</sup>:

1. „*Er ist Patriot.*“ Die Emanzipation der Arbeiterschaft, die Verbesserung des Lebensstandards usw. kann nur mit der Zerstörung des Kolonialregimes erreicht werden. Das Gewerkschaftsmitglied soll darum auch den politischen, militärischen, sozialen oder publizistischen Organen der FLN angehören. Der Patriotismus soll sich deutlich vom chauvinistischen oder sektiererischen Nationalismus unterscheiden.

2. „*Er ist Revolutionär.*“ Zu den revolutionären Zielen der UGTA gehören Zerstörung des Kolonialismus und Bildung einer „*demokratischen und sozialistischen Republik Algerien*“. Die Gewerkschaftsmitglieder sollen unter revolutionärer Haltung eine eindeutige politische Entscheidung verstehen, die mit möglichst objektiver Analyse der politischen Probleme verbunden ist. Der Gewerkschafter soll religiöse Vorurteile und religiöse Irrlehren der *Marabutisten* ablehnen. Er soll die universellen Werte der arabisch-muselmanischen Kultur von den Verfallserscheinungen des Islams unterscheiden können. Er soll bereit sein, an der „*Umwandlung kapitalistischer Strukturen*“ mitzuwirken, „*um diese durch eine wirtschaftliche und soziale Organisation zum Nutzen der Arbeitermasse zu ersetzen.*“

3. Er soll vorbildlich in seiner Arbeitsleistung sein. Mit Aufmerksamkeit soll er die Arbeitsmethoden seines Betriebes studieren und sich ständig beruflich weiterbilden.

4. Er soll seine Arbeitskollegen anleiten können.

5. Er soll Autodidakt sein. Die politische Erziehung und Erwachsenenbildung führt die UGTA in zwei Phasen durch. Zuerst lernen die Gewerkschafter lesen, schreiben, Umgang mit Wörterbüchern und Zeitungen. Dann werden sie in der zweiten Phase angehalten, systematisch Material über wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Probleme zusammenzustellen. Zu den kulturellen Problemen zählen: arabisch-muselmanische Kultur, Sozialismus, Kapitalismus.

6. Er soll Internationalist sein. Die Gewerkschafter lernen in der UGTA die Verbindungen des internationalen Kapitalismus in Algerien, ebenso wie die Hilfsaktionen der internationalen Gewerkschaftsverbände kennen. Die Mitgliedschaft der UGTA im IBFG wird als aktive Teilnahme am Geschick der internationalen — wenn auch politisch gespaltenen — Arbeiterklasse verstanden. In Gewerkschaftsseminaren der UGTA werden diejenigen ausländischen Arbeiter, die besondere Kontakte zur algerischen Gewerkschaft haben, als Beispiele der internationalen Arbeiterklasse behandelt. Unterrichtsbeispiele sind insbesondere: die Metallarbeiter im Ruhrgebiet, polnische Bergarbeiter, Verkehrsarbeiter in Kuba, Lagerarbeiter in Chicago, Eisenbahnarbeiter in Leipzig, Taxifahrer in Moskau, Hafenarbeiter in London.

Die politische Vorstellung der UGTA wurde von ihr mehrmals und mit großer Sorgfalt beschrieben<sup>2</sup>. Ihre Definition ist meist vorsichtig. Zuletzt erklärte die UGTA<sup>3</sup>: „*Die Zukunft des Gewerkschaftswesens kann nicht getrennt werden, weder von den großen geistigen Strömungen, noch von der Zukunft des Staates und der Wirtschaft, noch von der Zukunft der politischen Organisationen. In diesem Sinne gibt es nach unserer Meinung keine unabhängige Zukunft der Gewerkschaften. Das Gewerkschaftswesen muß zwischen*

<sup>1</sup> UGTA, *Cours d'Education Ouvrière: „Le Militant“*, Tunis 1959, S. 2 ff.

<sup>2</sup> u. a.: UGTA, „*Pour la Libération Nationale et un Syndicalisme libre*“, o. O. o. J.; „*Code du Militant Ouvrier*“, Tunis 1960—61; „*Conditions de la Naissance du Syndicalisme*“, Tunis 1960—61; „*L'Indépendance Syndicale*“, Tunis 1960—61; „*Le Militant*“, Tunis 1959; „*Lettre au militant*“, Tunis, unregelmäßige Schriftenfolge ab 15. 6. 1960.

<sup>3</sup> „*Syndicalisme et Politique*“ in: *L'Ouvrier algérien*, Nouv. Série, Nr. 28, September 1961, S. 6 f.



*der Integration, die die Gewerkschaft in einem souveränen Staat oder einer nationalisierten Wirtschaft frei sein läßt, oder der Verbindung mit einer Partei, wählen.“*

Die UGTA untersucht in dem genannten Aufsatz die Formen

- der „ideologiefreien“ (reformistisch-autonomen) Gewerkschaften;
- der politischen (revolutionär, parteiunterworfenen) Gewerkschaften;
- der revolutionären (und parteipolitisch autonomen) Gewerkschaften.

Dabei vergleicht sie besonders die Konzepte der Arbeiterorganisationen in Kenia, Großbritannien, den USA, der Bundesrepublik, der Sowjetunion, Frankreich und Marokko, um zu dem Schluß zu kommen: *„Die UGTA erklärt offen, daß sie zuerst und vor allem im Dienst der höheren und unteilbaren Interessen des Vaterlandes steht und die Massen für die Hebung der Kampfkraft und die Befreiung des Vaterlandes von der kolonialen Unterdrückung mobilisieren wird. Das algerische Volk ist solidarisch. Es gibt keinen Sprung zwischen seiner politischen und gewerkschaftlichen Meinung. Farhat Hached wurde als graue Eminenz des tunesischen Widerstandes betrachtet und am 5. Dezember 1952 von der Roten Hand niedergemetzelt. Aissat Idir wurde unter widerwärtigen und grausamen Umständen ermordet, weil der Kolonialismus in ihm den Vertreter der UGTA im obersten Organ der Revolution, dem CNRA, sah.“*

Nicht nur die Schicksale der Gewerkschafter Farhat Hached und Aissat Idir sind gleich. Verwandt sind auch sozialhistorische Voraussetzung und innenpolitische Situation der UGTT und UGTA. Die revolutionäre Orientierung ist dagegen bei UMT und UGTA ähnlich. Angesichts der Kluft, die UMT und UGTT voneinander trennt, kann nur die algerische Gewerkschaft verbindendes Element der maghrebinischen Arbeiterbewegung, und damit der wirklichen Einheit der afrikanischen Arbeiterschaft werden.

ANHANG





## ABKÜRZUNGEN

- AFL  
American Federation of Labor
- AFRO — IBFG (= ORAF — CISL)  
Afrikanische Regional-Organisation des  
Internationalen Bundes Freier Gewerk-  
schaften
- AGTA  
Amicale Générale des Travailleurs  
Algériens
- ALN  
Armée de Libération Nationale
- APS  
Algérie Press Service
- BMT  
Bureau Marocain du Travail
- BSBNA  
Büro zur sozialen Betreuung  
nordafrikanischer Arbeiter
- CFTC  
Confédération Française des Travailleurs  
Chrétiens  
oder:  
Confédération Française des Travailleurs  
Croyants
- CGIL  
Confederazione Generale Italiana del  
Lavoro
- CGT  
Confédération Générale du Travail
- CGT — FO  
Confédération Générale du Travail —  
Force Ouvrière
- CGTT  
Confédération Générale des Travailleurs  
Tunisiens
- CGTU  
Confédération Générale des Travailleurs  
Unifiés
- CIO  
Congress of Industrial Organizations
- CISA  
Confédération Internationale  
des Syndicats Arabes
- CISC  
Confédération Internationale des  
Syndicats Croyants
- CISL (= IBFG)  
Confédération Internationale des  
Syndicats Libres
- CNRA  
Conseil National de la Révolution  
Algérienne
- CNTG  
Confédération Nationale des Travailleurs  
de Guinée
- CSA (= CSI)  
Confédération Syndicale Africaine
- CSI (= CSA)  
Confédération Syndicale Interafricaine
- CUFA  
Comité de l'Union des Femmes Algériennes
- DGB  
Deutscher Gewerkschaftsbund
- FDGB  
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
- FEN  
Fédération de l'Enseignement National
- FGTB  
Fédération Générale des Travailleurs  
Belges
- FLN  
Front de Libération Nationale
- FMJD  
Fédération Mondiale de la Jeunesse  
Démocratique
- FNE  
Fédération Nationale de l'Enseignement
- FO  
*siehe:* CGT — FO
- FSM (= WGB)  
Fédération Syndicale Mondiale
- FSPA (= USPA)  
Fédération Syndicale Panafricaine
- GPRA  
Gouvernement Provisoire de la  
République Algérienne
- IAA  
Internationales Arbeitsamt
- IAO  
Internationale Arbeitsorganisation
- IBFG (= CISL)  
Internationaler Bund Freier  
Gewerkschaften
- IG  
Industriegewerkschaft
- JOC  
Jeunesse Ouvrière Chrétienne

- JOM  
Jeunesse Ouvrière Marocaine
- KPA (=PCA)  
Kommunistische Partei Algeriens
- MJFA  
Mouvement des Jeunes Femminines  
d'Alger
- MNA  
Mouvement National Algérien
- MTLD  
Mouvement pour le Triomphe des Libertés  
Démocratiques
- NATO  
North Atlantic Treaty Organization
- OAS  
Organisation de l'Armée Secrète
- OCP  
Office Chérifien des Phosphates
- ORAF — CISL (= AFRO — IBFG)  
Organisation Régionale Africaine de la  
Confédération Internationale des  
Syndicats Libres
- PCA (=KPA)  
Parti Communiste Algérien
- PCF  
Parti Communiste Française
- PDI  
Parti Démocratique de l'Indépendance
- SFIO  
Section Française de l'Internationale  
Ouvrière
- UDMA  
Union Démocratique du Manifeste  
Algérien
- UGEA (= UGEMA)  
Union Générale des Etudiants d'Algérie
- UGEMA (=UGEA)  
Union Générale des Etudiants Muselmans  
Algériens
- UGSA  
Union Générale des Syndicats Algériens
- UGSCM  
Union Générale des Syndicats Confédérés  
du Maroc
- UGTA  
Union Générale des Travailleurs Algériens
- UGTAN  
Union Générale des Travailleurs d'Afrique  
Noire
- UGTFA  
Union Générale des Travailleurs Français  
d'Algérie — Sahara
- UGTL  
Union Générale des Travailleurs Libyens
- UGTM  
Union Générale des Travailleurs du Maroc
- UGTT  
Union Générale des Travailleurs Tunisiens
- UMT  
Union Marocaine du Travail
- UNAT  
Union Nationale des Agriculteurs Tunisiens
- UNEF  
Union Nationale des Etudiants de France
- UNEM  
Union Nationale des Etudiants du Maroc
- UNFP  
Union Nationale des Forces Populaires
- UNO  
United Nations Organization
- UPFM  
Union Progressiste des Femmes Marocaines
- UPTC  
Union Panafricaine des Travailleurs  
Croyants
- USF  
Union Syndicale des Fonctionnaires
- USPA (=FSPA)  
Union Syndicale Pan-Africaine
- USTA  
Union Syndicale des Travailleurs Algériens
- USTT  
Union Syndicale des Travailleurs de  
Tunisie
- UTAC  
Union Tunisienne des Artisans et  
Commerçants
- UTIC  
Union Tunisienne de l'Industrie et du  
Commerce
- UTT  
Union des Travailleurs Tunisiens
- WAY  
World Assembly of Youth
- WGB (=FSM)  
Weltgewerkschaftsbund

## LITERATURHINWEISE

- Abbas, Ferhat  
*Guerre et révolution d'Algérie*,  
 Band I: *La nuit coloniale*  
 Paris 1962
- Amicale Générale des Travailleurs Algériens  
 résidant en France  
*L'Ouvrier Algérien en France*, Organe de  
 l'AGTA  
 Paris 1957—58
- Ardant, Gabriel  
*La Tunisie d'aujourd'hui et de demain*  
 Paris 1961
- Austruy, Jacques  
*L'Islam face au développement  
 économique*  
 Paris 1961
- Ayache, Albert  
*Le Maroc — Bilan d'une colonisation*  
 Paris 1956  
 Deutsche Übersetzung:  
*Marokko, Bilanz eines Kolonial-  
 unternehmens*  
 Berlin (Ost-) 1961
- Ben Seddik, Mahjoub  
*Rapport de doctrine et d'orientation*  
 Casablanca, Mai 1961
- Berque, Jacques  
*Le Maghreb entre deux guerres*  
 Paris 1962
- Bourguiba, Habib  
*De la coopération*  
 Tunis, 25. 5. 1962
- Bourguiba, Habib  
*De la planification*  
 Tunis, 20. 3. 1962
- Bourguiba, Habib  
*La bataille économique* (Reden 17. 4. 1956  
 bis 5. 2. 1960)  
 Tunis 1960
- Bourguiba, Habib  
*Le rôle du sport dans la bataille contre le  
 sous-développement*  
 Tunis, 30. 9. 1960
- Bourguiba, Habib  
*Le rôle des Organisations de Jeunesse*  
 Tunis, 30. 3. 1961
- Bourguiba, Habib  
*Le Socialisme Néo-Destourien*  
 Tunis, 24. 6. 1961
- Bourguiba, Habib  
*Sous le signe de la clarté*  
 Tunis, 18. 11. 1961
- Cercle d'Etudes Economiques  
*Aspects et Perspectives d l'Economie  
 Tunisienne* (Revue)  
 Tunis, ab 1959
- Chevalier, Louis  
*Le problème démographique nord-africain*  
 Paris 1947
- Colloque international sur les niveaux de vie  
 en Tunisie  
*Les niveaux de vie en Tunisie*  
 Paris 1959
- Colloque internationale sur les niveaux de vie  
 en Tunisie  
*Niveaux de vie liés à l'agriculture*  
 Paris 1959
- Commission Internationale contre le Régime  
 Concentrationnaire  
*Livre Blanc sur la detention politique en  
 Tunisie*  
 Brüssel 1953
- Confédération Syndicale Africaine  
*Charte et Statuts*  
 Tunis o. J. (1962)
- Confédération Syndicale Africaine  
*Conférence Syndicale de Dakar  
 9—14 Janvier 1962* (Tagungsberichte)  
 Dakar 1962
- Confluent (Revue)  
*Psychologie de l'ouvrier marocain*  
 (Supplement au No 13)  
 Rabat 1961
- Davezies, Robert  
*Le front*  
 Paris 1959  
 Deutsche Übersetzung: *Die Front*,  
 Berlin (Ost) 1961
- Davezies, Robert  
*Le temps de la justice*  
 Lausanne 1961
- Delavignette, Robert  
*Situation économique et social de l'Algérie*  
 Paris 1955
- Dejeux, J.  
*Les Algériens en France dans la littérature  
 Maghrébine*  
 Paris (ESNA), Februar—März 1959
- Descloîtres, R.; Reverdy, J. C.;  
 Descloîtres, Cl.  
*L'Algérie des bidonvilles. Le Tiers-Monde  
 dans la cité*  
 Paris 1961

- Esprit (Revue)  
*Le Proletariat Nord-Africain en France*  
Paris, Februar 1952
- Fanon, Frantz  
*L'an V de la révolution algérienne*  
Paris 1959
- Fanon, Frantz  
*Les damnés de la terre*  
(mit einem Vorwort von Jean-Paul Sartre)  
Paris 1961
- Fédération de France du FLN  
*Projet de programme présenté par la*  
*Fédération de France au CNRA*  
o. O. (Paris) 1962
- Fédération Syndicale Mondiale  
*La Presse Syndicale (No 6; 18. 3. 1962)*  
*Spécial Algérie*  
Prag 1962
- Fédération Syndicale Panafricaine  
*Congrès Syndicale Panafricaine,*  
*Casablanca 25—29 Mai 1961*  
Casablanca 1961; deutsche Übersetzung:  
*Der Ostblock und die Entwicklungsländer,*  
Heft 4/5, Hannover 1961 (Vierteljahres-  
bericht der Friedrich-Ebert-Stiftung)
- Gaudio, Attilio  
*La révolution des femmes en Islam*  
Paris 1957
- Gendarme, René  
*L'économie de l'Algérie*  
Paris 1959
- Glahn, Hans Otto  
*Tunis. Einst, heute und morgen ...*  
Berlin 1940
- Guedj, Elie  
*Le travail en Algérie — Aspects*  
*économiques, sociaux et juridiques*  
Grenoble 1954 (Univ.-Diss.)
- Guillot, J.  
*Le développement économique de l'Algérie*  
Cahiers de l'ISEA  
Paris 1960
- Institut National d'Etudes Démographiques  
*Les Algériens en France*  
Paris 1955
- Jeanson, Colette und Francis  
*L'Algérie hors la loi*  
Paris 1955
- Jeanson, Francis  
*La révolution algérienne;*  
*problèmes et perspectives*  
Mailand 1962
- Jeanson, Francis  
*Notre guerre*  
Paris 1960
- Lacouture, Jean und Simone  
*Le Maroc a l'épreuve*  
Paris 1958
- Le Tourneau, Roger  
*Evolution politique de l'Afrique du Nord*  
*Musulmane 1920—1961*  
Paris 1962
- Le Veugle, Jean  
*Erwachsenenbildung in Marokko*  
Hannover 1961
- Leriche, Joseph  
*Les Algériens parmi nous; essai psycho-*  
*sociologique d'après les enquêtes et*  
*travaux des études sociales nord-africaines*  
Paris 1959
- Leriche, Joseph  
*Les familles nord-africaines en France,*  
*essai de mise au point*  
(ESNA No. 83, avril-mai 1961)  
Paris 1961
- Maneville  
*Proletariat et bidonvilles*  
Casablanca 1949/50
- Michel, Andrée  
*Les Travailleurs Algériens en France*  
Paris 1956
- Montagne, Robert  
*Naissance du prolétariat marocain;*  
*Enquête collective 1948—1950*  
Paris 1951
- Ministère d'Economie Nationale  
*Plan Quinquennal 1960—1964*  
Rabat 1960
- Ministère de l'Economie Nationale  
*Tableaux Economiques du Maroc*  
1915—1959  
Rabat o. J. (1960)
- Ministère de l'Information (GPRA)  
*Les Manifestations Algériennes d'Octobre*  
*1961 et la répression colonialiste en*  
*France*  
Tunis 1961
- Murraciale  
*L'émigration algérienne, aspects*  
*économiques, sociaux et juridiques*  
Algier 1950
- Naegelen, Marcel-Edmond  
*Mission en Algérie*  
Paris 1962
- Nouschi, André  
*Enquête sur le niveau de vie des*  
*populations rurales constantinoises de la*  
*conquête jusqu'en 1919*  
Paris 1961

- Nouschi, André  
*La naissance du nationalisme algérien*  
1914—1954  
Paris 1962
- Perroux, François  
*L'Algérie de demain*  
Paris 1962
- Plum, Werner  
*Geistige Länderkunde: Nordafrika*  
(*Der Maghreb*)  
Nürnberg 1961
- Riddell, John  
*Die freien Gewerkschaften im Kampf für die Freiheit Afrikas*  
(mit einem Vorwort von H. P. Adebola und Omer Becu)  
Brüssel/Lagos 1961
- Saadia-et-Lakhdar  
*L'aliénation colonialiste et la résistance de la famille algérienne*  
Lausanne 1961
- Sebag, Paul  
*Enquête sur les salariés de la région de Tunis*  
Paris 1959
- Sebag, Paul  
*La Tunisie — Essai de Monographie*  
Paris 1951
- Secrétariat d'Etat à l'Information  
*Aspects de la vie sociale tunisienne*  
Tunis 1957
- Secrétariat d'Etat à l'Information  
*La Tunisie au travail*  
Tunis 1960
- Secrétariat d'Etat à l'Information  
*Le Conseil National du Plan*  
Tunis 1958
- Secrétariat d'Etat à l'Information  
*Les Chantiers de Travail*  
Tunis 1961
- Secrétariat d'Etat à l'Information  
*Les Congrès du Neo-Destour*  
Tunis 1959
- Secrétariat d'Etat au Plan et aux Finances,  
Service des Statistiques  
Etude No. 1: *Recensement des activités industrielles 1957—1958—1959.*  
Etude No. 2: *Structure agricole du Cap-Bon en 1960.*  
Tunis 1961
- Secrétariat d'Etat au Plan et aux Finances,  
Service des Statistiques  
*Annuaire Statistique de la Tunisie, 11ème Vol.; 1959*  
Tunis o. J. (1961)
- Secrétariat d'Etat aux Affaires Culturelles et à l'Information  
*Perspectives Tunisiennes 62—71*  
Tunis 1962
- Secrétariat Social d'Alger  
*A la recherche d'une communauté: La cohabitation en Algérie*  
Algier 1956
- Secrétariat Social d'Alger  
*Au service de l'industrialisation de l'Algérie: La Micro-Industrie*  
Algier 1959
- Secrétariat Social d'Alger  
*Construire la cité: L'Algérie et sa jeunesse*  
Algier 1957
- Secrétariat Social d'Alger  
*De l'Algérie originelle à l'Algérie moderne*  
Algier 1961
- Secrétariat Social d'Alger  
*L'Algérie surpeuplée; orientation pour une politique de population*  
Algier 1958
- Secrétariat Social d'Alger  
*La lutte des algériens contre la faim*  
Algier 1955
- Secrétariat Social d'Alger  
*Le sous-développement en Algérie*  
Algier 1959
- Secrétariat Social d'Alger  
*Les Commissaires au développement, chevilles ouvrières de la lutte contre le sous-développement*  
Algier 1961
- Sous-Secrétariat d'Etat au Plan  
*Compte rendu d'exécution du Plan d'Equipement Economique et Social; année 1956*  
Tunis 1956
- Statistique Générale de l'Algérie  
*Résultat statistique du recensement de la population du 31 octobre 1954*  
Vol. III: *Population active*  
Algier o. J.
- Statistique Générale de l'Algérie  
*Tableaux de l'économie Algérienne 1960*  
Algier 1960
- Tlatli, Salah-Eddine  
*Tunisie nouvelle, problèmes et perspectives*  
Tunis 1957



- Trystam  
*L'Ouvrier mineur au Maroc*  
Paris 1957
- Union Générale des Syndicats Algériens  
*Le Travailleur Algérien*  
(Gewerkschaftsorgan der UGSA)  
Algier 1956
- Union Générale des Travailleurs Algériens  
*L'Ouvrier algérien*, Organe Centrale de l'UGTA  
Tunis (neue Serie seit 1. 11. 1958)
- Union Générale des Travailleurs Algériens  
*La Guerre d'Algérie est une menace pour la paix mondiale*  
o. O. o. J.
- Union Générale des Travailleurs Algériens  
*Pour la libération nationale et un syndicalisme libre*  
o. O. o. J.
- Union Générale des Travailleurs Algériens,  
Cercle Ouvrier  
*Classes sociales Algériens*  
*Code du militant ouvrier*  
*Conditions de la naissance du syndicalisme*  
*Histoire de l'UGTA*  
*Initiation à la comptabilité nationale*  
*L'Indépendance syndicale*  
*Pétrole et gaz Sahariens*  
*Population active agricole en Algérie*  
*Population active non agricole en Algérie*  
*Promotion économique de l'Algérie*  
Tunis 1960—1961
- Union Générale des Travailleurs Algériens,  
Cours d'Education Ouvrière  
*Constitution*  
*Le Militant*  
*Le travail des femmes et des enfants*  
Tunis 1959
- Union Générale des Travailleurs Algériens,  
Formation Syndicale  
*Art populaire; la Troupe Nationale Algérienne*  
*Les Conflits, la grève*  
*L'UGTA dans le Syndicalisme algérien*  
*Vocabulaire politico-syndical*  
Tunis 1960—1961
- Union Générale des Travailleurs Algériens,  
Secrétariat de la Délégation Extérieure  
*Lettre au militant*  
Tunis (unregelmäßige Schriftfolge seit 15. 6. 1960)
- Union Générale Tunisienne du Travail  
*Conditions générales de rémunération et Emploi des Ouvriers Agricoles*  
Tunis 1956
- Union Générale Tunisienne du Travail  
*Ech-Chaab (Le Peuple)*,  
Organe de l'UGTT  
Tunis, erscheint unregelmäßig seit 1960
- Union Générale Tunisienne du Travail  
*Position de l'UGTT à l'égard du mouvement syndical africain*  
Tunis 1960
- Union Générale Tunisienne du Travail  
*Rapport d'activité, 8ème Congrès National, 1 — 2 — 3 Avril 1960*  
Tunis 1960
- Union Générale Tunisienne du Travail  
*Statut général du personnel ouvrier permanent de l'Etat*  
Tunis 1956
- Union Générale Tunisienne du Travail  
*Statut des syndicats professionnels en Tunisie*  
Tunis 1959
- Union Générale Tunisienne du Travail  
*Sur le dur chemin du développement*  
Tunis o. J. (1960)
- Union Marocaine du Travail  
*L'Avant-garde*. Organe de l'Union Marocaine du Travail  
Casablanca (Wochenzeitung seit 16. 2. 1959)
- Union Marocaine du Travail  
Cahiers d'Information Syndicale: Actes Syndicaux  
No. 1. *Naissance du syndicalisme Marocain 20 Mars 1955*  
No. 2. *Deuxième Congrès de l'UMT*  
Casablanca o. J. (1959)
- Union Marocaine du Travail  
Cahiers d'Information Syndicale: La Question paysanne  
No. 1. *Qui possède la terre au Maroc?*  
Casablanca o. J.
- Union Marocaine du Travail  
Cahiers d'Information Syndicale: Le Développement économique  
No. 1. *Les travailleurs et le Plan*  
(April 1960)  
No. 2. *L'UMT rejette le plan gouvernemental* (August 1960)  
Casablanca
- Union Tunisienne de l'Industrie et du Commerce (UTIC)  
*La Tunisie Economique*;  
Bulletin de l'UTIC; Nouvelle Série  
Tunis, ab Januar 1962

## PERSONENREGISTER

- Abbas, Ferhat 14, 108  
Abbas Ould Haddad 64  
Abd-el-Jalil, Jean-Mohammed 104  
Abd-el-Kader, Emir Sidi el Hadj Uled Muhji Ed-Din 13  
Abd-el-Kader, Hadj 13  
Abdelkrim, Emir El Khattabi 100  
Achour, Habib 24 f., 44, 47  
Adam, André 18  
Afri, Ahmed 33  
Ali-Yahia, Abdennour 35 f., 38, 94  
Alleg, Henri 15  
Amrani, Abd-el-Kader 34 f.  
Aquin, Thomas von 8  
Ardant, Gabriel 59  
Austruy, Jacques 106  
Averroes (Ibn Ruschd) 8  
Awab, Abd-el-Kader 30  
Ayache, Albert 18  
Balandier, Georges 54  
Baraka, M'Hamed 63 ff.  
Bastid, Paul 92  
Batard 16  
Bedjaoui, Mohammed 38  
Belgacem Guenaoui 21  
Bel Haffaf 14  
Belkaim, Kaddour 14  
Ben Aissa Attalah 34  
Ben Badis, Abdelhamid 103  
Ben Barka, El Mahdi 31  
Ben Bella, Ahmed 76  
Ben Kaddour, Ibrahim 67  
Ben Mohamed, Rahal 67  
Ben Mustapha A. 90  
Bennabi, Malek 103  
Bensaid, Abderrhaman 33  
Ben Salah, Ahmed 24 f., 43 f., 86  
Ben Seddik, Mahjoub 26 ff., 79 f., 85 f., 88 f., 99, 104, 108  
Ben Smail, M'Hamed Lhoucine 64  
Berkhat, Ahmed 33, 37  
Berque, Jacques 17, 20, 103  
Blanchet 16  
Bouabid, Abderrahim 26 f., 31  
Bouazza, Taïeb ben 26 ff.  
Boudali, Nouri 24  
Bouraoui, Abdellaziz 25  
Bourezgui, Mustapha 64  
Bourguiba, Habib 22, 43 f., 47 f., 59, 105 f.  
Bourouiba, Boualem 34 f.  
Brandt, Heinz 96  
Brown, Irving 34, 36 f.  
Büttner, T. 103  
Chaker, Hédi 22  
Chitour, Omar 37  
Dekkar, Rahmoun 36  
Descartes, René 8  
Djemane, Rabah 34  
Djilani, Embarek 93  
Douiri, M'Hamed 31, 52 f.  
Dridri M'Bark 64  
Dufour, A. 93  
Esquer, Gabriel 14  
Fanon, Frantz 7, 38, 92  
Fassi, Allal El 29  
Ferrer, Francisco 100  
Fontaine, Claude 45  
Gaid, Tahar 35  
Gaudio, Attilio 61  
Gaulle, Charles de 14, 38  
Glahn, Hans Otto 21

- Glaoui, Hohammed El Mezwâri 27  
 Guedj, Elie 13  
 Guen, Moncef 47  
 Hached, Farhat 21 ff., 27, 65, 85, 91, 108, 110  
 Haddadi, Abdelaziz 35  
 Haddaoui 28  
 Hallaoui 64  
 Ibn Khaldun 8  
 Ibn Ruschd (Averroes) 8  
 Idir, Aissat 15, 34 f., 75 f., 96, 98, 110  
 Jeanson, Colette 14  
 Jeanson, Francis 14, 54  
 Jorio, Mohammed 29  
 Jouhaux, Léon 20  
 Julien, Charles-André 31, 62, 103  
 Kaïdi, Lakhdar 15  
 Kateb Yacine 8, 105  
 Khattabi, Emir Abdelkrim El 100  
 Kogon, Eugen 15  
 Kraien, Mohammed 24  
 Labonne, Eirik 18  
 Lacoste, Robert 35 f., 97 f.  
 Lacouture, Jean 27, 29  
 Lacouture, Simone 27  
 Lafond 98  
 Lahbabi, Mohamed Aziz 104  
 Lamunière, Marc 14  
 Lapeyre, Roger 34, 37  
 Leibniz, Gottfried Wilhelm 8  
 Lemaigre-Dubreuil, Jacques 24  
 Leroi, André 19  
 Le Veugle, Jean 79  
 Lévy, Claude 54  
 Le Tourneau, Roger 21, 27  
 Limam, Mohsen 45  
 Maachou, Abdelkader 88 f  
 Mandouze, André 103  
 Marx, Karl 7 f.  
 Memmi, Albert 7  
 Messadi, Mahmoud 43, 106  
 Messali Hadj 13, 33  
 Mezwâri, Mohammed El Glaoui 27  
 Mezzour 80  
 M'hamed-Ali ben Moktar El Hammi 21  
 Michel Andrée 70  
 Miège, J.-L. 63  
 Mohammed V., ben Youssef 26 ff.  
 Montagne, Robert 17  
 Monteil, Vincent 31  
 Mostefaoui, Ahmed 71  
 Mounier, Emmanuel 103  
 Nasser, Gamal Abd al- 33  
 Nimschowski, Helmut 96  
 Odièvre, Jean 15  
 Oldenbroeck, J. H. 36 f.  
 Peyrouton, Querel 20 f.  
 Pirot, Henri 18  
 Poujade, Pierre 15  
 Rachid, Mouloud Gaid 35, 86  
 Ramdani, Mohamed 33  
 Riddell, John 96, 100  
 Rolin, Henri 35  
 Rosenberg, Julius 15  
 Saadia-et-Lakhdar 70  
 Sadoui, Hassen 21  
 Saillant, Louis 97  
 Sartre, Jean-Paul 7, 15  
 Sauvy, Alfred 54  
 Sebag, Paul 20  
 Skander, Nouredine 37  
 Steinraths 52 f.  
 Tiefaoui 64  
 Tlatli, Salah-Eddine 22  
 Tlili, Ahmed 24 f., 44, 85, 89 f.  
 Trystam 17  
 Walter, Jean 19  
 Werner, E. 103



Politische Karte von Nordafrika





# Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung

## A. Sozialwissenschaftliche Schriften

*Die Energiewirtschaft - Struktur, Organisation, Tendenzen.* 1960, 306 Seiten, Halbl. 22,80 DM

*Vorzeitige Invalidität - Statistik, Ursachen, Vorbeugungsmaßnahmen.* 1961, 106 Seiten, brosch. 14,80 DM

*Übernationale Energiepolitik - Referate einer Fachtagung der Forschungsstelle.* 2. Aufl. 1961, 132 Seiten, brosch. 14,80 DM

*Jean Le Veugle, Erwachsenenbildung in Marokko.* 1961, 121 Seiten, brosch. 14,80 DM

*Nationalbudget und Wirtschaftspolitik.* 1962, 147 Seiten, brosch. 19,80 DM

*Kommunale Finanzreform.* 1962, 112 Seiten, brosch. 12,80 DM

*Literatur über Entwicklungsländer I und II.* 1962, Bd. I 702 Seiten, Halbl. 48,— DM, Bd. II 88 Seiten, Halbl. 19,80 DM

*Gunnar Myrdal, Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung.* Mit einem Nachwort von Prof. Paul Streeten. 1962, 208 Seiten, Ganzl. etwa 26,— DM

*Werner Plum, Gewerkschaften im Maghreb.* 1962, 120 Seiten, brosch. etwa 14,— DM

*Herbert A. Tulatz, Die Gewerkschaftsentwicklung Nigerias.* Etwa 160 Seiten, brosch. etwa 16,80 DM

*V. Paretti, L. Cuiga, V. Cao-Pinna, C. Righi, Struktur und Entwicklungsaussichten der italienischen Energiewirtschaft.* Mit einem Vorwort von Prof. Rolf Wagenführ. 240 Seiten, 12 Faltafeln und 16 separate Tabellen, Ganzl. etwa 32,— DM

*Zur großen Aktienrechtsreform - Referate und Diskussion einer Fachtagung der Forschungsstelle.* Etwa 180 Seiten, brosch. 19,80 D-Mark

*Der Ostblock und die Entwicklungsländer - Referate einer Internationalen Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung.* Mit einer Einleitung von Prof. Erik Böttcher. Etwa 250 Seiten, Ganzl. etwa 29,— DM

*Horst Heidermann, Erwachsenenbildung in Entwicklungsländern Asiens und Afrikas.* Etwa 200 Seiten, Ganzl. etwa 24,— DM

*K. Müller, Über Kalkutta nach Paris? Strategie und Taktik des Ostblocks in den Entwicklungsländern.* Etwa 250 Seiten, Ganzl. etwa 29,— DM

*Jan Tinbergen, Grundlagen der Entwicklungsplanung.* Etwa 100 Seiten, brosch. etwa 12,80 DM

*Gunnar Myrdal, Das Wertproblem in der Sozialwissenschaft.* Herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von Prof. Paul Streeten. Etwa 250 Seiten, Ganzl. etwa 34,— DM

## B. Historisch-politische Schriften

*Franz Schade, Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie.* 1961, 208 Seiten, Halbl. 29,80 DM

*B. P. Mathiopoulos, Die Geschichte der sozialen Frage und der Sozialismus in Griechenland.* 1961, 180 Seiten, Halbl. 26,80 D-Mark

*Gerhard Wuthe, Gewerkschaften und politische Bildung.* 1962, 312 Seiten, Ganzl. 29,80 DM

*Julikrise und Kriegsausbruch 1914.* Bd. I. Etwa 300 Seiten, Ganzl. etwa 36,— DM

VERLAG FÜR LITERATUR UND ZEITGESCHEHEN · HANNOVER



SCHRIFTENREIHE DER  
FORSCHUNGSSTELLE DER  
FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

**Literatur  
über Entwicklungsländer**

Eine Zusammenstellung des wichtigsten Schrifttums deutscher, englischer, französischer und russischer Sprache 1950—1959.

2 Bände.

Band I, Halbleinen, 702 Seiten, 48,— DM  
Band II, Halbleinen, 88 Seiten, 19,80 DM

„Es erübrigt sich zu sagen, daß das vorliegende umfassende Werk und der dazugehörige bereits veröffentlichte zweite Band, der die Literatur aus dem Ostblock erfaßt, für die Orientierung über die Literatur, die sich auf Entwicklungsländer bezieht, für alle ein hervorragendes Hilfsmittel darstellen und bald als unentbehrlich empfunden werden dürfte.“

Bücher für die Wirtschaft, Köln

„Ein Standardwerk, an dem niemand vorbeikommt, der sich mit Entwicklungsfragen befaßt.“

Auslandskurier

„Es ist in der Tat eine erstaunliche Leistung, die die Mitarbeiter dieser Forschungsstelle vollbracht haben, und der Fleiß und die Gründlichkeit, mit denen das weit verstreute Material zusammengetragen und bibliographisch zusammengestellt wurde, verdienen größte Bewunderung. — Die Friedrich-Ebert-Stiftung, seit jeher an Fragen der Entwicklungsländer besonders interessiert, hat mit den beiden Bänden eine gelungene »Entwicklungshilfe« geleistet.“

Der Volkswirt, Frankfurt am Main

„Für die systematische Behandlung der mit der Entwicklungsarbeit verbundenen Aufgaben ist diese Zusammenstellung eines der Standardwerke, ohne die weder die Wissenschaftler noch die Politiker oder Pädagogen auskommen können.“

Geist und Tat, Frankfurt am Main

VERLAG FÜR LITERATUR  
UND ZEITGESCHEHEN GMBH  
HANNOVER



3/1  
ULB Halle  
002 044 390



EW 6 Pla

SCHRIFTENREIHE DER  
FORSCHUNGSSTELLE DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

A. Sozialwissenschaftliche Schriften

Werner Plum

Gewerkschaften  
im Maghreb

UGTT – UMT – UGTA

ausgegeben  
G. Soz. Zs. G.  
Institut für Politik-  
u. Konfliktationswissenschaft  
Friedrich-Alexander-Universität  
Erlangen-Nürnberg  
85 Nürnberg

VERLAG FÜR LITERATUR UND ZEITGESCHEHEN · HANNOVER